

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 8. Mai 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Das Proletariat und die Armee.

Wie oft schon haben die bürgerlichen Interpreten der sozialistischen Arbeiterbewegung die Sozialdemokratie als eine barbarische Horde dargestellt, die unbefehle alles niederreißen will, was sich im Laufe der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Entwicklung der Menschheit geschichtlich aufgebaut hat, und diese Schilderung der Sozialdemokratie mit „authentischen“, aber freilich aus dem Zusammenhang gerissenen und zum Teil gefälschten Äußerungen sozialistischer Führer belegt! Gelegentlich stellen sie umgekehrt die Sozialdemokratie als eine harmlose Reformbewegung dar, und auch dafür legen sie sich Zitate zusammen. Bald ist ihnen der Sozialismus die größte Gefahr des Staats, bald wiederum ein lächerlicher Spatz, der nur in der Einbildung existiert, den man los wird, wenn man ihn nicht fürchtet. Sie urteilen über die Sozialdemokratie nach dem Maße ihrer Angst vor dem proletarischen Kampfe.

Nach den diesmaligen Reichstagswahlen hat sich die deutsche Bourgeoisie eingebildet, die Arbeiter besiegt zu haben, weil sie sie niedergestimmt hat. Da aber der politische Kampf der deutschen Arbeiterklasse mit jedem Tage aufs neue beweist, daß er deswegen auch nicht das geringste an seiner Energie verloren hat, und sich als einziges Ergebnis des Wahlsieges über die Sozialdemokratie die Schwächung der parlamentarischen Stellung des Liberalismus erweist, so sucht dieser sich jetzt damit zu trösten, daß er wieder einmal die Sozialdemokratie nationalliberal undichtet.

So haben jüngst bürgerliche Zeitungen und bürgerliche Parlamentarier den Militarismus der Sozialdemokratie entdeckt. Weil der Sozialdemokrat Bebel erklärt hatte, wir seien keine Feinde der Armee, sondern wollen sie zu einer Waffe des Volkes machen, weil der Sozialdemokrat Noske praktische Reformvorschlüsse gemacht hatte — Bebel hat ja übrigens auch schon wiederholt praktische Vorschläge gemacht, wie z. B. die Abschaffung der blanken Militärknöpfe — deshalb erklären sie, die Sozialdemokratie habe ihren grundsätzlichen Kampf gegen den Militarismus aufgegeben!

Die Schlussfolgerung ist offensichtlich falsch; aber selbst wenn es gelingen würde, irgendwelche Worte sozialdemokratischer Führer aufzugabeln, um mit mehr Recht „patriotische“ Gesinnung daraus abzuleiten, — was wäre damit bewiesen? Bebel hat wiederholt im Reichstage mit Recht darauf hingewiesen, daß Äußerungen einzelner außerhalb des Hauses für die Fraktion nicht maßgebend seien. Ein kurzer Einblick in die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie lehrt aber, daß auch andererseits nicht nur Äußerungen einzelner Sozialdemokraten im Reichstage, sondern sogar Abstimmungen der Fraktion für die Partei noch keineswegs maßgebend sind. Wir sind eine Partei der Kritik. Unsere Taktik ist das Ergebnis der Kollektivarbeit der Partei. Der proletarische Kampfe läßt sich nicht kommandieren. Maßgebend für die Stellung des Proletariats zur Armee und zum Militarismus sind seine Klasseninteressen.

Die Arbeiter sind gegen den Krieg, weil sie kein Interesse daran haben, die Herrschaft ihrer Ausbeuter zu befestigen und die Herrlichkeit der herrschenden Dynastien zu erhöhen. 1870 und 71 hat das deutsche Volk auf den Feldern Frankreichs sein Blut mit dem Blut des französischen Volkes vermischt — was ist das Ergebnis davon? Die Großzüchtung des Militarstaats auf Seiten des Siegers, die Großzüchtung des Kolonialstaats auf Seiten des Besiegten. Haben wir drüben eine Minorität Besühnender, die sich das Volk wirtschaftlich unterjocht hat, haben wir drüben enorme Militärlasten, die das Volk zu tragen hat! Deshalb sich gegenseitig zerfleischen? Nein, lieber zusammenhalten, um die gemeinsame Ausbeutung von sich abzuschütteln!

Weil es aber den Arbeitern bitterer Ernst ist mit ihrem Kampfe gegen den Krieg, deshalb machen sie den Schwindel der Friedensschwärmerei der bürgerlichen Ideologen nicht mit. Sie wissen, daß, solange die herrschenden Klassen und Klassen die Möglichkeit haben, mit Hilfe der Militärgewalt ihre Macht zu steigern, sie durch keine Moralpredigten davon abzubringen sein werden. Die Arbeiter, denen das Unternehmertum kalt und gefühllos die Lebensquellen abschneidet, können kein Vertrauen gewinnen zum Idealismus der Ausbeuterklasse. Das Proletariat ist sich klar, daß man den Krieg nur beseitigen kann zusammen mit der Herrschaft der Kapitalistenklasse!

Wie sich die Arbeiterklasse in einem Staate im Falle eines Krieges verhalten wird, hängt am allerwenigsten von formalen Gründen ab. Wenn man seinen Gegner in eine Verzweiflungslage bringt, so daß ihm nichts übrig bleibt, als Loszuschlagen, wie es z. B. beim Hereroaufstand der Fall war, so beweist man damit nicht sein besseres Recht, sondern nur seine größere Macht, — soviel ist klar. Die Stellung des Proletariats im Kriegsfalle hängt von dem Kriege selbst ab, von den Interessen, welche er in Bewegung setzt. Die französischen Arbeiter zum Beispiel haben sicher kein Interesse daran, unter die preussische Fuchtel zu kommen; ebensowenig haben aber auch die deutschen Arbeiter ein Interesse daran, etwa durch neue Siege den preussischen Militarismus zu stärken, der sie jetzt schon stark genug bedrückt. Und andererseits, weshalb sollten sich die französischen Arbeiter

ins Zeug legen, um durch neue kriegerische Ruhmestaten das ramponierte Prestige der französischen Bourgeoisie wieder herzustellen, deren gestiegenen Hochmut sie selbst am ehesten zu spüren bekommen würden? Es unterliegt keinem Zweifel, daß ein Krieg zwischen Frankreich und Deutschland, von welcher Seite auch die Provokation kommen würde, auf den lebhaftesten Protest seitens des Proletariats beider Länder stoßen würde.

Der Patriotismus der unterdrückten Masse geht andere Wege, als der Patriotismus der Herrschenden. Die Geschichte zeigt Beispiele genug, daß Kriegsniederlagen die Geschickte der Völker in dem besiegten Lande keineswegs hemmen. Man wäre beinahe versucht, eine Regel aufzustellen, die etwa so lauten würde: Je stärker die militärische Macht des Staates, desto größer der politische Druck auf die ausgebeuteten Klassen; je mehr dieser Druck steigt, desto eher kommt der Augenblick, da eine Schwächung des Staates durch einen Krieg zur Vorbedingung wird seiner freihheitlichen Entwicklung.

Das große geschichtliche Drama, das sich vor unseren Augen in Russland abspielt, ist ja ein lebendes Beispiel dafür. Die japanischen Siege haben der russischen Revolution erst die Bahn geöffnet, durch die sich das russische Volk die Freiheit zu erkämpfen hat. Sehen wir uns die Geschichte Westeuropas an! Die Niederlagen der koalitierten Monarchien in den französischen Revolutionskriegen wurden speziell für Deutschland zu einem gewaltigen Moment der ökonomischen Befreiung des Bauerntums und gaben erst die Grundlage ab für eine freihheitlichere Entwicklung der deutschen Nation. Obwohl während der 48er Revolution die Regierungen in Deutschland schließlich die Oberhand behalten hatten, so blieben doch die Zustände voll Unsicherheit und neue innere Kämpfe standen bevor; erst die preussischen Siege haben die Stellungen der Regierungen befestigt, — preussische Niederlagen würden, umgekehrt, zu einem neuen Ausbruch der Revolution geführt haben, die eine demokratische Gestaltung und sicher auch eine größere Einheit Deutschlands geschaffen haben würde. Die preussischen Siege haben die militärische Macht des Staates gesteigert und seine Autorität — sehr zum Schaden der politischen Entwicklung der Nation — so erhöht, daß die deutsche Revolution bis auf den heutigen Tag ein Bruchstück geblieben ist. Schließlich, die Niederlagen im Kriege 1870/71 brachten dem französischen Volke die Republik.

Die Regierungen und die herrschenden Klassen wissen sehr gut, daß sie durch siegreiche Kriege eine Machtentfaltung nicht nur nach außen, sondern auch nach innen erlangen; was in unseren Augen als politischer Verlust erscheint, ist von ihrem Gesichtspunkte aus eine politische Errungenschaft; sie wissen, daß sie, indem sie das fremde Volk besiegen, auch das eigene Volk sich unterwerfen. Sie nehmen ganz folgerichtig ihre politischen Massenvorteile wahr. Es will ihnen aber noch immer nicht in den Sinn, daß auch das Proletariat allmählich gelernt hat, politisch zu denken. Sonst würden sie den Arbeitern ebensowenig Kriegsbegeisterung zumuten, wie diese ihnen Revolutionsbegeisterung zutrauen.

Wenn die Arbeiter nicht aus den Kriegen den Massencharakter des herrschenden Patriotismus erkennen sollten, so belehrt sie zu Friedenszeiten der Militarismus einbringlich genug darüber.

Die Armee beruht heutzutage auf den Arbeitern und kehrt sich gegen die Arbeiter. Diese bekommen es bei jedem großen Streik, bei jeder politischen Demonstration zu spüren. Man läßt es sie jeden Augenblick fühlen. Und da wundert man sich noch, daß die Arbeiter Gegner des Militarismus sind.

Die politische Freiheit der französischen Republik läßt die antimilitaristische Propaganda bis zu ihren äußersten Extremen sich entwickeln. In Deutschland ist das unmöglich, aber nicht weil das Klasseninteresse und die politische Gesinnung des deutschen Proletariats anders wären wie in Frankreich, sondern weil man hier nicht die Versammlungs- und Pressfreiheit Frankreichs besitzt. Ob wir in Deutschland, wenn wir unsere antimilitaristische Propaganda frei entwickeln könnten, zu denselben Ergebnissen gekommen wären, wie etwa in Frankreich Herds, der auch in seinem Vaterland keineswegs die Partei hinter sich hat, ist eine Frage für sich und hängt von den besonderen politischen und zeitlichen Verhältnissen ab. Dadurch aber, daß in Deutschland die antimilitaristische Gesinnung nicht einmal in allen ihren Konsequenzen zum Ausdruck kommen kann, wird nur erreicht, daß die deutsche Bourgeoisie sich selbst über die Stimmungen in den deutschen Arbeiterkreisen täuscht. Gestützt auf eine mißverständliche Parlamentsrede, ein ausgebautes Zeitungsintrium und auf den Polizeischutz gegen die antimilitaristische Propaganda, glaubt die deutsche Bourgeoisie, die deutschen Arbeitermassen patriotisch umgestimmt zu haben, und will die harten politischen Tatsachen nicht sehen, durch die das deutsche Proletariat zum schärfsten Kampfe gegen die Klassenherrschaft der Patrioten angetrieben wird. Man höhnt die Arbeiter, weil es gelungen war, unter Benutzung einer Wahlkreiseinteilung, die längst ein höchst ungleiches Wahlrecht geschaffen hat, sie niederzustimmen, und glaubt, dadurch ihr patriotisches Empfinden gesteigert zu haben! Man läßt die Gewerkschaften in der brutalsten Weise die ökonomische Uebermacht des Kapitals fühlen und glaubt, dadurch die Interessenharmonie gefördert zu haben! Man mahregelt Tausende von Arbeitern aus Anlaß der Kaiserfeier und glaubt, sie dadurch mit dem militaristischen Staat ausgehöhlt zu haben!

Das Klassenbewußte Proletariat führt in allen Ländern die schärfste Opposition gegen den Militarismus und gegen den Krieg. Sollte es dennoch zu einem Krieg zwischen zivilisierten Staaten kommen, so wird es in allen Fällen gegen seinen Willen geschehen. Träte der Krieg ein, so wird das Proletariat, seinem Masseninteresse folgend, auch in diesem Falle der Taktik treu bleiben, die es der kapitalistischen Staatspolitik gegenüber befolgt: es wird auch den Krieg ausnützen, um seine politische Stellung zu stärken und seinem Ziel, der Eroberung der politischen Macht, näher zu kommen. Da jeder Krieg eine Schwächung der Staatsmacht im Innern mit sich bringt; da jeder Krieg die wirtschaftlichen Verhältnisse zerrüttet und dadurch die sozialen Gegensätze verschärft; da jeder Krieg die Massen vor den Tod stellt und deshalb auch ihren politischen Wagemut steigert, da überdies kein Staat, wenn er in den Krieg zieht, mit sicheren Siegen rechnen kann, so wissen die Regierungen wie die herrschenden Klassen sehr gut, daß sie im Falle eines Krieges gegenüber dem grundsätzlichen Kampfe des Proletariats einen sehr schweren Stand haben würden.

Das ist der eigentliche Grund der Angst der Regierungen und der herrschenden Klassen vor dem wachsenden Patriotismus der Arbeitermassen. Diese Angst ist ihrerseits das wichtigste Moment, das sie vom Kriege zurückhält. In dem Moment, wo es der Bourgeoisie gelingen sollte, den Arbeitern eine „patriotische“ Gesinnung beizubringen, in dem Moment, wo die deutsche Sozialdemokratie für das Militärbudget stimmt, wird der Krieg zu einer beschlossenen Sache. Denn der Massenmord ist es sicher nicht, der die Bourgeoisie vom Kriege zurückhält, und die Geldausgaben sind es auch nicht. Aber sie fürchtet um ihre eigene Herrschaft. Darum liegt im Antimilitarismus der Sozialdemokratie die größte Gewähr für die Aufrechterhaltung des Friedens. Das hat Fürst Bülow auch selbst am 5. Dezember 1904 anerkannt. Er sagte damals: „Der Herr Abg. Bebel hat weiter gemeint, die Früchte eines großen europäischen Krieges würde in erster Linie die Sozialdemokratie davontragen. Diese Auffassung halte ich für richtig, und das ist ein Grund mehr, warum die Regierungen aller großen Länder, wie ich hoffe, festhalten werden an ihrer jetzigen ruhigen und besonnenen Friedenspolitik.“

Niedergestimmt und niedergebrüllt!

Sie haben ihn wiedergewählt, den Kaempff, den „schlagfertigen“ Vizepräsidenten, der durch sein robustes Auftreten den Befähigungsnachweis erbracht hat für den Posten eines ostelbischen Gutsinspektors oder eines russischen Gendarmen. Die Konserverativen haben es in ihrer Presse befohlen, und der Freisinn gehorcht. Nun ist das Bündnis befestigt und eine fruchtbarere politische Arbeitsteilung setzt ein: das Regieren besorgen die Konserverativen, der Liberalismus aber spielt den parlamentarischen Quasidick.

Es liegt System in diesem Vorgehen. Man hat die Sozialdemokratie bei den Wahlen niedergestimmt, man will sie jetzt im Reichstage möglichst wenig zum Worte kommen lassen. Man will sie niederdrücken und knebeln. Man will sie nicht mehr hören. Man weist ihr grob und brutal die Tür: „Dieses Haus gehört dem Spielbürgertum und dem Adel — ihr sozialistischen Arbeitervertreter bleibt nur still auf euren Bänken, seid froh, daß man euch überhaupt noch duldet!“

Die Kolonialpolitik vor allem kann das Recht der Kritik nicht vertragen. Man darf sie sich bloß durch eine rosiggoldige Brille ansehen. Schwarzseher werden nicht geduldet!

Die kapitalistischen Kolonialpatrioten und die sozialdemokratischen Vertreter der Kolonialpolitik verstehen sich auch gegenseitig gar nicht, denn sie sehen sich die Dinge von verschiedenen Gesichtspunkten an. Wo wir Milliarden nachweisen, die der Staat aus den Taschen der Steuerzahler zieht, um sie zu verschleudern, sehen die Kapitalisten Milliarden, die zur Verteilung gelangen und ihre Taschen füllen. Wo wir Ströme von Blut erblicken, sehen jene Landbesitzer, Eisenbahnen und Staatsgarantien, Bergwerke. Wo wir den bis aufs Blut gemißhandelten Negerknechten erblicken, sehen jene den „trägen“ Wilden, den sie zur Arbeit „erziehen“! Was sie sich zum Ruhm anrechnen, das ist in unseren Augen ein Schandfleck für die Nation! Wie sollen wir uns da verständigen?!

Aber wir wollen uns auch gar nicht mit ihnen verständigen. Denn, wie eine Verständigung zwischen den Liberalen und den Konserverativen nur möglich ist um den Preis des Verrates der liberalen Grundsätze, so wäre auch eine Verständigung zwischen uns und dem kapitalistischen Parlament nur möglich, wenn wir die Interessen des Proletariats und des gesamten arbeitenden Volkes verraten wollten. Wenn in unseren Reihen noch irgend welche Illusionen über ein „positives“ Zusammenwirken mit den bürgerlichen Parteien im Reichstage bestehen sollten, so wird sie das Vorgehen des reaktionär-liberalen Bloßes gründlich zerstören.

Daß die Kapitalisten und ihre Zuträger uns im Reichstage nicht hören wollen, stört uns nicht. Wir sprechen nicht zu ihnen, sondern zum Volke. Und wenn sie noch so laut brüllen, wir werden mit ihnen schon fertig. Und wenn sie sich Viel in die Ohren gießen, die Stimme des Proletariats werden sie nicht los. Und wenn sie auch in eine Verserterwitz geraten, — je mehr sie schimpfen und Gewalt anwenden, desto mehr wird der Reichstag zu einer revolutionären Agitationstribüne!

Die Interfions-Gebühr
Betragt für die sechsgepostete Anzeigelle oder deren Raum 20 Wg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Wg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Wg., jedes weitere Wort 10 Wg. Siebengeluche und Schloßstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Wg., jedes weitere Wort 5 Wg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Ein Opfer des Militarismus.

Vor einigen Tagen bereits berichteten wir über die aufsehenerregende Verurteilung des ehemaligen Gardebrigadegenerals Otto Peters durch das Oberkriegsgericht des Gardekorps zu Berlin. Peters hatte nach wiederholter Widersehtlichkeit gegen Befehle auf dem Tempelhofer Feld der ihn transportierenden Patrouille zu entfliehen versucht. Die Patrouille gab, wie ihr vorher besonders eingeschärft worden war, Feuer. Dem Flüchtigen wurden durch die Kugeln die Beine vollständig zertrümmert. Der Verletzte schwebte lange zwischen Leben und Tod, er wird voraussichtlich für immer ein völlig hilfloser Krüppel bleiben. Nur selten kann er sich mühsam auf Krücken fortbewegen, meist muß er getragen werden.

Die erste kriegsgerichtliche Instanz hatte Peters wegen seiner Tzesse und seines Fluchtversuchs zu 1 Jahr und 14 Tagen Gefängnis verurteilt, trotzdem ein Oberstabsarzt als Sachverständiger den angeklagten Krüppel für erblich stark belastet und ein Opfer des ungemessenen Alkoholgenusses bezeichnet hatte. Vor dem Oberkriegsgericht bestätigten vier weitere höhere Militärärzte dies Gutachten. Trotzdem erkannte auch diese Instanz auf ein Jahr einen Tag Gefängnis!

Ueber das Vorleben des Krüppels teilt eine Korrespondenz noch nachträglich mit:

In der Verhandlung erschienen die alten, tiefgebeugten Eltern des besammernswerten Angeklagten und erklärten weinend: Ihr einziges Kind sei ihr Stolz, ihre Hoffnung und ihre einzige Freude gewesen, denn er war ein selten gut gearteter, liebevoller Sohn, der mit inniger Zärtlichkeit an seinen Eltern hing.

Als dann wurde auf Antrag des Verteidigers Leutnant Freiherr v. Jedlig und Leipa als Zeuge vernommen. Dieser bekannte auf Befragen des Verhandlungsführers: Der Angeklagte sei zunächst als Rekrut in seiner Abteilung und später Kurier bei ihm gewesen. Er sei ein pflichtstreuer, tüchtiger Soldat, ein in jeder Beziehung anständiger, zuvorkommender, netter und durchaus nützlicher Mensch gewesen, so daß er (Zeuge) erlaube, als er hörte, daß der Angeklagte sich betrunken habe, er könne dem Angeklagten das beste Zeugnis, wie es ein Vorgesetzter einem Untergebenen nicht besser geben könne, ausstellen.

Auf Antrag des Verteidigers wurde außerdem festgestellt, daß der Angeklagte weder als Zivilist, noch als Soldat jemals auch nur die geringste Strafe erlitten habe.

Trotzdem erkannte das Oberkriegsgericht auf ein Jahr einen Tag Gefängnis. Im Gegenatz zu den fünf militärisch-medizinischen Sachverständigen nahm es an, daß dem Angeklagten das Bewußtsein seiner Handlungsweise nicht gefehlt habe! Woju man da überhaupt erst den großen Sachverständigenapparat aufgerufen hat?!

Wie bereits mitgeteilt, will der Gerichtshof ein Gnadenersuchen für den Verurteilten einreichen. Logischer wäre es gewesen, den Krüppel freizusprechen und seine Schadenersatzansprüche sicherzustellen!

Ein Brudergruß aus England.

Dem Parteivorstand ist in Schreiben des Vorstandes der Sozialdemokratischen Föderation Englands vom 1. Mai zugegangen, worin mitgeteilt wird, daß der Vorstand der Föderation in seiner letzten Sitzung folgenden Beschluß gefaßt hat:

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Föderation begrüßt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands herzlich zu der mit verstärkter sozialistischer Stimmzahl erfolgten Wahl des Genossen Wollensburger in den Reichstag an Stelle des verstorbenen Jagan Auer, dessen Verlust für die internationale sozialistische Bewegung er tief betrauert.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Föderation begrüßt dieses Wachstum der sozialistischen Stimmen gegen die Vereinigung aller anderen politischen Parteien, deren Stimmen abgenommen haben, mit Genugtuung als ein Zeichen, daß die politische Strömung sich bereits gegen den Regierungsblock zu wenden beginnt.

In Hinblick auf die jetzt sowohl in Deutschland als in Großbritannien unternommenen Versuche, Zwiespalt zwischen den Vätern beider Länder zu säen, ergreift der Vorstand der Sozialdemokratischen Föderation diese Gelegenheit, um ihre deutschen Genossen zu versichern, daß die Sozialisten in Großbritannien sich mit allen ihren Kräften dem Beginnen, Rassenvorurteile und chauvinistische Gefühle zu erregen, widersetzen werden in dem Bewußtsein, daß die Sozialdemokraten Deutschlands dasselbe tun werden.

Die deutsche Sozialdemokratie erwidert die Gefühle der englischen Genossen und wird wie sie ihre Pflicht tun in der Bekämpfung der freiblen Versuche, die Völker Deutschlands und Englands gegen einander zu hegen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. Mai 1907.

Blockfreunden und Blockmach.

Der Block ist wieder einmal zusammengeleimt; die Freisinnigen aller Couleur haben sich geduckt und sind froh, daß ihr Dompneur der Redefreiheit, der Abgeordnete Kämpf, in der heutigen Sitzung des Reichstags zum zweiten Male wiedergewählt worden ist. Allerdings nur vom Block, der 162 Stimmen für ihn in die Wagschale legte, während Sozialdemokraten und Zentrum 134 weiße Stimmzettel abgaben. Beglückt dankte der Gerettete für die Wiederwahl.

Noch größer war die Freude der Blockbrüder über die Entscheidung bezüglich der Wahl des Abgeordneten v. Richthofen, die von der Wahlprüfungskommission für ungültig erklärt worden war, heute aber von der geschlossenen Blockmehrheit für gültig erklärt wurde. Die Freude war so groß, daß sich die Blockbrüder selber ein schallendes Bravo ausbrachten! — So groß wie ihre Freude ist aber auch ihre Schamlosigkeit; denn diese Entscheidung, die nur mit Hilfe der alten Rechtsbeugerei mit hüben tretenden Freisinnigen zustande kommen konnte, bedeutet die Schutzlosmachung der oppositionellen Parteien gegen die amtliche Wahlbeeinflussung. Es ist kein Zweifel, daß nur ein schmächtlicher Rest dieses Resultat erzeugen konnte: Den Freisinnigen verbürgten die Konservativen die Wiederwahl Kämpfs zum Vizepräsidenten nur für den Fall, daß die Freisinnigen das Mandat v. Richthofens retten halfen. Und sie halfen es retten! — Und das, obwohl in der Kommission ein Freisinniger für die Ungültigkeitserklärung eingetreten war. Das Schmachkonto der freisinnigen Helben wächst nach allem in diesem Reichstag täglich mehr. Die Strafe aber wird nicht ausbleiben. —

Bei der Beratung des Handelsabkommens mit Amerika haben die agrarischen Abgeordneten Herold (Z.) und Graf Schwerin (L.) Erklärungen ab: daß sie zwar nicht bestreiden, aber das Abkommen annehmen werden; sie wünschen nur eine Kompromißberatung, um über Einzelheiten des Ab-

handlungen mehr zu erfahren. Dem nationalliberalen Abgeordneten Stresemann blieb es vorbehalten, das Komödiepiel unbewußt aufzudecken: er erklärte sich für Kommissionsberatung, damit es nach außen nicht den Anschein gäbe, als müsse der Reichstag dem Abkommen zustimmen. Genosse Wollensburger sollte die handelspolitische Situation auf und entgegen den habfüchtigen Junkern und Bollwuchern, sie hätten mit ihrer Schutzpolitik den Anstoß zu den amerikanischen Repressalien gegeben. Natürlich gräßlich ihm dafür die Agrarier entgegen, aber Wollensburger ist ein zu gewandter Parlamentarier, um sich dadurch irritieren zu lassen, und so mußten die Herren die Charakterisierung ihrer Volkspolenderungspolitik zu Ende hören. Das Abkommen wurde schließlich an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen.

Dann gelangte der Marineetat zur Erledigung. Hervorzuhoben ist aus den Debatten hierzu, daß die Abgeordneten Ahleborn und Stadthagen die prekäre Lage besprachen, in die die Orte Vant, Neuende, Serpen a. u. m. geraten sind, da die kaiserliche Werkverwaltung nichts zu den Steuerlasten jener Orte beiträgt, so daß die Kommunalsteuer an einzelnen Orten bis zu 600 Proz. der Staatssteuer beträgt! Stadthagen kritisierte noch besonders das Verfahren, ausländische Arbeiter heranzuziehen, die als Lohnrüder benutzt werden.

Der 3. Nachtragsetat, den Nordostseekanal betreffend, wurde vom Genossen Diez besprochen, der hervorhob, daß die Sozialdemokratie alle Kulturwerke unterstütze. Aber er warnte, zum Kanalbau ausländische Arbeiter in Massen heranzuziehen, wie das früher geschehen sei.

Einige kleinere Vorlagen sowie Petitionen wurden schnell erledigt. Morgen: Zölle und Verbrauchssteuern, Südwestafrika usw.

Herrenhaus.

Das Herrenhaus hat am Dienstag die Staatsberatung fortgesetzt und in etwa vier Stunden nicht weniger als 27 Etats erledigt, darunter so umfangreiche wie den der allgemeinen Finanzverwaltung, den der Handels- und Gewerbeverwaltung, der Bergverwaltung und den der Eisenbahnverwaltung! Das ist ein Zeichen dafür, was ein Parlament leisten kann, vorausgesetzt daß nur Vertreter von angestammtem Grundbesitz oder solche Leute drin sitzen, die die Würde als Befehlshaber schon mit auf die Welt gebracht haben.

Allgemein interessierende Fragen wurden beim Etat des Bureau des Staatsministeriums angeschnitten. Von den verschiedensten Rednern ward über den hohen Stand des Kurzes der Staatspapiere geklagt, aber irgend ein Mittel zur Hebung des Kurzes wußte niemand anzugeben. Zwischenbüch ließ sich der unvermeidliche Straf Witzbach immer und immer wieder bemerken, um über die Belastung des Ostens zu jammern. Fast nach jedem Redner ergriff er das Wort, bis es selbst seinen eigenen Standesgenossen zu viel wurde und Sulenburg-Wraffen ganz unabweislich erklärte, daß Witzbachs Klagen über die Vernachlässigung des Ostens unbegründet sind.

Beim Eisenbahnetat gelangte der bereits mitgeteilte Antrag des Herrn Dr. v. Burgsdorf auf Befreiung der Fahrkartensteuer zur Annahme! Herr v. Burgsdorf, der sich schon wiederholt der Regierung als Sozialistenidiot in wohlwollender Empfehlung gebracht hat, unterließ es auch diesmal nicht, sein altes Stedenpferd zu reiten. Er sagte davon, daß die Arbeiter zu billig fahren, daß die Fahrkartensteuer nicht aus von Willets vierter Klasse erhoben wird und daß die Arbeiter, die in der Großstadt arbeiten und Sonntags in ihre Heimat fahren, das sozialdemokratische Gift dorthin tragen und die Bevölkerung infizieren. Als Ertrag für den Ausfall an Einnahmen, den das Reich aus der Aufhebung der Fahrkartensteuer erleidet, empfahl er eine Besteuerung von Genussmitteln, wie Tabak und Bier! In seinem Eifer ging der junge Herr sogar soweit, der Regierung ein geheimes Bündnis mit der Sozialdemokratie vorzuwerfen: Allen Ernstes behauptete er, daß die Reichsregierung nur aus Furcht davor, daß die Sozialdemokraten sie schief ansehen könnten, vor dem Ausbau der indirekten Steuern zurückzuckt. (!)

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus hat am Dienstag zunächst die Berggesetznovelle den Kommissionsvor schlägen entsprechend in zweiter Lesung genehmigt. Hierauf wurde der Entwurf eines Quellschutzgesetzes nach kurzer Debatte an eine Kommission verwiesen und der Antrag Arndt (L.) u. Gen. betreffend Verstärkung der staatlichen Wägeteile zum Schutze des Deutschtums in den Osmarken, der bei der Staatsberatung aus Versehen abgelehnt war, nach den üblichen Polendeckungen gegen die Stimmen des Zentrums, der Freisinnigen und der Polen angenommen.

Junkerliche Steuerängste.

Der preussische Finanzminister hat kürzlich in der Finanzkommission des Herrenhauses eine Erhöhung der Einkommensteuer als notwendig bezeichnet. Die „Deutsche Tageszeitung“ warnt heuchlerisch vor der Einführung prozentualer Zuschläge zu den Steuern auf sämtliche, also auch kleinere und mittlere Einkommen. Statt nun aber einfach erheblichere Zuschläge für die höheren Einkommensklassen vorzuschlagen, empfiehlt das agrarische Organ eine — Dividendensteuer! Das industrielle Einkommen soll besonders herangezogen werden, damit ja die notleidenden Pauschalsteuerbeiträge von einem Steuerzuschlag befreit bleiben.

Der Ertrag der Einkommensteuer für die physischen Genossen in Preußen mit mehr als 6000 Mr. Einkommen betraffte sich 1906 auf 115 Millionen Mark. Bei der Erhöhung dieser Steuer um 10—20 Proz. — also einer mäßigen Erhöhung — wären leicht 80—85 Millionen mehr herauszukommen. Aber dazu müßten auch die Junker beitragen. Deshalb verlangen sie — zum Schutze der „kleinen“ Einkommen eine Dividendensteuer!

Vom „einigen“ Zentrum.

Der ultramontane „Volksfreund“ in Aachen bringt einen Artikel über die Währungsfrage, worin festgestellt wird, daß die besten Helfer aller Nationen seit Jahren, ja seit Jahrzehnten sich im Sinne des ewigen Friedens ausgesprochen haben und daß die großen Volksmassen ganz sicher hinter diesen Männern stehen. Dann heißt es:

„Wie lange noch wird es dauern, ehe der gesunde Menschenverstand bei allen Wäkten zum siegreichen Durchbruch kommt? Hoffen wir zunächst auf die Haager Konferenz; möge sie uns, wenn auch nur einen Schritt, dem so bedeutungsvollen Ziele näher führen.“

Dagegen bringt die „Trierische Landeszeitung“, das Daschabblatt, einen höhnernden Artikel über die englische „Abstützungskomödie“ und singt Bülow ein Loblied, daß er sich auf die „militärische Grundlage“ stelle. Denn, so schreibt das Blatt:

„Alle diplomatischen Kriegen können kein festes, dauerhaftes Fundament bilden; die Kriegsbereitschaft und Stärke aber ist etwas Reelles, Sicheres, Unverwundbares und Wirkames, nicht bloß für die Kampfung des eigenen Volkes, sondern auch für die

Jähmung der ausländischen Gegner. Von diesem Standpunkte aus können wir dem Spiel der „Abstützungskomödie“ mit voller Gemütsruhe zusehen.“

Wer vertritt nun hier den richtigen Zentrumstandpunkt, das geistliche Blatt in Aachen oder das in Trier? —

Merkwürdige Fraktionsverhältnisse.

Scheinen im Aachener Rathauszentrum zu herrschen. Jüngst hatte die Stadtverordnetenversammlung über die Anstellung eines neuen Beigeordneten zu beschließen. Vom Zentrum, das die Mehrheit im Kollegium hat, war ein Rechtsanwalt, der Führer der Aachener Ultramontanen, vorgeschlagen worden, aber es wurde der Kandidat der Liberalen gewählt, für den auch ein Teil der Zentrumstabelle stimmte. Dazu schreibt nun der „Volksfreund“, das Aachener Zentrumblatt:

„Zunachst ist auf dem Aachener Rathaus die liberale Rinderheit im Bunde mit dem Herrn Oberbürgermeister Beldmann, dessen Parteistandpunkt uns nicht klar, sicher aber nicht Zentrum ist. In dieser Koalition gefestigt sich dann im entscheidenden Augenblicke der sogenannte rechte Flügel der sogenannten Zentrumsfraktion des Stadtrats. Wir sagen mit Absicht: sogenannten Zentrumsfraktion des Stadtrats. Denn es bekennet sich zwar die Mehrheit der von der Zentrumspartei gewählten Mitglieder dieser Fraktion zum Zentrumprogramm; von einigen Herren ist es aber nicht zweifellos, ob sie voll und ganz auf dem Boden der Zentrumspartei stehen; und von dem Hospitanten (bis 1903 Mitglied) der Fraktion, Herrn Kommerzienrat Vossen, ist es sogar bekannt, daß er das politische Zentrum vernichten möchte.“

Danach gibt es in der Aachener Zentrumsfraktion zunächst voll und ganze Zentrumleute, dann gibt es „nicht zweifellosfreie“ Zentrumleute, die gewöhnlich mit den Liberalen stimmen, und endlich hat die Fraktion noch einen „Hospitanten“, dessen Standpunkt darauf hinget, die Partei zu verlassen. Und so erklärt sich denn, daß das Rathaus-Zentrum in Aachen, trotzdem es die Mehrheit der Stadtverordneten hat, dennoch in der Rinderheit ist, während umgeben die Liberalen, die in der Rinderheit sind, über die Mehrheit verfügen. So was kann aber auch nur beim Zentrum passieren!

Anarchistendebatte im württembergischen Landtag.

Stuttgart, 4. Mai 1907 (Eig. Ber.).

Die Justizdebatte, über deren wesentlichen Teile im „Vorwärts“ vom 28. und 30. April berichtet wurde, ging am 2. Mai zu Ende. Der sozialdemokratische Antrag auf Erweiterung der Kompetenz der Gemeinderäte in den Gemeinden 1. und 2. Klasse wurde mit 85 gegen 31 Stimmen abgelehnt. Hervorzuhoben ist noch, daß der Justizminister v. Schmidlin in bezug auf die Berufung von Arbeitern zu Schöffen und Geschworenen eine in ihrem allgemeinen Teil sehr entgegenkommende Erklärung abgab. Der gute Eindruck dieser von sozialdemokratischer Seite beifällig aufgenommenen Erklärung wurde leider vom Minister selbst dadurch abgeschwächt, daß er die in der letzten Zeit erfolgte Ablehnung zweier bekannter Sozialdemokraten, die vom Stuttgarter Gemeinderat zu Geschworenen ausgelost waren, nur mit sehr schwachen scheinigen Gründen verteidigte.

In der Beratung des Etats des Innern sprach als erster Redner der Sozialdemokratie Abg. Dr. Lindemann. Er wendete sich entschieden gegen die Absicht der Regierung, die Stuttgarter Polizei, die seither wie in allen Orten, dem Gemeinderat untersteht zu verstaatlichen. Er führte Windthorst und Miquel als Begründer der Absicht der Regierung die Stuttgarter Polizei, die seither wie in allen Orten, dem Gemeinderat untersteht, zu verstaatlichen. Er führte Windthorst und Miquel als Begründer und Befürworter der Anschauung an, daß die Ausübung der Polizeigewalt ein eigenes Recht der Gemeinden sei.

Am Freitag erwiderte Minister v. Bischof auf diese Rede. In der Großstadt seien die Ansprüche an die Polizei größer und dem sei die Gemeindepolizei nicht gewachsen. Das wichtigste aber sei ihm die politische Polizei, denn die Ueberwachung der Anarchisten sei notwendig. (1) Man könne aber der Polizei nicht zumuten, dem Gemeinderat Bericht zu erstatten, wie sie überhaupt nicht in ihrer Existenz von dem in seiner Zusammenfassung abhieselnden Gemeinderat abhängig sein könne. In die gleiche Kerbe hieb auch der nationalliberale Abg. Kübel, dem ein städtischer Schutzmänn nicht genügend Autorität genies.

Auf diese von scharfmacherischem Geist getragenen Reden antwortete für die Sozialdemokratie zunächst Abg. Mattutat, der den im Feld geführten Anarchistenreden als gänzlich hinfällig bezeichnete. Die in Deutschland vereinzelt vorkommenden Anarchisten seien durchweg harmlose und ungefähliche Leute. Woher sei Württemberg erfreulicherweise von einer so weitgehenden Ueberwachungsmethode verschont geblieben, wie sie anderwärts bestünde und die nur auf eine Spitalisierung der Vereine hinauslaufe.

Als am Sonnabend der Minister nochmals die Ueberwachung der Anarchisten als staatliche Aufgabe bezeichnete, antwortete ihm namens der Sozialdemokratie Abg. Heymann. Er wies nach, daß man im Stuttgarter Gemeinderat die Absicht des Ministeriums sehr richtig aufgefaßt habe, als man in einer Eingabe die Verstaatlichung der Polizei als einen Eingriff in die alte freiheitliche Gemeindeverfassung, als einen Eingriff in die Selbstverwaltung und die Entziehung eines wichtigen politischen Rechts der Stadt Stuttgart bezeichnete. Er stellte fest, daß diese Eingabe vom Gemeinderat einstimmig beschlossen worden sei, daß ihr also auch die nationalliberalen und konservativen Mitglieder zugestimmt hätten. Die Absicht, der Stuttgarter Gemeindeverwaltung die Polizeigewalt zu nehmen, sei gerade zu der Zeit aufgetaucht, wo die Mehrheit des Gemeinderats eine demokratisch-sozialdemokratische geworden sei, scheint es also, daß Stuttgart für die zunehmende demokratische Gestaltung seiner Bevölkerung bestraft werden solle.

Was Minister v. Bischof auf diese beifällig aufgenommene Rede erwiderte, war nicht sehr belangreich. Die Aufgabe, die unsicheren Elemente, mithin auch die Anarchisten zu überwachen, falls dem Staats zu. Die Anarchisten seien keineswegs harmlos, das beweise — die Revolution in Rußland! Im übrigen wies er die Absicht, der Arbeiterbewegung Schwierigkeiten machen zu wollen, entschieden zurück.

Nach Ueberschließung der Debatte wurde die Abstimmung über die vorliegenden Entwürfe am Vortag verlegt.

Ein anderer vom Reichsländerverband.

Zu unserem gestrigen Bericht über den Prozeß v. Diebert-Schöpslin ist zu berichten, daß der Verteidiger Dr. Karl Liebknecht in einem seiner Beweis-anträge nicht behauptet hat, der General v. Diebert habe in einer Versammlung gesagt, daß Genosse Singer sich an Kindern unter 14 Jahren vergangen habe. Diese gemeine Verleumdung ist vielmehr von einem Agenten des Reichsländerverbandes, einem gewissen Reuffen aufgegriffen worden, für dessen Handlungen Herr v. Diebert als Leiter des Reichsverbandes allerdings in gewissem Maße die moralische Verantwortung mit trägt. Genosse Liebknecht scheint Beweishebung über die Reuffensche Verleumdung beantragt zu haben, um die Kampfweise des Reichsverbandes zu charakterisieren.

Frankreich.

Das französisch-japanische Abkommen, dessen Wortlaut allerdings noch nicht endgültig festgestellt ist, wird von der französischen Presse sehr günstig beurteilt, und

Minister Bichon wird ob seiner diplomatischen Klugheit, die diese Entente herbeiführen half, allgemein gelobt. Der „Temps“ will wissen, daß Rußland und England bereits den Hauptzügen des Abkommens zugestimmt haben. Die Verhandlungen gehen, wie das Blatt weiter meldet, mit demjenigen Hand in Hand, welche im Januar und Februar gelegentlich der kürzlich in London und Paris aufgelegten japanischen Anleihe geführt wurden.

Der „Figaro“ schreibt: „Die französisch-japanischen Verhandlungen werden von dem außerordentlich friedlichen Grundsatze der Integrität und Unabhängigkeit Chinas geleitet. — Die Sicherheit Indochinas ist nunmehr gewährleistet. Die drückenden und gegebenenfalls sehr kostspieligen Sorgen kolonialer Verteidigungsfragen fallen durch die Beseitigung der Gefahr von selbst weg. So wird die französisch-japanische Entente nicht nur für die äußere Politik Frankreichs eine glückliche Wirkung haben, sie wird auch für die koloniale und selbst für die innere Politik nützlich sein, da sie Frankreich ziemlich schwerer finanzieller Anstrengungen enthebt.“

In Neu-York ist man gar der Ansicht, das Abkommen bedeute den ersten Schritt zu einer Quadrupelallianz zwischen Frankreich, England, Rußland und Japan.

Wie dem auch sei, so viel steht fest, daß die deutsche Diplomatie durch die friedliche Vertragspolitik der anderen Großstaaten über den Haufen politisiert wird. —

Das Maßregelungsfieber.

Paris, 7. Mai. In dem heute im Elyseepalaste abgehaltenen Ministerrat teilte Außenminister Briand mit, daß er die Entlassung des Lehrers Rögge bestätigt habe.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten Barthou teilte mit, daß er acht junge Telegraphisten wegen Verhöhnung von Depeschen entlassen habe; gegen zwei derselben würde das gerichtliche Verfahren eingeleitet werden.

Italien.

Am ersten Mai in Rom.

Man schreibt uns aus Rom:

... Des Vorkrieges vom 22. Januar des vorigen Jahres eingedenk, wo die um 6 Uhr begonnene Umingelung des Kolosseums schon mehrere Tausend Demonstranten versammelt fand, hat man diesmal schon um 6 Uhr früh alle Zugänge zum Kolosseum militärisch absperren lassen. Ueberall standen Truppenverbände: Minionsoldaten mit aufgestanztem Bajonett, im Kolosseum selbst leichte Kavallerie, auf der Höhe, die zum Versammlungsort führt, Grenadiere. Daneben viel Carabinieri und Polizisten sowie hohe Polizeibeamte in Zivil. Jeder Versuch der gruppenweis ankommenden Demonstranten, auf den Platz des Kolosseums zu gelangen, wurde vereitelt. Um 9 Uhr liegen sich die Soldaten nicht, da sie den ganzen ungeheuren Umkreis des Platzes umschlossen. So schien es gelungen, die Demonstranten in Gruppen zurückzuweisen, ohne daß es zu einem Zusammenstoß zwischen der Masse und dem Militär gekommen wäre. Auf ein Duzend Seitenstraßen verteilt, erschien die Menge der Demonstranten nicht groß genug, um sich mit den zahllosen Soldaten zu messen.

Um 10 Uhr änderte sich das Bild. Genosse Andrea Costa erkrankt, in Begleitung der Abgeordneten Ferri, Pescetti und Volini sowie der Vertreter der Arbeitskammer. Costa überließ sofort die Situation. Er gibt der Menge durch Zeichen zu verstehen, daß sie in geschlossener Kolonne durch die Via degli Annibaldi vorrücken solle. Die in der Via Sabour und der Via Ranza aufgestellten Demonstranten schließen sich an, und eine dichte, tausendköpfige Masse marschiert, mit den Abgeordneten an der Spitze, nach dem Plage des Kolosseums. An der Mündung der Via degli Annibaldi kommt es zum ersten Zusammenstoß. Die Truppenverbände, mit aufgestanztem Bajonett, verwehren den Durchgang. Während man noch parlamentiert, tritt Costa ganz dicht an die Soldaten heran, faßt plötzlich ein Bajonett, biegt es zur Seite, schießt sich mit der nachdrängenden Menge in die entzündene Mäule, mit schnellen energischen Bewegungen seiner mächtigen Gestalt die Soldaten abschüttelnd. Der Skordon ist gesprengt, und jubelnd drängen Hunderte und Aberhunderte in die Mäule. Das Gedränge ist so groß, die Menge so dicht, daß das Militär sich kaum bewegen kann. Die mit dem Kommando betrauten Offiziere begnügen sich, die Soldaten um die Höhe des Versammlungsorts zusammenzuführen, während die Menge nach links abbiegt, um das Volkshaus zu erreichen. Ferri will dort sprechen, aber die Demonstranten wollen sich nicht mit einer Versammlung im geschlossenen Saale begnügen, nachdem sie schon einmal siegreich vorgezogen sind. Sie wenden sich nach dem Kolosseum zurück, während die Abgeordneten, außer Costa, noch im Volkshause verweilen. Eine Schwadron Kavallerie rückt gegen die dichte Menschenkolonne vor, den Ausgang auf den Platz verperrend. Die Soldaten erhalten Order, in die Menge hineinzureiten. Die aber steht wie eine Mauer, und beim Rufen der Kavallerie werfen sich die vordersten Reihen der Demonstranten zu Boden! Die Pferde scheuen, bäumen, wenden sich zurück, Verwirrung verbreitend, die Skordons zerbrechend. Die Menge dringt siegreich vor, erklimmt die Anhöhe nach kurzem unblütigen Handgemenge mit den Grenadieren und besetzt den altrömischen Mauerrest, der als Tribüne dient.

Inmitten der Truppen, unterbrochen von den Trompetensignalen, die das Zeichen zum Feuern sein sollen, hat so vor dem Kolosseum die Versammlung stattgefunden, die Giolitti „nun und nimmermehr“ zulassen wollte. Die Genossen Costa, Romualdi, Ferri, Pescetti, Drano und Baglierini, ferner der republikanische Abgeordnete de Andreis und der Anarchist Bordini hielten kurze Ansprachen, worauf man friedlich auseinanderging, ohne daß es zu einem erneuten Zwischenfall gekommen wäre. Jede unnütze Provokation ist von seiten der Demonstranten vermieden worden, wie auch von seiten des Militärs mit großer Rücksicht und Mäßigkeit vorgegangen wurde. Die häufige Verwendung des Militärs bei solchen Gelegenheiten hat offenbar günstig auf die Selbstbeherrschung der Soldaten und Offiziere eingewirkt. Noch vor zehn Jahren wäre ein Zusammenstoß wie dieser ohne Blutvergießen undenkbar gewesen. ...

Belgien.

Das Ministerium des vollkommnen Widerspruchs.

Brüssel, 6. Mai. (Hg. Ver.)

Morgen wird sich das Ministerium de Trooz nach einer Afschiedsreise von vier Wochen der Kammer präsentieren. Das neue Kabinett hat sich den liberalen Kreisen, da ihm sonst wenig zu seiner Empfehlung diene, als ein „Ministerium der Konzentration“ empfohlen. Und es beherbergt in der Tat Vertreter der beiden Flügel der Rechten, sogar Herrn Sellaiputte, der kollegial mit denselben Herren de Trooz und Lidaert einsteht, die er als die Mitglieder des vorigen Kabinetts geführt hat!

Dies ist jedoch nicht die einzige originelle Seite der neuen Regierung, deren konzentrierter Merkmalismus sich aus den selbstsamsten Klängen oder vielmehr Gegensätzen zusammensetzt. Wie sich die „Einigkeit“ des Kabinetts de Trooz offenbaren wird, darauf darf jeder Staatsbürger neugierig sein. Es vereinigt in seinem Schoße Freihändler und Schutzzöller, Kongosfeinde und Kongosfreunde, Franzosen, die von ihrem Maß- und Maßstab

des gefeglichen Maßstabes, Militaristen und Antimilitaristen. ... Und dieses Ministerium, dessen einziges Bindeglied der Merkmalismus ist, der, wie die Bildung des Kabinetts deutlich gezeigt hat, in seiner gemäßigten wie in seiner radikalen Note für politische Streber ein so dankbares Gebiet ist, dieses Ministerium der Gegensätze soll Fragen von so ausgeprochenem Charakter wie die Kongofrage, die Frage der Antwerpen Feste, brennende Fragen des Arbeiterschutzes, um nur von den drei aktuellen zu sprechen. Was Wunder, daß selbst die liberalen Blätter für diese Art von „Konzentration“ wenig Begeisterung zeigen. Während die antiliberalen Presse für diese Spottgeburt nur Hohn und schroffe Ablehnung zeigt. Das „Programm“ dieser politischen Farbenspalette, Kabinett de Trooz genannt, wird ja erst verhandelt werden, aber es ist für alle Fälle sicher, daß die neue Regierung alle Gegensätze der Rechten in neuen Wirren zum Ausbruch bringen muß und daß es trachten wird, durch die Taktik der Hinauschiebungen und Vertagungen sich, so lange es geht, durchzusetzen.

Aufgereizt durch den Skandal, mit dem sich die vorige Regierung durch die Zurückziehung des Vergesetzes belastet hat, will, von den Sozialisten abgesehen, die liberale Linke solchen Wandern mit allen Mitteln entgegenreten. Wenigstens verläßt es derzeit ihre Presse in überschwänglicher Weise. — Vorläufig hat das Kabinett de Trooz seinem Rufe schon insoweit vorgearbeitet, daß es sich als ein Ministerium ohne eigenes Unterrichtsressort vorstellt! Der neue Minister Descaamps-David wird nur das Ressort für Kunst und Wissenschaft überwachen, in dem, soweit der Merkmalismus es für gut befinden wird, auch dem öffentlichen Unterricht ein Plätzchen eingeräumt werden wird. Die Pflege des öffentlichen Unterrichts wird demnach in einer Erhöhung der Subventionen für liberale Schulzwecke seinen Ausdruck finden! Im übrigen ist von den Persönlichkeiten des neuen Kabinetts herzlich wenig zu sagen. Dem neuen Kabinettschef wird eine gewisse mit Arroganz gemischte Geschicklichkeit nachgerühmt, die er wohl gleich morgen bei seinem Debüt zu beweisen haben wird, wenn er der Kammer als der Unterzeichner jenes berühmten Erlasses zur Aufhebung des Minengesetzes entgegengetreten wird! — Herr Rentin, der neue Justizminister, ist das Urbild des Strebers und er hat als solcher auch seine ehemalige Anhängerschaft für das allgemeine Wahlrecht über Bord geworfen!

Außer den Strebern, zu denen auch der neue Minister für öffentliche Arbeiten, DeBede, gehört, gibt es auch reine Kullen, wie Herr Dabignon, dem die auswärtigen Angelegenheiten, die mit der heißen Kongofrage belastet sind, anvertraut wurden. Herr Sibonet hieß als Eisenbahnminister nur „Le Paroisseux“ (der Kulle). Sein Finanzministerportefeuille hat er als ein den Kapitalistischen Interessen Jugeneigter erhalten. Jedemfalls verliert das belgische Eisenbahnwesen seinen schlechtesten Schützer. Wie Herr Sellaiputte, die immerhin interessanteste politische Persönlichkeit dieses Kabinetts und eines der Häupter der Jungliberalen, seine demokratische Modemütze in der Ministerschaft zeigen wird, ist abzuwarten. — Der Kriegsminister Sellaiputte soll ein Anhänger des persönlichen Militärdienstes sein, der belanlich eine Forderung der belgischen Sozialisten und Liberalen ist. Aber wie gesagt, außer der Unterstützung des Merkmalismus ist von diesem uneinheitlichen Kabinett keine einheitliche Tat zu erwarten. Und damit ist sein Todesurteil gesprochen.

Brüssel, 7. Mai. (W. L. B.) Deputiertenkammer. Der heutigen ersten Sitzung der Session wohnen die neuen Minister bei. Die Sitzung ist sehr erregt und nimmt einen stürmischen Charakter an bei Besprechung der Interpellation Furnemont, in der Aufklärung verlangt wird, warum Präsident und Bureau der Kammer den Vergesetzentwurf während einer ganzen Sitzung haben diskutiert lassen, trotzdem derselbe doch schon tags zuvor zurückgezogen gewesen sei. Der Präsident erklärt hierauf, daß alles ordnungsmäßig zugegangen sei. Da eine weitere Diskussion durch wüsten Lärm unmöglich wird, schießt sich der Präsident genötigt, die Sitzung aufzuheben. —

Brüssel, 6. Mai. (Hg. Ver.) Die nachträgliche Reiseleiter, die wegen des starken Regentwetters auf den gestrigen Sonntag verschoben werden mußte, wurde bei Frühlingswetter unter ungeheurer starker Beteiligung der Brüsseler Arbeiterschaft begangen. Musik, Fahnen und Standarten mit kräftigen Inschriften, die sich diesmal gegen den König und das vergangene Ministerium richteten, geleiteten den mächtigen, farbenbunten Zug durch die Hauptstraßen der inneren Stadt. Vor der Redaktion des „Peuple“, dessen neues Heim festlich geschmückt war, gab es eine Demonstration mit Ansprachen. Auch Vanderelde, der noch immer leidend ist, ergriff, stürmisch begrüßt, das Wort. Camille Huysmans sprach über den Achtstundentag. Die mächtige Demonstration vollzog sich mit dem üblichen Temperament der hiesigen Arbeiterschaft, aber unter musterhafter Disziplin.

Die russische Revolution.

Von Land zu Land.

Kopenhagen, 6. Mai. Die russischen Sozialdemokraten sind heute abend wieder von Walmö hier angekommen. Sie beabsichtigten, von hier über Esbjerg nach England weiterzureisen; da aber die Dampfschiffahrtsgesellschaft die Beförderung von Esbjerg nach England verweigerte, wurde die Abreise aufgegeben. Die Russen haben Verhandlungen eingeleitet, um einen Dampfer zu chartern, der sie direkt nach England bringen soll.

Christians, 6. Mai. Die in Walmö sich aufhaltenden russischen Sozialisten suchten heute die Erlaubnis nach hier einen Kongress abzuhalten. Die norwegische Regierung hat abschlägig geantwortet.

Kopenhagen, 7. Mai. Die russischen Sozialdemokraten sind heute mittag über Korsör, Esbjerg nach England abgereist.

„Nirgends Unruhigen“ —

Petersburg, 7. Mai. Nach den bisher aus dem Reich eintreffenden Meldungen ist es anlässlich der Feiertage nirgends zu Unruhen gekommen.

Petersburg, 7. Mai. Anlässlich einer gestern in der Stadt Schwabent im Gouvernemente Saratow abgehaltenen Volksversammlung, die von 8000 Personen besucht war, kam es zwischen einigem Militär und Besuchern der Versammlung zu blutigen Zusammenstößen. Die Soldaten machten von der Feuerwaffe Gebrauch. Es wurden zwei Personen erschossen und zahlreiche andere schwer verletzt, darunter der revolutionäre Abgeordnete Kirnosow.

Überwachung der Dummamitglieder.

Seit Sonnabend, den 4. d. M., wollen die meisten Reichsdummamitglieder in ihren Heimatorten, im Kreise ihrer Angehörigen und der sie mit begreiflicher Spannung erwartenden Wähler. Die russische Administrationsbehörde hat nun eine rührende Parforce um die von Petersburg abwesenden Reichsdummamitglieder an der Tag gelegt, was insbesondere auf dem flachen Lande trotz zum Ausdruck kommt. Den Ortsbehörden ist nämlich durch streng vertrauliche Zirkulare aufgetragen worden, den Herren Volksvertretern einen „wederentsprechenden Empfang“ zu bereiten, sie mit einer „Ehrenwache“ zu umgeben, sie vor dem sich herandrängenden Volk zu „bewahren“, sie bis zu ihrer Abfahrt nach Petersburg nicht aus dem Auge zu lassen und über jede Kleinigkeit nach Petersburg ausführlich zu berichten! Die Fürsorge Stolypins ist sogar soweit gegangen, daß er in seiner Eigenschaft als „Vater des Bauern“ eine

Anzahl besonders geschulter Ministerialbeamten speziell damit betraut hat, die von den Provinzbehörden einlaufenden Berichte über die Petersburger Gäste entsprechend zu systematisieren, um zu sehen, ob die russischen Administrationsorgane die Befehle ihres Chefs richtig befolgt haben. —

Die Zusammensetzung der sozialdemokratischen Dumafraktion.

Zur sozialdemokratischen Fraktion gehören jetzt 65 Abgeordnete, von denen 54 stimmberechtigt sind, während 11 nur über beratende Stimme verfügen. — 58 Abgeordnete sind als Kandidaten der Partei gewählt worden, 7 Abgeordnete als Parteilose, die der Sozialdemokratie nahe stehen.

Ihre sozialen Stellung nach sind:

Arbeiter	25 Abg. oder 38,5 Prozent
Bauern	5 „ „ 7,7 „
Gutsbesitzer	1 „ „ 1,5 „
Literaten und Journalisten	10 „ „ 15,4 „
Lehrer	6 „ „ 9,2 „
Rechtsanwalt	1 „ „ 1,5 „
Techniker	1 „ „ 1,5 „
Kontoristen und Buchhalter	6 „ „ 9,2 „
Semstwo-Angestellte	4 „ „ 6,2 „
Vizegouverneur a. D.	1 „ „ 1,5 „

Das Fazit der Feldjustiz.

Am 3. Mai ist das Feldgerichtsgesetz außer Kraft getreten. Wir können jetzt das Fazit des blutigen Zaumels ziehen. (Wir entnehmen die untenstehenden Zahlen der Zeitung „Towarischtsch“.) Während der achtmönatigen Existenz der Feldkriegsgerichte sind folgende in die Presse gedruckene Urteile gefällt worden:

1. Zum Tode verurteilt und hingerichtet worden sind 1144 Personen darunter von Feldkriegsgerichten verurteilt 1102
2. Marineseldkriegsgerichten verurteilt 42
3. Zu sonstigen Strafen sind von Feldkriegsgerichten verurteilt worden:
2. zu Zwangsarbeit (Katorga) 250 Personen auf 927 Jahre
1. lebenslänglicher Zwangsarbeit 78 „ „
3. lebenslänglicher Verbannung 7 „ „
4. Gefängnisstrafen 454 „ „ 88

Außerdem sind 72 Personen dem Feldgericht übergeben worden, doch sind die Urteile nicht in die Presse gedrungen.

Freigeprochen sind im ganzen 71 Personen.

Es wäre natürlich ein Irrtum, wollte man annehmen, daß der Parismus nach Aufhebung der Feldgerichte etwa nicht mehr die Möglichkeit hat, seine Feinde skandinavische abzuwickeln.

Der außerordentliche Kriegszustand, der Belagerungszustand und sonstige außerordentliche Zustände geben den örtlichen Satrapen das Recht, beliebige Personen dem Kreismilitärgerichte zu übergeben und laut Art. 279 des Strafgesetzbuches anzuklagen, der auf kürzestem Wege zur Todesstrafe führt.

Der blutige Alp, der auf Rußland lastet, ist noch lange nicht zertrümmert.

Aus der Partei.

Parteiliteratur.

Sozialistische Literatur, zwei Vorträge von Paul Lensch, ist der Titel der neuesten Broschüre, die soeben im Verlage der „Leipziger Volkszeitung“ erschienen ist. Die Broschüre enthält keineswegs etwa eine trockene Aufzählung von Namen und Büchertiteln, sondern sie stellt in ihrem kurzen Rahmen ein Stück Parteigeschichte dar: das Heraufwachen des theoretischen Sozialismus aus der bürgerlichen Philosophie auf der einen Seite und das des praktischen Sozialismus aus der bürgerlichen Politik auf der anderen Seite. An der Hand dieser historischen Entwicklung gibt dann Dr. Lensch die einschlägige Parteiliteratur an, deren Studium für das Verständnis der sozialistischen Weltanschauung und des sozialdemokratischen Kampfes notwendig ist.

Die Broschüre kostet 15 Pf. Sie kann allen Parteigenossen ausdrücklich empfohlen werden.

„Der Kampf der Arbeiter“ betitelt sich eine soeben im Verlage der Leipziger Buchdruckerei A.-S. in Leipzig erschienene Broschüre, die Genossen Anton Panneloek zum Verfasser hat. Genosse Panneloek, Lehrer an der sozialdemokratischen Parteischule in Berlin, besitzt zweifellos das Talent eines ausgezeichneten Schriftstellers unserer Partei; das beweisen seine zahlreichen lesenswerten Artikel in der „Leipziger Volkszeitung“. Wir beschränken uns darauf, nachstehend die Kapitelüberschriften dieser allgemein verständlich geschriebenen Broschüre zu registrieren: Die besitzende und die besitzlose Klasse. — Die Ausbeuter. — Interessenkampf und revolutionärer Kampf. — Die Umwälzung des Eigentums. — Das Endziel des Klassenkampfes. I. II. — Reform oder Umsturz.

Der Preis des Büchleins ist ein ungewöhnlich niedriger. Er beträgt 20 Pf.

Genosse Bebel schreibt uns:

Herr Georg Bernhard hat in der Nr. 9 der Zeitschrift „März“ einen Artikel veröffentlicht, betitelt: Ignaz Auer, der zeigt, daß es die höchste Zeit war, daß Herr Georg Bernhard aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschieden ist. In besagtem Artikel trägt er allerlei Klatsch zusammen, um mich zu diskreditieren und zwar in einer ganz unqualifizierbaren Weise.

Herr Georg Bernhard wundert sich, daß ich als Grabredner Auers bestimmt wurde, wozu ich nach meiner Meinung der Unberufenste war. Ich will Herrn Georg Bernhard verraten, daß ich mich zu dieser Rolle nicht dränge, nachdem aber der Parteivorstand, der über meine Beziehungen zu Auer wohl besser unterrichtet ist als Herr Georg Bernhard, mich darum ersuchte, habe ich diesen Wunsch bereitwillig erfüllt.

Weiter erinnert Herr Georg Bernhard an bekannte Vorgänge auf dem Dresdener Parteitag, die im Protokoll des selben nachgesehen werden können, auf Grund deren Auer ein solches Gefühl der Abneigung gegen mich gehabt habe, daß als er einige Zeit nach Dresden betlagert wurde und ich ihn besuchte, er mir vom Krankenbett aus abgewinkt habe. Herr Georg Bernhard setzt allerdings vorsichtig hinzu: „ob diese Geschichte wahr ist, weiß ich nicht, aber ich weiß, daß bei vielen seit jener Dresdener Szene ein bitteres Gefühl gegen Bebel nicht mehr verschwinden konnte.“

Ich erkläre, daß an dem geschilderten Vorgang am Auer's Krankenbett kein wahres Wort ist. Diejenigen, die diese Geschichte kolportieren, haben sie sich aus den Fingern gezogen. Ob seit Dresden viele gegen mich ein bitteres Gefühl hegen, weiß ich nicht. Herr Georg Bernhard mag aus seinem Verleht mit ihm näher stehenden Kreisen darüber besser unterrichtet sein. Ich würde, wenn er recht hätte, das nur als eine unvermeidliche Konsequenz des Parteilebens ansehen, inwiefern ich aus meinem Herzen keine Würdepartei mache, sobald es sich nach meiner Ansicht um wichtige Parteinteressen handelt. Sicher ist aber, daß sich zwischen Auer und mir seit Dresden nichts geändert hatte, wofür am besten spricht, daß er nebst seiner Frau nach Dresden wie vor Dresden jedes Jahr mindestens einmal einen Abend in meiner Familie verlebte. Leider den letzten am 24. Februar 1907.

Genosse Auer und ich, wir sind seit Jahren in unseren Ansichten immer mehr auseinander gegangen. Herr Georg Bernhard nennt selbst in einer Revision, eine Zeichnung, gegen die Auer, lebte er noch, protestieren würde. Inbes ist allbekannt, daß Auer, augenscheinlich mit unter dem Einfluß seiner Krankheit, die ihn schon lange im Körper steckte, sich mehr nach rechts entwickelte und selbst früher begabte Anschauungen aufgab.

Aber dieser Wechsel in seinen Anschauungen war unrichtig; Auer war kein Mann, der politische Anschauungen so leicht so

ein solcher Wandel in seinen Ansichten wohl Grund zu Reimungs-
lämpfen, aber nicht zu persönlicher Gegnerschaft.
Auf alle Fälle ist es ein eigenartiger Geschmack des Herrn
Georg Bernbard, daß er, um das Grab eines Toten mit Rosen zu
schmücken, glaubt einen Lebenden mit Schmutz betwerfen zu müssen.
Der Vorgang zeigt mir nur, daß ich mich über die Qualifikation
des Herrn Georg Bernbard keinen Augenblick täusche. Die Partei
kam sich beglückwünschen, daß sie ihn losgeworden ist.
Schöneberg-Berlin, den 7. Mai 1907.

A. Weber.

Gewerkschaftliches.

Sozialdemokratie und Gewerkschaften.

Der „Korrespondent für Deutschl. Buchdrucker“ polemisiert
in einer langen Artikelserie gegen den Zentrumsabgeordneten
Dassbach, der sich in einer Broschüre über die Tarif-
gemeinschaft der Buchdrucker in seiner Weise äußert. Unter
den vielen abnormen Vorwürfen, die Dassbach gegen den
Buchdruckerverband erhebt, lehrt auch der zwar nicht neue, aber
außerspiessergemüt doch immer noch genügend gruselig wirkende
wieder, der Buchdruckerverband sei eine „sozialdemokratische“
Organisation. Der „Korrespondent“ bemüht sich nun nach-
zuweisen, daß das nicht der Fall ist. Das ist sein gutes
Recht. Er läßt sich aber auch, ohne daß ein ersichtlicher
Zwang dazu vorliegt, über die Stellung der Partei den
Gewerkschaften gegenüber aus, indem er folgenden Fundamentalf-
satz aufstellt:

„Und wir sind sogar so frei, zu behaupten, daß alle Ver-
bandsmitglieder Sozialdemokraten wären, wenn die Sozialdemo-
kratie den Lebensinteressen der Gewerkschaften
Rechnung zu tragen verstände, was bei ihrem gegenwärtigen
Programm nicht der Fall sein kann.“

Dieser Satz, der manchen Konflikt erklärt, zwingt uns zu
einer Zurückweisung.

Das sozialdemokratische Programm fordert in seinem
zweiten Teile Abschaffung aller Gesetze, welche die freie
Meinungäußerung und das Recht der Vereinigung
und Versammlung einschränken oder unterdrücken, und
außerdem verlangt es:

Sicherstellung des Koalitionsrechts.

Die sozialdemokratische Partei trägt also nicht nur den
Lebensinteressen der Gewerkschaften Rechnung, sondern ihr
gegenwärtiges Programm zwingt sie direkt dazu.

Berlin und Umgegend.

Die Lohnbewegung der Bäcker.

Gestern nachmittag tagte in Rellers Saal eine öffentliche
Bäckerversammlung. Die Lohnbewegung, welche sich jetzt mehr und
mehr zum Kampfe zuspitzen scheint, hatte die Bäcker in
großen Scharen nach der Versammlung geführt. Saal und
Galerien waren bis auf den letzten Platz besetzt. Henschold
besprach die bekannten letzten Vorgänge, besonders die Ablehnung
des Oberbürgermeisters als Vermittler durch die Innungen. Unter
anderem führte der Redner aus, es sei bei einem Teil der
Innungsmeister von vornherein abgemacht gewesen, daß sie auch den
Oberbürgermeister als Vermittler nicht anerkennen wollten. Schon
einige Tage vor der betreffenden Entscheidung habe Obermeister
Lieding gesagt: „Ach, was versteht der Oberbürgermeister von
der Bäckerei.“ Nachdem nun die Innungen sowohl das Gewerbe-
gericht als auch den Oberbürgermeister oder einen sonstigen un-
parteiischen Vermittler abgelehnt haben, ist den Gesellen jeder Weg
einer friedlichen Verständigung verlegt. Diese Ablehnung
durch die Innungen bedeutet nichts anderes
als den Streik. (Lebhafter Beifall.) Jetzt gilt es, zu handeln
und alle Vorbereitungen für den Kampf zu treffen. Die freie
Vereinigung der Bäckermeister hat sich bereit erklärt, eine Verein-
barung mit dem Verband der Bäcker vor dem Gewerbegericht ab-
zuschließen. Die Verhandlungen werden in den nächsten Tagen
stattfinden. Was da vereinbart werden wird, soll dann als For-
derung an alle anderen Meister eingereicht werden. Am nächsten
Dienstag wird eine Vertrauensmänner- und eine Mitgliederver-
sammlung des Verbandes abgehalten, um endgültige Beschlüsse über
die Lohnbewegung zu fassen. Der Referent empfahl folgende
Resolution:

Die heutige Versammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis
von der durch die Innungen erfolgten Ablehnung der Ver-
mittlung des Herrn Oberbürgermeisters von Berlin in unserem
Lohnkampfe.

Die Innungen haben damit den Beweis vor der Öffent-
lichkeit erbracht, daß es ihnen nicht um Schaffung eines ehrlichen
Friedens zu tun ist, sondern daß sie nur den Kampf wollen.
Mit den „freien“ Verhandlungen oder solchen vor dem Innungs-
schiedsgericht soll nur die vorjährige Innungsstatistik der Ver-
sprechungen, an derenhalten man aber nicht im entferntesten
denkt, wieder angewandt werden.

Diese hinterhältige Innungspolitik macht es der Gesellen-
schaft unmöglich, irgend welchen Einigungsabkommen der Innungs-
vertreter auch nur das geringste Vertrauen entgegenbringen zu
können.

Daß alle Einigungsabhandlungen gescheitert sind, ist
lediglich der rückständigen Ablehnung der unparteiischen Ver-
handlungsleitung durch den Oberbürgermeister seitens der In-
nungen zuzuschreiben und fällt die Verantwortung dafür auch
nur den Innungen zu.

Die Versammlung sieht sich gezwungen, nunmehr der
Organisationsleitung den Auftrag zu erteilen, zu gegebener Zeit
die Forderungen an die einzelnen Meister abzugeben. Jedoch
ist es der Organisationsleitung freigestellt, wenn sie es für
zweckdienlich hält, das Angebot der „Freien Vereinigung der
Bäckermeister Berlins“, welche sich durch Beschluß zu Verhand-
lungen vor dem Gewerbegericht bereit erklärt haben, zu akzep-
tieren und mit diesen und den übrigen Meistern, welche zu Ver-
handlungen auf realer Grundlage geneigt sind, vor dem
Einigungsamt des Gewerbegerichts zu verhandeln.

Qualifizierte referierte über die Frage, welches ist die Ver-
tretung der Berliner Bäcker. — Dieser Punkt ist auf die
Tagesordnung gesetzt worden, weil die Innungsvertreter behaupten,
der Verband sei nicht die Vertretung aller Berliner Bäcker-
gesellen. Demgegenüber führte der Redner aus, daß außer dem
Verbande eine wirkliche Arbeiterorganisation für das Bäcker-
gewerbe nicht besteht, und daß sich mit den Forderungen des Verbandes
auch die Gesellenausschüsse aller Innungen, also die
gesetzliche Vertretung aller Arbeitnehmer im
Bäckergewerbe, einverstanden erklärt haben. Im Einverständnis
mit den Gesellenausschüssen empfahl der Redner die folgende
Resolution:

In Erwägung dessen, daß die Innungen und ihre offiziellen
Vertreter erklären, der Deutsche Bäckerverband sei nicht die wahre
Vertretung der Berliner Bäcker, erklären sich die in der
Versammlungseinladung unterzeichneten Gesellenausschüsse der
Bäckerinnungen Germania, Concordia, Rixdorf, Steglitz, Britz
und Reinickendorf mit den Forderungen des Verbandes, die auch
von den geschwägigen Vertretern (den Gesellenausschüssen) mit
an die Innungen gestellt sind, vollständig einverstanden.

Die von den Innungen ausgestellten Verhandlungsbedingungen, daß
die Mitglieder als Unterzeichner der Flugblätter und Ver-
sammlungseinladungen nicht die gesamten Gesellenausschüsse
vertreten, müssen wir als Unwahrheit zurückweisen und erklären,
daß die Gesellenausschüsse mit der Verbandsleitung alle Schritte
in der Lohnbewegung gemeinsam beraten und unternehmen haben.

Die heutige öffentliche Versammlung beauftragt auch ferner-
hin nur die Verbandsleitung und die Gesellenausschüsse mit der

Vertretung ihrer Interessen der Arbeitgeber gegenüber und
erteilt ihnen Vollmacht zur Durchführung unserer Forderungen.

Den Referenten folgte eine rege Diskussion. Alle Redner
stimmten den Referenten zu. Auch der Verbandsvorsitzende
Mannmann-Hamburg nahm das Wort. Unter stürmischem Bei-
fall der Versammlung führte er aus, daß jetzt jeder Berliner Bäcker-
geselle zum Kampfe bereit sein muß. Der Verband ist für den
Kampf gerüstet und tritt mit seinen Mitteln für die Berliner
Bewegung ein. Schon in den nächsten Tagen könnten wieder Ver-
sammlungen notwendig werden. Es gilt jetzt, bereit zu sein und
den bevorstehenden Kampf zum siegreichen Ende zu führen.

Nach Schluß der Debatte wurden beide Resolutionen ein-
stimmig angenommen.

Ueber den Streik der Drahtarbeiter erstattete Handels Bericht
in einer Branchensammlung der Drahtarbeiter, die am Montag
im Gewerkschaftshause tagte. Zu den geforderten Bedingungen
sind 166 Arbeiter bei 14 Firmen beschäftigt. Diesen Arbeitern von
der Lage des Streiks Kenntnis zu geben, war der Zweck der Ver-
sammlung. Daß der Streik nun schon fünf Wochen dauert, ist er-
sichtlich. Es ist das erste Mal, daß die Fabrikanten der Drahtindustrie
einen Kampf zu bestehen haben; sie sehen deshalb alles daran, um
die Arbeiter mit ihren Forderungen zurückzuweisen. Kein Mittel
lassen sie unversucht, um Arbeitswillige heranzuziehen, in der
Öffnung, daß sie auf diese Weise die Streikenden überwinden
könnten. Unter diesen Umständen muß mit einer längeren Dauer
des Kampfes gerechnet werden. Die Streikenden sind darauf ge-
faßt, daß sich der Kampf noch bis nach Pfingsten ausdehnt; ihre
Einnütigkeit und ihr festes Zusammenhalten werden ihnen Erfolg
bringen. — Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die
Branchensammlung der Drahtarbeiter spricht den streikenden
Kollegen ihre Anerkennung für ihr tapferes Verhalten im Kampfe
aus und verspricht ihnen moralische und materielle Unterstützung.“

Die Fleischergelesen und der Innungsnachweis.

Eine öffentliche Versammlung der Berliner Schlächtergelesen
besaßte sich mit den Richtlinien im Arbeitsnachweis der
Innung. Es wurde u. a. ausgeführt, trotz ihres ungeheuren
Vermögens, trotz schon so oft geübter öffentlicher geführter Kritik
und trotz schärfster Brandmarkung der Gewerbe- und Innungs-
Arbeiternachweis von der Herberge zu trennen, sowie der Drohung
mit polizeilicher Schließung der Herberge, falls es der Berliner
Fleischerinnung gänzlich ein, den „Sausfall in der Ruladstraße“
einmal gründlich auszumischen. Weiter wurde ausgeführt: Seit
Jahren verlangen die Gesellen einen kostenlosen Arbeitsnachweis.
Doch das störe die Innung wenig, nach wie vor müßten die Ge-
sellen 50 Pf. und 1 Mk. Vermittlungsgebühren zahlen. Wer
kein Geld habe, erhalte keine Stelle. Dabei bezeichne die Innung
dieses Institut als eine Wohlfahrtsanstalt. Auch die neue
Arbeitsnachweisordnung der Innung habe die Gewerbe- und Innungs-
zurückgewiesen, weil die Bestimmungen darin keine bessere Formen
aufweisen. In dieser Arbeitsordnung heiße es: „Sind passende
Gesellen nicht eingetragen, so hat der Sprechmeister das Recht,
aus den sonst vorhandenen Arbeitsuchenden geeignete Arbeitskräfte
auszuwählen.“

Wer jedoch den Sprechmeister kenne, der wisse, welche
passenden Arbeitskräfte trotz Vorschrift ausgesucht würden. Daß
die Kunst mehr Einfluß ausübe als die Arbeitsleistung, sei oft
genug erwiesen. Schließlich wurde folgende Resolution einstimmig
angenommen:

„Die Versammlung erklärt, daß der Arbeitsnachweis der
Innung keineswegs als Wohlfahrtsanstalt betrachtet werden
kann, weil daselbst die Arbeitsuchenden 50 Pf. und 1 Mk. Ver-
mittlungsgeld zahlen müssen; auch sind schon verschiedene
Fälle vorgekommen, wo Fleischergelesen keine Arbeit nachge-
wiesen ist, da sie die Vermittlungsgebühr nicht zahlen konnten.
Die Behörde wird ersucht, dafür zu sorgen, daß die Arbeitsver-
mittlung von der Gesellenherberge getrennt wird, weil dort
Schankwirtschaft und Arbeitsvermittlung in unmittelbarer Nähe
sich befinden.“

Die Versammelten fordern:

1. Einen kostenlosen Arbeitsnachweis auf paritätischer
Grundlage, wie solcher schon seit Jahren verlangt wird.

2. Bis zur Einführung des Arbeitsnachweises hat die Innung
eine zweckdienliche Arbeitsnachweisordnung einzuführen mit
den Grundregeln: „Die Eintragung aller Arbeitsuchenden ist
obligatorisch. Den Arbeitsuchenden muß der Reihenfolge nach
Arbeit zugewiesen werden, vorausgesetzt, daß dieselben die be-
treffende Stelle besetzen können. Begünstigungen durch den
Sprechmeister oder Fürsprache anderer Personen sowie des Ein-
getragenen selbst sind strengstens zu unterlassen. Bei Nicht-
annahme eines Gesellen durch den Arbeitgeber darf ersterer in
der Liste nicht zurückgesetzt bzw. gestrichen werden. An Sonn-
und Feiertagen darf keine Arbeit vermittelt werden. Die
Kosten zur Unterhaltung des Arbeitsnachweises hat die Innung
zu tragen.“

Das Bureau wurde beauftragt, diese Resolution sogleich den
in Betracht kommenden Behörden sowie dem Innungsvorstand zu
unterbreiten.

Deutsches Reich.

Lohnbewegung der Seeleute in den Ostseehäfen.

In sämtlichen Ostseehäfen hat der Verband der Seeleute den
Reedereien einen Tarif unterbreitet, der die Lohnverhältnisse der
verschiedenen Kategorien der Seeleute sowie der Arbeitsleute, die
an Bord der Schiffe beschäftigt werden, regelt, ferner über die
Arbeitsdauer der letzteren und das Ueberstundenwesen an Bord
Bestimmungen trifft. Die Monatsbezahlung für Matrosen und Heizer
soll danach bei Nord- und Ostseefahrt 65 Mk., bei großer und
transatlantischer Fahrt 70 Mk., für Zimmerleute 65 Mk., für Leicht-
matrosen 50 Mk. betragen. Die Bezahlung für den Jungen bzw. Halb-
mann wird nach Alter und Fahrzeit berechnet, darf jedoch nicht
unter 30 Mk. pro Monat betragen. Für Bootleute wird eine
Minimalbezahlung von 80 Mk., für Schiffszimmerleute von 85 Mk. ge-
fordert. Die Arbeitszeit für Tagelöhner an Bord wird auf
10 Stunden festgesetzt, Ueberstunden werden mit 50 Pf. bezahlt.
Die Rannschaften des Deck- und Maschinenpersonals erhalten an
den Tagen, an denen das Schiff in einem Lösch-, Lade- oder
Bunkerhafen ein- bzw. ausläuft, Ueberstunden vergütet für die
Zeit, in der sie innerhalb 24 Stunden länger als 10 Stunden
beschäftigt werden.

Ferner enthält der Tarif noch Bestimmungen über die
Rüstung sowie die Einsetzung von Beschwerdefunktionen, die
jeweilig aus einem unparteiischen Vorsitzenden und einem Ver-
treter der Mannschaft und der Reederei bestehen sollen.

In Kiel haben die Seeleute den Tarifentwurf den Reedern
am 27. April unterbreitet, mit der Bitte, sei es einzeln durch ihre
Vertreter, sei es korporativ, mit der Organisation der Seeleute
in Verhandlung zu treten. Vorgeschlagen wurde, daß die Be-
sprechung unter dem Vorbehalt eines Vertreters des Seemanns oder
der Handelskammer oder des Gewerbegerichts geführt werden solle.
Darauf haben die drei größten Reedereien, H. Diederichsen,
Paulsen u. Zwers und Sartori, offensichtlich noch vor-
heriger Verhandlung, eine ausweichende Antwort gegeben und keine
Reigung befundet, auch nur in Unterhandlung zu treten, ge-
schweige denn den Tarif zu bewilligen. Die Kieler Seeleute haben
deshalb auf sämtlichen Kieler Schiffen, mit Ausnahme der Post-
dampfer, an diesem Montag die Kündigung eingereicht.

Der Streik der Holzarbeiter in Andernach a. Rhein ist be-
endet. Die Arbeitszeit wird sofort von 11 auf 10 1/2 Stunden und
vom 1. April kommenden Jahres an auf 10 Stunden verkürzt. Der
Lohn wird um 10 Proz. erhöht. Für Ueberstunden werden 10 Pf.,
für Nacharbeit 20 Pf. Zuschlag vergütet. Diese „Zugeständnisse“,
die die katholischen Unternehmer von Andernach dem „christlichen“
Holzarbeiterverbande gemacht haben, haben also erst noch durch einen
Streik erkämpft werden müssen.

Schwarze Listen

verwendet auch der Arbeitgeber-Ortsverband für das Raster- und
Anstreicher- u. u. Gewerbe in Essen“. Die Liste der streikenden
Geschäften umfaßt mehr als 400 Namen und es wird darin dringend
unter Hinweis auf die Statuten ersucht, „keinen von diesen
Geschäften einzustellen und bereits eingestellte
wieder sofort zu entlassen“. — Die kaiserliche Drohung
gegen diejenigen, die einen anderen an freiwilliger Arbeit hindern,
galt nur für die Arbeiter.

Ausland.

Der Streik im Hafen von New York.

Die Hafenarbeiter erklären, wenn die Gesellschaften ihre Forde-
rungen nicht bewilligen, werde innerhalb 48 Stunden kein einziger
Hafenarbeiter mehr tätig sein. Die Gesellschaften erklären, daß sie
die Forderungen nicht bewilligen; inzwischen werden die Schiffe
durch Heranziehung von Stewards, Heizern und sonstigen Leuten
der Beladung beladen und gelöscht. Die Betriebsleiter der Docks
sagen, sie seien bereits mit der Anwerbung neuer Arbeiter beschäftigt
und würden deren bald ausreichend zur Verfügung haben. Gestern
ist eine starke Polizeiabteilung nach den Docks von Hoboken geschickt
worden.

Wie der „Standard“ unter dem gestrigen Datum aus New York
meldet, werden die Hafenarbeiter der Hamburg-Amerika-Linie sich
heute dem Auslande anschließen. Der Dampfer „Aronland“ der
Red Star Linie ist gestern mittag in See gegangen, nachdem mit
Hilfe des Schiffspersonals Ladung und Kohlen an Bord genommen
waren. Die Passagierliste des Dampfers ist so umfangreich wie
kaum je zuvor und weist 950 Passagiere im Zwischendeck, 241 in der
zweiten und 73 in der ersten Kajüte auf.

Die Frachtverlader und Kohlenhändler des Norddeutschen Lloyd
haben ebenfalls den Streik erklärt.

Die Bewegung im Baugewerbe.

Gestern abend tagte in der Neuen Welt eine ungewöhnlich
stark besuchte Generalversammlung des Maurerverbandes.
Es galt Stellung zur Lohnbewegung zu nehmen. Silber-
schmidt führte aus: Nach der Ablehnung des Schieds-
spruches durch die Versammlung am 23. April machte Herr v. Schulz,
der sich für die Erhaltung des Friedens im Baugewerbe bemüht, den
Vorschlag, die Organisationen der Arbeiter möchten doch eine noch-
malige Abstimmung über den Schiedspruch vornehmen. Die
Unternehmer würden bis zu ihrer nächsten Generalversammlung,
die am 10. d. M. stattfindet, an der Annahme des Schieds-
spruches festhalten. Dieser Anregung des Herrn v. Schulz folgend, hat die
Verbandsleitung in der vorigen Woche eine Vertrauensmänner-
sitzung einberufen. Dieselbe hat alle Gründe, die für und gegen
die Ablehnung des Schiedspruches sprechen, nochmals reichlich er-
wogen, ist aber zu der Ansicht gekommen, daß es bei der Ab-
lehnung des Schiedspruches bleiben muß. Dieser Beschluß ist fast
einstimmig gefaßt worden. Dabei haben aber die Vertrauens-
männer nicht außer Acht gelassen, daß, wenn es zum Kampfe kommt,
derselbe ein sehr schwerer werden wird. Nach dem Beschluß des
Vertrauenskörpers hat die Verbandsleitung, unbeschadet ihrer ent-
gegenstehenden Meinung, ihren bisherigen Standpunkt aufgegeben
und schlägt der Versammlung in Uebereinstimmung mit den Ver-
trauensmännern vor, Herrn v. Schulz mitzuteilen, der Zentralverband der Maurer danke ihm
sehr für seine Bemühungen, sehe sich aber
außer Stande, seinen Beschluß vom 23. April zu
ändern, die Ablehnung des Schiedspruches bleibe also bestehen.
— Die Verbandsleitung und die Vertrauensmänner sind einmütig
der Ansicht, daß der Frieden erhalten bleibe und ein Vertrag zum
Abschluß gekommen wäre, wenn den Arbeitern innerhalb der drei-
jährigen Vertragsdauer eine Verkürzung der Arbeitszeit von einer
halben Stunde täglich zugestanden worden wäre. (Sehr richtig.)
Der Frieden kann heute noch erhalten bleiben, wenn die Unter-
nehmer nach dieser Richtung dem Wunsche der Arbeiter Rechnung
tragen. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist eine Kulturforderung,
an der die Arbeiter festhalten. Was nun nach diesem Beschluß
des Maurerverbandes weiter kommt, das muß der Zeit überlassen
bleiben.

Die Ausführungen Silberschmidts fanden lebhaften Beifall
und allgemeine Zustimmung in der Diskussion. Nur mit der ab-
wartenden Haltung, welche der Referent beifürwortete, konnten sich
die meisten Redner nicht befassen. — Nach einem Schlußwort
Silberschmidts stimmte die Versammlung dem Antrage der Ver-
trauensmänner und der Organisationsleitung fast einstimmig zu.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der polnische Schulstreik.

Bosen, 7. Mai. (B. L. B.) Die Strafkammer in Schrimm
hat den Probst Jeszierski in Runowo wegen Vergehens
gegen § 110 des Strafgesetzbuches zu vier Wochen Gefängnis
verurteilt.

Som Auto überrennt.

Frankfurt a. M., 7. Mai. (B. L. B.) Auf der Landstraße zwischen
Höchst und Schwalbach ereignete sich ein schwerer Automobilunfall.
Der Arzt Dr. Heider aus Frankfurt a. M. fuhr mit zwei anderen
Leuten in seinem Automobil die Landstraße entlang, als ihnen
mehrere Radfahrer entgegenkamen, von denen der eine dem Auto-
mobil links statt rechts auswich. Es kam zu einer Kollision, wobei
einer der Radler stürzte und mehrere Meter weit fortgeschleudert
wurde. Dem Geschützten drang die Lenkstange in die Brust; er
fiel an den erlittenen schweren Verletzungen.

Vorbereitungen zur Friedenskonferenz.

Osag, 7. Mai. (B. L. B.) Die Zweite Kammer beriet heute
die Forderung von 100 000 Gulden für den Empfang der Friedens-
konferenz. Der Minister des Auswärtigen, Leo von Soubiran,
sprach die Hoffnung aus, daß der bevorstehenden Konferenz eine
Reihe von Konferenzen folgen mögen, deren Zweck Verwirklichung
des Völkerrechts und Ausbreitung des Schiedsgerichtsverfahrens sei.
Schäper (Soz.) bekämpfte die Forderung, indem er diese Kon-
ferenzen als Annäherungen bezeichnet, die auf Initiative des Kaisers
Nikolaus, des Hauptes der russischen Bürokratie, welche die
Untertanen in einer barbarischen Weise misshandelt, veranstaltet
würden. Für diese Aeußerung erteilte der Präsident dem Ab-
geordneten Schäper einen Ordnungsruf. Roodhuzen (liberal) be-
zeichnet den Namen Friedenskonferenz als schlecht passend, und
befürwortet die Bezeichnung Völkerrechtskonferenz als zutreffender.
Thomson (liberal) findet den Augenblick für den Zusammentritt
der Konferenz sehr übel gewählt. Lydeman (alliberal) protestiert
gegen die Ausführungen des Abgeordneten Schäper. Der Minister
sagt zu, daß er die Aufmerksamkeit der holländischen Delegierten
zur Friedenskonferenz auf eine Anregung Thomsons hinlenken
werde, wonach der Konferenz die Frage der Einschränkung der
Seerechtszeit vorgelegt werden soll. Schließlich wurde die Vor-
lage mit 64 gegen 7 Stimmen angenommen.

Ein Unfall.

New York, 7. Mai. (B. L. B.) Auf deutsch-antlantischem
Rabel aus Mont Pleasant in Texas wird gemeldet, daß gestern
durch einen Unfall im nördlichen Texas schwerer Schaden an-
gerichtet wurde und viele Menschen ums Leben gekommen sind.
Einzelheiten fehlen noch.

An die Parteiorganisationen!

Mit Ende Juni dieses Jahres erreicht der erste Kursus der Parteischule seinen Schluß. Die Resultate, die bis jetzt erlangt wurden, sind sehr befriedigende.

Für den neuen Kursus, der am 1. Oktober dieses Jahres beginnen und Ende März 1908 endigen soll, bitten wir die Anmeldungen spätestens bis zum 10. Juni zu bewerkstelligen und wollen danach die Landes- und Bezirksorganisationen ihre Vorkahrungen treffen.

Jeder der Aufnahmesuchenden hat einen eigenhändig geschriebenen Lebenslauf einzureichen, den die zuständigen Organisationen mit ihrem eigenen Gutachten an uns einreichen wollen. Wünschbar ist, daß diesbezüglich auch Parteigenossen mit in Vorschlag kommen, die bereits in Parteistellungen sich befinden. Die Parteikasse übernimmt wie bisher die Unterhaltung von 30 Schülern.

Wir machen ferner den Parteiorganisationen und Pressekommisionen die Mitteilung, daß unter den Schülern, die Ende Juni die Parteischule verlassen, sich noch eine Anzahl befindet, die bereit und befähigt ist, die Stelle eines zweiten oder dritten Redakteurs, eines Partei- oder Arbeitersekretärs usw. zu übernehmen. Meldungen bitten wir unter der Adresse

Wilhelm Pfannkuch Berlin SW. 68, Lindenstraße 69 an uns zu richten.

Berlin, 7. Mai 1907.

Der Parteivorstand.

Reichstag.

48. Sitzung. Dienstag, den 7. Mai, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Graf v. Posadowsky, Freiherr v. Stengel.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Wahl des zweiten Vizepräsidenten.

Es werden 333 Stimmzettel, darunter 134 unbeschriebene, abgegeben. Von den verbleibenden 199 Stimmen fallen auf den Abg. Raempf (fr. Sp.) 192, auf den Abg. Lebedauer (Soz.) 4 Stimmen (Große Mehrheit), auf die Abgg. Leonhart (fr. Sp.), Fehrenbach (Z.), Stadthagen (Soz.) je 1 Stimme.

Abg. Raempf: Ich nehme die Wahl an. (Lebhaftes Bravo! bei den Freisinnigen; Lachen bei den Sozialdemokraten und im Zentrum, und vereinzelt Lachen rechts.)

Es folgt die erste Beratung über das Handelsabkommen mit Amerika.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky: Meine Herren! Das Handelsabkommen mit Amerika, das Ihrer Beschlussfassung unterliegt, mag die Hoffnungen, die sich an die Handelsvertragsverhandlungen Deutschlands mit den Vereinigten Staaten geknüpft haben, in vielen Teilen nicht erfüllen. (Hört! hört!) Bei Handelsvertragsverhandlungen zwischen zwei Staaten, von denen der eine Weltzölle hat, während der andere — wie Deutschland — spezifische Zölle besitzt, ist die Basis für den Staat, dessen Zolltarif auf spezifischen Zöllen aufgebaut ist, immer eine ziemlich schwierige; denn bei spezifischen Zöllen ist jede individuelle Auffassung über die Normierung des Zolles ausgeschlossen. Bei Weltzöllen dagegen, die proportional von dem Werte des Objektes erhoben werden, hängt die Erhebung immer mehr oder weniger von der Auffassung des Schöpfenden ab, von seinen technischen Kenntnissen und von den Rechtsverhältnissen des Staates, in welchen das Objekt eingeführt wird. Deshalb liegt der Schwerpunkt dieses Ihrer Beschlussfassung unterbreiteten Handelsabkommens wesentlich, oder man kann sagen, fast alle in den Vorarbeiten, die auf eine andere Handhabung der Zollvorschriften in den Vereinigten Staaten hoffen lassen. Und wenn diese Zollvorschriften in dem Geiste ausgeführt werden, in welchem diese Vereinbarungen geschlossen sind, dann kann man sich der Hoffnung hingeben, daß mancherlei Beschwerden unserer Exporteure gemildert oder beseitigt werden. (Bravo! bei den Freisinnigen.) Meine Herren! Dieses Abkommen ist selbstverständlich nur ein Provisorium, abgeschlossen zwischen zwei Staaten, die auf wirtschaftlichem Gebiete durch ihren Waren-Austausch auf das engste miteinander verbunden sind, ein Provisorium, abgeschlossen, um eine für beide Staaten gefährliche Unterbrechung ihrer Handelsbeziehungen zu verhindern. Es gab eine Zeit, wo wir den Vereinigten Staaten gegenüber eine stark aktive Handelsbilanz hatten. Dann kam eine Zeit, wo unsere Handelsbilanz mit den Vereinigten Staaten balancierte, und von 1898 bis 1903 stand Amerika an der Spitze der Staaten, welche Waren nach Deutschland einführen. Demnach ist im Jahre 1904, wurde es von Großbritannien, 1905 von Russland abgelöst. 1906 sind die Vereinigten Staaten wieder der Staat, welcher den größten Wert an Waren nach Deutschland einführt, während unsere Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten nur an dritter Stelle der Staaten steht, nach denen Deutschland Waren ausführt. Auch die verbindlichen Regierungen können dieses Abkommen nur als einen ersten Schritt betrachten, um auf dieser Grundlage zu einem Abkommen zu gelangen, das auf einer wesentlich breiteren Grundlage ruht. (Beifall bei den Freisinnigen.) Die Zölle der Vereinigten Staaten sind gegenüber den Durchschnittszöllen der Zölle Deutschlands ganz außerordentlich hoch, und für eine ganze Reihe von Warenkategorien schließen sie die Wareneinfuhr völlig aus. (Sehr richtig! rechts.) Wir müssen deshalb erwarten, daß unsere weiteren Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten zu einem Abkommen führen, das unseren gegenseitigen Ansprüchen im Handelsverkehre in weiterem Umfange gerecht wird. Und wir dürfen hoffen, daß die Vereinigten Staaten sich dabei der Tatsache erinnern, daß Deutschland einer ihrer besten Kunden auf dem Weltmarkte ist. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Es wird ja in der Kommission Gelegenheit sein, nähere Ausführungen zu geben. Für heute möchte ich Sie nur bitten, von diesem Standpunkte aus meine Ausführungen zu würdigen.

Abg. Gerold (Z.) beantragt Verweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. Graf Schwerin-Löwis (Z.): Dem Grundsatz der Regiprozität entspricht dieses Abkommen nicht im mindesten, denn Amerika gewährt der Landwirtschaft nichts an Vergünstigungen, der Industrie aber noch viel weniger, was dem deutschen Amerika Gewährten gleichwertig ist. In der Kommission soll uns die Regierung bestimmte Ausführungen geben, ohne die wir dem Abkommen nicht zustimmen können.

Abg. Raempf (fr. Sp.): Es ist erfreulich, was durch das Provisorium erreicht worden ist, weil dadurch der erste Schritt zu einem Tarifvertrage mit Amerika getan ist, und weil es erreicht ist auf freundschaftlichem Wege, ohne jeden Gedanken an einen Zollkrieg, den wir stets bekämpft haben.

Abg. Dr. Stresemann (natl.): Unsere endgültige Haltung machen wir abhängig von den Ergebnissen der Kommissionsberatung. Man hat anscheinend die Zustimmung des Reichstages als selbstverständlich angenommen, und den Eindruck müssen wir durch eine genaue Prüfung der Vorlage vermeiden. Ich beantrage Verweisung der Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Abg. Wollenbühr (Soz.):

Wir begrüßen es mit Freuden, daß es zu einem Abkommen gekommen ist, wenn wir auch nicht verkennen, daß der Vertrag für Deutschland recht wenig bietet. Die Erleichterungen bei der Zollabfertigung, die uns in Aussicht gestellt sind, sollen sich ja erst in der Praxis bewähren. Wir haben den dringenden Wunsch, daß Handelsverträge für möglichst lange abgeschlossen werden. Es ist vollkommen falsch, wenn es so dargestellt wird, als könne mit Leichtigkeit mehr erreicht werden, als in diesem Vertrage erreicht ist. Würde es nach dem Willen derjenigen Herren gehen, die ungefähr einen solchen Einfluß auf die Gesetzgebung der Vereinigten Staaten haben wie bei uns die Rechte und das Zentrum, so würden sie über kurz oder lang mit der ganzen zivilisierten Welt in einen Zollkrieg geraten; denn diese Herren wollen für ihre Waren möglichst hohe Preise im Inlande erzielen. Das ist die Politik der Trusts und derjenigen Kreise, die im Senat maßgebend sind. Es ist genau so, als wenn wir unseren Agrariern ganz allein unsere Gesetzgebung überließen. Die würden bald so hohe Agrarzölle einführen, nicht um den auswärtigen Landmann zu schädigen, sondern um den inländischen Konsumenten auszuplündern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Lachen rechts.) Ich war gerade drüben, als dort die Hochschuhzollbewegung eingeleitet wurde. Da hat man die Leute, die sich ablehnend verhielten, mit aller Gewalt in die Strömung hineingetrieben. Man suchte sogar die Arbeiter für die Hochschuhzölle einzufangen, indem man ihnen sagte: Wenn wir die europäische Einfuhr von unserem Markte absperrten, können wir höhere Preise erzielen. Ich habe aber damals — und ich dachte nicht daran, jemals nach Deutschland zurückzukehren, ich fühlte mich damals als amerikanischer Arbeiter — den amerikanischen Arbeitern gesagt: Laßt euch nicht mit dazwischen schmeißen einfangen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das ganze Manöver geht darauf hinaus, höhere Inlandspreise zu erzielen, dann wird die Arbeitslosigkeit steigen, und statt der höheren Löhne werden niedrigere kommen. Das ist auch eingetreten. So sind die Spinnlöhne um 20, 30, 40 Proz. heruntergesetzt worden, die Zigarettenmacherlöhne um 2—3 Dollar gesunken. (Zuruf rechts: Aber jetzt in Deutschland!) Auch die amerikanischen Konsumenten sind die Opfer der Rac Kinley und Dingley-Bill geworden. Also haben gerade die Leute einen guten Schlupfwinkel an unserer agrarischen Bewegung; denn unsere Agrarier liefern ihnen das Material für ihre Agitation gegen Deutschland. Soll ich daran erinnern, wie das Schweinefleischverbot, das Rindvieheinflußverbot, wie die San José-Schildlaus und das Vorsäureverbot gewirkt haben? Darin hat man lediglich Schilanen gesehen, und man glaubte, mit Schilanen antworten zu sollen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Was soll die ganze Jagd gegen diejenigen Leute, welche die Schutzollbewegung in Amerika am wenigsten unterstützen? Bei den letzten Wahlen wurde eine förmliche Jagd gegen die südländischen Baumwollfarmer getrieben. Der Herr Kolonialdirektor hat gegen die Southern Cotton Growth Association mit großer Verbe agitiert und behauptet, daß das die Feinde Deutschlands sind. Das sind doch eigentlich diejenigen, die den Hochschuhzöllnern am meisten Opposition machen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es wurden so

abenteuerliche Märchen

erzählt, daß ich mich gewundert habe, wie die Vertreter des Reichstages alles glaubt haben, was Herr Dernburg ihnen erzählte: wie die South Cotton Growth Association den Preis der Baumwolle von 5 auf 10 Cents treiben und dadurch unsere Industrie um hunderte von Millionen höher belasten wolle. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Er erzählte auch, daß unser Baumwollverbrauch ungeheuer gestiegen sei: in 10 Jahren von 300 000 auf 1 600 000 Ballen! Da muß ich doch sagen: So etwas kann eigentlich nur in einer orientalischen Phantasie, (Hört! hört!) und Weiterkeit (rechts), aber nicht in der Wirklichkeit des Wirtschaftslebens eines großen Staates vorkommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Tatsächlich ist auch unser Baumwollverbrauch nur von 287 000 auf 304 000 Ballen, also um 40 Proz. gestiegen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Was hatte denn der Kolonialdirektor mit seiner Agitation gegen die Amerikaner für einen Zweck? Unsere Industrie ist durch die Preissteigerung für Baumwolle im Jahre 1904 gar nicht so sehr geschädigt worden; denn viel stärker als die Baumwollpreise sind die Garn- und Zeugpreise in die Höhe gegangen. Unsere Industrie hat sich also schädlos zu halten gewußt. Aber eine derartige Jagd trägt dazu bei, die Stimmung gegen Deutschland zu verschärfen und gerade den Leuten in Amerika, die gute Handelsbeziehungen mit Deutschland herbeiführen möchten, die Stellung zu erschweren. Wenn man alles tut, um zu verhindern, daß man mehr erlangt, dann hat man sich das selbst zuzuschreiben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Rum liegt

unser Handel mit Amerika

allerdings eigenartig. Der Staatssekretär hat schon darauf hingewiesen, daß unsere Handelsbilanz mit Amerika aus einer aktiven zu einer stark passiven geworden ist, indem unsere Einfuhr aus den Vereinigten Staaten auf 992 Millionen stieg, während unsere Ausfuhr nur auf 328 Millionen gestiegen ist. Nun befinden sich aber unter den Einfuhrartikeln aus Amerika eine ganze Reihe, die wir wegen unserer industriellen Entwicklung notwendig brauchen. So bezieht die elektrische Industrie zurzeit für 134 Millionen Mark Kupfer und unsere Textilindustrie für 298 Millionen Mark Mohbaumwolle. Selbst die Landwirtschaft ist hierbei beteiligt; denn sie bezieht z. B. für 15 Millionen Mark phosphorsauren Kalk als Düngemittel. Mühten wir aus irgend einer Animosität gegen Amerika bei einem Zolltrage darauf verzichten, so würden wir unsere Landwirtschaft am meisten schädigen. Ganz ähnlich steht es mit dem Mais, der als Futtermittel gebraucht wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Da besonders Amerika auch für unsere Industrie in Betracht kommt, habe ich mich gewundert, wie gerade ein Herr aus Sachsen sich so ablehnend gegenüber diesem Abkommen verhalten konnte, da doch Sachsen mit seiner Textilindustrie an dem Export nach Amerika recht erheblich beteiligt ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir führen nach Amerika für 79 Millionen Mark Baumwollwaren, für 31 Millionen Mark Seidenwaren und für 16 Millionen Mark Wolllwaren aus. — Man muß doch immer in Betracht ziehen, daß dieses Abkommen auch für Deutschland mancherlei Vorteile hat. Wir wünschen, daß es einmal gelingen möge, dieser Raubgospolitik, die in der Trust- und Zollbewegung in Amerika und bei uns in der Agrarzollbewegung zum Ausdruck kommt, den Garaus zu machen, so daß eine Basis für den friedlichen Wettbewerb unter den Völkern geschaffen ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Kreise, die dieses Handelsabkommen nicht für ausreichend halten, erkennen ja damit bis zu einem gewissen Grade an, daß die Hochschuhzöllner eigentlich ein Unflut für die Völker ist, nur mit dem Unterschiede, daß man hier sagt: Es ist ein Unflut, daß Amerika so hohe Schutzölle hat, während die amerikanischen Farmer vielleicht umgekehrt die hohen Zölle Deutschlands aus der Welt schaffen wollen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Erst wenn die Völker allgemein erkennen, daß gerade die breiten Massen durch die Schutzölle zugunsten weniger ausgeplündert werden, wird damit aufgeräumt werden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ueber kurz oder lang wird auch in Amerika ein Umschwung eintreten, wo sich bereits die Antitrustbewegung in verschiedenen Formen bemerkbar macht; nur muß es vorerst gelingen, einen einschneidenden freihändlerischen Kontrakt oder zunächst wenigstens ein freihändlerisches Repräsentantenhaus zusammenzubringen, dann ist die Waise gegeben von weiterem Ausbleib. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Weltzölle,

die noch drüben bestehen, müssen beseitigt werden; denn sie bieten Anlaß zu allen möglichen Schilanen, weil sich der Zoll immer mit den Marktpreisen ändert. Auch zu allen möglichen Zoll-

betrügereien haben die Weltzölle früher Anlaß gegeben. Daraus folgten dann rigorose Bestimmungen über das Verfahren bei der Abschätzung der Waren. Schilanen sind aber großer Staaten unwürdig. Wenn auf allen Seiten der gute Wille vorhanden ist, so wird auch vielleicht ein besseres Abkommen herbeigeführt werden. Jedem Vertrage, der die friedlichen Beziehungen zwischen den verschiedenen Völkern fördert, werden wir gern unsere Zustimmung geben. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Dierken (Rp.): Der Abg. Wollenbühr hat uns durch seine lange Rede nur zeigen wollen, daß er bei seinem Wiedererscheinen im Reichstage noch der alte ist. (Lachen links.) Mit Kommissionsberatung sind wir einverstanden und werden den Vertrag vielleicht annehmen können, wenn wir in der Kommission ausreichende Ausführungen über das Provisorium bekommen.

Abg. Dr. Röhme (Antif.): Herr Wollenbühr hat es so dargestellt, als ob die Agrarier in Deutschland die Vereinigten Staaten proboziert hätten. Das ist nicht richtig, denn in Amerika sind die Hochschuhzollbewegung an, als wir die Caprivische Aera hatten. In Deutschland kann von Hochschuhzoll nicht die Rede sein. (Lachen links.)

Die Diskussion wird geschlossen und das Abkommen gegen die Stimmen der Freisinnigen und der Sozialdemokraten einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Marineetat.

Die vom Abg. Liebermann v. Sonnenberg (wirtsch. Sp.) beantragte Resolution betreffend bessere Zahnpflege und Einstellung von Zahnärzten, wird angenommen. Der Rest der fortdauernden Ausgaben wird debattelos bewilligt.

Bei den „einmaligen Ausgaben“ verlangt beim Titel „Beihilfe an die Gemeinde Pant 10 000 M.“

Abg. Ahlhorn (fr. Sp.) eine gesetzliche Regelung der den Gemeinden Oldenburgs zu gewährenden Beihilfen und Beseitigung der kommunalen Steuerfreiheit des Fiskus.

Unterstaatssekretär im Reichsfinanzamt Zwele: Ein entsprechender Gesetzentwurf ist in Vorbereitung.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Die Hoffnung, daß die nicht steuerkräftigen Gemeinden, in denen große Aufwendungen für Schulen, Kanalisations- und Armenlasten gemacht werden müssen, weil Arbeiter der Marineverwaltung dort wohnen, der Fiskus aber nichts beiträgt, endlich dadurch etwas entlastet werden, daß die kommunale Beitragspflicht des Fiskus durch gesetzliche Regelung festgelegt wird, ist auch nach der eben gehörten Erklärung leider nicht groß. Seit 25 Jahren wird vom Reichstag, insbesondere von meinen Freunden, eine der Gerechtigkeit entsprechende Regelung gefordert. Wir haben wiederholt gehört, daß sie in Vorbereitung sei, aber gesehen ist nichts. Mit Worten ist den Gemeinden nicht geholfen. Weiter weise ich den Staatssekretär auf die Petitionen der betroffenen Orte hin, z. B. auf Pant, daß die Marineverwaltung ausländische Arbeiter beschäftigt, während die einheimischen arbeitslos bleiben. Das ist unbillig und ungerecht und zeigt zugleich den „Patriotismus“ der Verwaltung. Die Regierung hat eine gesetzliche Regelung der Heranziehung der Reichsbetriebe zu den Lasten der Gemeinden soeben wieder versprochen. Was nützen uns Versprechungen? Eine Zusammenstellung der nicht erfüllten Versprechungen der Regierungen würde einen stattlichen Druckbogen ergeben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Deshalb habe ich auch hier geringe Hoffnung. Sollte aber ein solcher Gesetzentwurf kommen, so muß auch die Frage der Verwendung ausländischer Arbeiter geregelt werden, die werden verwendet, weil sie billiger arbeiten, das ist das Gegenteil einer verständigen, vernünftigen Heimatspolitik. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Titel wird bewilligt.

Der Rest des Etats wird debattelos bewilligt, desgleichen der Etat für die Expedition nach Ostasien.

Es folgt die zweite Beratung des dritten Ergänzungsetats (zur Erweiterung des Kaiser Wilhelm-Kanals 15 Millionen Mark). Die Kommission beantragt unveränderte Annahme.

Abg. Dietz (Soz.):

Wir stimmen der Vorlage zu. Es handelt sich hier um eine große wirtschaftliche Anlage, die regelmäßig steigende Ueberschüsse aufweist. Diese Ueberschüsse werden sich zweifellos noch steigern, wenn die Hindernisse beseitigt werden, die heute den Kanal für Kauffahrtschiffe schwer befahrbar machen. Zugeben muß man, wenn man ehrlich sein will, daß wohl die Interessen der Landesverteidigung den ersten Anstoß zu dieser Vorlage gegeben haben. Es mag manchen eigentümlich amuten, daß trotzdem die Sozialdemokratie dafür eintritt, aber die Sozialdemokratie würde auch die Verbreiterung einer Brücke an einem verkehrsdreichen Orte nicht ablehnen, weil unter anderen auch Militär darüber geht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Einen Vorwurf muß man den Erbauern des Kanals allerdings daraus machen, daß sie nicht von vornherein den Kanal größere Dimensionen gegeben haben, denn als er gebaut wurde, gab es auch schon Handelschiffe, die das Maß, welches seine Schleusen fassen, bei weitem überstiegen! Zwei große Hamburger Handelsdampfer von der American Line, „Prateria“ und „Palatia“, kamen schon damals nicht durch die Schleusen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Hamburg hat ja zweifellos den Hauptvorteil vom dem Kanal; es ist durch ihn gewissermaßen zum Ostseehafen geworden. Die Ostseeschifffahrt geht durch die übermäßige Konkurrenz der Nordseereedereien immer mehr zurück. Man könnte daher, wenn man Mittelstandspolitik betreiben wollte, auch gegen die Vorlage sein, aber das wäre der Standpunkt der preussischen Kanalgegner, der jedoch angeht der modernen Entwicklung von Handel und Verkehr nicht zulässig ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aus diesen Gründen stimmen wir für die Erweiterung des Nordostseekanals und schreiben das auf unser Konto der positiven Leistungen. Genau daselbe haben wir ja schon 1886 getan, obgleich damals in der Zeit des Sozialistengesetzes es uns keiner hätte verargen können, wenn wir der Regierung das Gesetz abgelehnt hätten.

Nun noch einige spezielle Wünsche für die Arbeiter, die bei dem Bau des Kanals angestellt werden. Graf Posadowsky hat dem Wunsch gegenüber, daß bei diesem nationalen Werk vor allen Dingen die heimische Industrie und die deutschen Arbeiter berücksichtigt werden möchten, erklärt, das halte er für ganz selbstverständlich. Das war sehr verständlich. Aber ganz anders und weniger verständlich hat sich am 27. April ein Kollege des Grafen Posadowsky, der preussische Eisenbahnminister Breitenbach, im preussischen Abgeordnetenhaus ausgesprochen. (Sehr wahr! bei den Sozial.) Bei Gelegenheit eines Antrages des Abg. v. D. Weise erklärte er, er habe bereits beim Etat der Wasserbauverwaltung darauf hingewiesen, daß auf die Unternehmer eingewirkt werden solle, daß sie sich „in unbilligstem Umfang“ mit ausländischen Arbeitern behelfen, und es solle weiter erneut eingeschärft werden, daß kontraktbrüchige Arbeiter nicht anzunehmen seien; auch sollten die Unternehmer kontrolliert werden, daß sie nicht durch Aufrufe inländische Arbeiter heranziehen mit Rücksicht auf den Arbeitermangel in der Landwirtschaft. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein scharfer Widerspruch läßt sich nicht denken. Wir wissen auch, daß sich die Anstellung ausländischer Arbeiter kaum ganz umgehen läßt. Aber wenn man sie so gut wie ausschließlich anstellen will, so liegt doch offenbar die Absicht vor, Lohnbrüder in das Land zu ziehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Um der Landwirtschaft billige Arbeitskräfte zu verschaffen. (Widerspruch rechts.) Wenn die Arbeiter von Ihnen (nach rechts) fortgehen, so doch nur deswegen, weil sie nicht genug verdienen. (Widerspruch rechts.) Ich verweise auf den Import englischer Streifbrocher nach Hamburg anlässlich der Ausperrung der Schauerleute.

Es gibt gewisse ungeschriebene Gesetze, die man einhalten muß, aber von „noblesse oblige“ scheint man bei den Hamburger Unternehmern nicht viel zu wissen, sonst hätte man den Abfall der englischen Arbeiter nicht hereingelassen. (Sehr wahr! bei den Soz.) In den Vereinigten Staaten würden solche Schiffe mit Streikbrechern an der Küste gar nicht erst zugelassen werden, aber bei uns, im Lande der Sozialreform, ist ein solch ungeheurer Unfug möglich. Wir haben also recht, den Versprechungen der Regierungen mit Mißtrauen entgegenzusehen. Wir wollen hoffen, daß Graf Potzdorff recht behält. Das ganze Haus sollte sein Vorhaben, diesen Bau unter mustergültigen Bedingungen fertigzustellen, unterstützen. Um Sie das, dann ist es vielleicht möglich, daß wir Ihnen einige von den Sünden, die Sie den Arbeitern gegenüber auf dem Gewissen haben, vergeben. (Große Heiterkeit. Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Spethmann (fr. Sp., auf der Tribüne schwer verständlich): Die Begründung, welche die Vorlage in der Budgetkommission erfahren hat, hat mich nur in meiner Ansicht bekräftigt, daß das Petersberger Projekt besser und billiger ist, als das von der Regierung vorgelegene.

Damit schließt die Diskussion. Die Vorlage wird einstimmig angenommen. Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Wahlprüfungskommission über die Wahl des Abgeordneten Frhr. v. Richthofen-Dammsdorf.

Die Kommission beantragt die Wahl für ungültig zu erklären.

Vorstellungen liegen nicht vor. Bei der Abstimmung erhebt sich für die Gültigkeit der Wahl der gesamte Block. Die Wahl ist somit für gültig erklärt. (Lebhaftes Bravo! rechts, Lachen im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.)

In dritter Beratung wird der Vertrag mit der Schweiz über die Beglaubigung öffentlicher Urkunden debattiert und angenommen.

In erster und zweiter Beratung wird die Uebereinkunft zwischen Deutschland und Frankreich betreffend den Schutz von Werken der Literatur und Kunst und an Photographien debattiert und angenommen.

Das Gesetz des Justizrats Heger in Elmshorn, Prozeßbevollmächtigten des Reichstagsabgeordneten Carlens (fr. Sp.), die Genehmigung zur Erteilung der Strafbefehle des Abg. Hubell (Soz.) zu erteilen, wird dem Antrage der Kommission entsprechend ohne Debatte abgelehnt.

Die Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben der Schutzgebiete ausschließlich Ruwischou für 1904 wird der Rechnungscommission überwiefen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Staatsberatung (Etat des Reichshauptamts, die Einnahmen aus Hölzen, Etat für Südwestafrika).

Schluss 5 Uhr.

Berichtigung.

Ich habe in meiner Rede am Montag nicht gesagt: „Die Arbeitsverhältnisse in Danzig sind besonders schlecht, vierundzwanzigstündige und selbst dreißigstündige Arbeitszeit ist nichts Seltenes“, sondern ich habe ausgesprochen:

In Danzig besteht eine besondere Berufsgruppe: „die Sieger“. Diese stehen im monatlichen Gehalt; ihre Tätigkeit besteht in der Beaufsichtigung der außer Dienst befindlichen Schiffe und Fahrzeuge der Marine. Ihre ununterbrochene Arbeitszeit beträgt 30 Stunden; dieselben bitten, ihre Arbeitszeit auf 24 Stunden herabzusetzen.

Parlamentarisches.

Aus der Budgetkommission.

(Sitzung vom 7. Mai.)

Der letzte der Kolonialetat und der wichtigste, der bei der Auflösung des Reichstages eine große Rolle mitspielt, steht heute zur Beratung.

Der Etat für Südwestafrika.

Die eigenen Einnahmen belaufen sich auf 3 616 000 M., darunter 804 000 M. Zölle, 84 000 M. Steuern, 504 000 M. sonstige Abgaben und Gebühren und 1 190 000 M. Einnahmen aus dem Eisenbahnbetriebe. — Erzberger bemängelt eine Erhöhung des Zolles und insbesondere die Nacherhebung des Zolles von schon eingeführten Waren. Dernburg erklärt, daß die Nacherhebung des Zolles nur die großen Geschäfte treffe, die aus spekulativen Gründen große Mengen Ware vor der Zollerhöhung eingeführt haben. Erzberger verlangt einen Kupfer-Ausfuhrzoll — eine Frage, deren Studium Dernburg zugesagt. Genosse Webel wendet sich sehr entschieden gegen den Kupferzoll, der das für die deutsche Industrie so notwendige Rohprodukt verteuern muß. Dernburg glaubt, daß bei der geringen Kupferproduktion in der Kolonie der Weltmarkt durch den Zoll nicht tangiert wird. Erzberger will nur deshalb den Zoll, weil die Gesellschaft, die 20 Jahre Steuerfreiheit hat, nicht anders zu fassen ist. Dernburg macht noch interessante Ausführungen über weit-ausschauende Pläne: industrielle und sonstige wichtige Unternehmungen in Südwestafrika zu schaffen. Zum Schluss legt er der Kommission eine Anzahl Photographien vor, die seine Dattelkerngeschäfte zeigen sollen. Es sind allerdings photographierte Dattelpalmen aus dem Gouvernementsgarten von Windhuk, und daß man sich hierzu nicht die schlechtesten herausgesucht haben wird, ist doch sicher.

Genosse Singer regt eine Wertwachsteuer an, und Dernburg sagt zu, im Herbst eine Vorlage hierzu zu machen.

Die Einnahmen werden genehmigt, debattiert auch die ersten Positionen der Fortdauernden Ausgaben. Titel 4 betrifft die Ausgaben für weiche Hülfskräfte, dabei waren im ursprünglichen Etat 411 000 M. für die

Landespolizei

gefordert. Mit Beendigung des Kriegszustandes sollen nun die Truppen mit möglicher Beschleunigung zurückgeführt werden. Dernburg führt aus, daß er sich nicht damit begnügen werde, die Schutztruppe bis 1. Oktober auf 4000 Mann herabzusetzen; im selben Maße, wie die Pazifizierung des Landes und die Organisation fortschreite, würde die Truppenzahl noch weiter vermindert. Aber selbstverständlich müsse die Schutztruppe ausgebaut werden. Es ist daher durch den Ergänzungsetat die Summe für die Landespolizei von 411 000 M. auf 1 360 000 M. erhöht. Ohne erhebliche Debatte wird diesem Vorschlag zugestimmt.

Vor Eintritt in die Verhandlungen über die Militärverwaltung gibt Dernburg Auskunft über eine Anfrage Ledebours über

die große Sterblichkeit der Eingeborenen

in den Gefangenenlagern. Er schildert die Verhältnisse, die Gefangenen unterzubringen und gibt zu, daß 2/3 der Gefangenen, von 1800 Mann 1200 „eingegangen“ sind! Das sei außerordentlich beklagenswert, aber er sei nicht in der Lage, die Maßnahmen des Gouverneurs zu kritisieren. Das Ereignis sei eine traurige Erscheinung dieses beklagenswerten Krieges. — Ledebour hält es für eine fehlerhafte Maßnahme, die Eingeborenen auf die Kaifischinsel zu bringen; es sei doch unerträglich, daß in zwei Monaten von 1800 Leuten 1200 Mann wegsterben. Dernburg erklärt noch einmal, daß eine andere Maßnahme nicht möglich gewesen sei; die schon Kranken und ausgehungerten Massen hätte man nicht 1000 Kilometer weit transportieren können. Außerdem hätte man etwa 6000 bis 6000 Mann deutscher Truppen mehr gebraucht, was viele Millionen gekostet hätte. — Semler ist der Meinung, es sei nicht anders gegangen; er hat die sehr abgemagerten Gestalten der Gefangenen gesehen. — Ledebour wendet ein, daß diese Leute ja deshalb auch ungeschädlich waren!

Das wichtigste Moment im Etat der Militärverwaltung ist die Etatierung von 17 Kompagnien vom 1. Oktober 1907 ab. Vor dem Ausbruch waren dauernd 720 Mann in der Kolonie. Jetzt, da der Ausbruch beendet ist, soll die dauernde Zahl der Schutztruppenmannschaften nicht wieder auf jene kleine Zahl, sondern auf 4000 Mann oder

17 Kompagnien

festgelegt werden! Natürlich gehören dazu eine Menge Verwaltungsbeamte, so daß die dauernden Kosten circa 20 bis 25 Millionen betragen würden. — Abg. Erzberger wendet sich gegen die Festlegung der 17 Kompagnien und ihre Etatierung im ordentlichen Etat; er sieht darin die Kolonialarmee, die man immer ableugne. Dernburg, Oberstleutnant Quade und Gouverneur Lindequist verteidigen die Forderung. Infolge des bald vierjährigen Kampfes seien die Unruhen so groß, daß man alle wichtigsten Punkte vorerst dauernd besetzen müsse. Es würden die 4000 Mann noch nicht reichen, wenn nicht eine starke Vermehrung der Polizeitruppe einträte, die nun ja bewilligt sei! Im Schutzgebiete seien 10 000 bis 12 000 kampffähige Eingeborene, die Zahl der Ovambos lasse sich nicht abschätzen. — Ledebour legt der Frage, ob die 17 Kompagnien etatiert werden sollen, wenig Gewicht bei; es stehe jedenfalls fest, daß leider die 4000 Mann dauernd in Südwestafrika bleiben sollen. Zur Begründung habe der Gouverneur sogar auf Eingeborene verwiesen, die ganz ohne Bedeutung seien und nie kriegerisch herorgetreten sind. Die Begründung der Forderung sei völlig ungenügend, es handle sich eben um die befürchtete Kolonialarmee. Ledebour kritisiert noch die Dislokierung der Truppen: Mit der Verschiebung der Kompagnien nach Norden wachse die Gefahr, statt daß sie abnehme.

Abg. Richthofen bringt eine Resolution ein, in welcher die Hoffnung ausgesprochen wird, daß mit dem Fortschreiten des Bahnbaues die Schutztruppenzahl noch unter 4000 vermindert werde. — Semler warnt dringend, daß die Kompagnien im Norden des Schutzgebietes etwa probierend aufzutreten, sonst führe das zu schweren Gefahren. Er unterstützt die Resolution Richthofen; jede Kompagnie koste jährlich 600 000 M.; wenn man dafür Bahnen baue, sei es jedenfalls besser. — Abg. Wiemer sieht in der dauernden Festlegung der 17 Kompagnien keinen Anfang der Kolonialarmee! Er hält die Forderungen der Regierung für durchaus berechtigt und wird auch der Resolution Richthofen beistimmen. — Richthofen erklärt die Zustimmung der Konservativen zu der Vorlage unter der in seiner Resolution ausgesprochenen Einschränkung. Er verlangt, daß man das Ovamboland (im Norden des Schutzgebietes) möglichst schon. — Dernburg sagt das zu. Kasernenbauten in den Kolonien hält er im Interesse der Soldaten für geboten: die Temperatur schwankt dort zwischen +40 Grad am Tage und -8 Grad in der Nacht, was zu Ruhr, Herzkrankheiten usw. führe! Abg. Spahn macht seinen Frieden mit der Regierung.

Er führt aus, daß Erzberger schon auf dem sein würde, wenn die Forderung der 4000 Mann als „künftig wegfallend“ bezeichnet würde, aber es sei das schließlich auch nicht von großem Belang! Er für seine Person werde für die Forderung stimmen; die Bedenken, die er im Dezember geäußert, habe er nicht mehr. — Bei der Abstimmung geht dann das Zentrum mit dem Block, und die Resolution Richthofen wird gleichfalls vom Block und vom Zentrum angenommen.

Der finanzielle Effekt ist nun folgender: 30 1/2 Millionen, welche im außerordentlichen Etat für Niederverfertigung der Unruhen gefordert wurden, fallen fort; dafür kommen 17 Millionen in den ordentlichen Etat. Die „Ersparnis“ beträgt also 13 1/2 Millionen vorübergehende Ausgaben, wofür eine dauernde Belastung in Höhe der Kosten für die Vermehrung der Schutztruppe um über 3000 Mann und für die sehr erhebliche Verstärkung der Polizeitruppe eintritt. Unterstaatssekretär Tzwele meint, es sei der Regierung ferner angekommen, die 17 Millionen in den ordentlichen Etat zu nehmen; es sei zu erwägen, ob man die Summe nicht auf die Anleihe verweise. — Die einzelnen Forderungen geben zu Debatten keinen Anlaß. Ledebour verlangt von Latmann Beweise für die im Plenum aufgestellte Behauptung, daß in den Regierungsdienststellen die eingewanderten russischen Juden „verbrecherische Elemente“ genannt werden. Latmann hat „keine Beweise zur Hand“.

Der Reichszuschuß und die Farmerentschädigung soll morgen behandelt werden.

Tagelöhner und Freifahrt.

In den Kreisen der Mitglieder des preussischen Abgeordnetenhauses wird gegenwärtig wieder einmal die Frage nach erhöhten Tagelöhnen und namentlich die Frage nach freier Eisenbahnfahrt während der Dauer der Session lebhaft erörtert. Die Mitglieder des preussischen Abgeordnetenhauses erhalten im Gegenzug zu den Reichstagsabgeordneten nur am Beginn und Schluß einer Session eine Entschädigung für die Fahrt vom Wohnort nach Berlin und zurück, die nach der für Beamtenkreise geltenden Kilometerziffer berechnet wird. Schon vor einigen Monaten beschäftigte sich der Seniorenkongress des Abgeordnetenhauses mit der Frage dauernder Freifahrt während der Session. Die Regierung ließ aber damals mitteilen, daß sie die freie Fahrt nur bewilligen würde, falls das Abgeordnetenhause mit einem Diätengesetz, wie es für den Reichstag gilt, einverstanden sein würde. Für die Konservativen sprach sich damals der Abg. v. Henninghausen sehr energisch gegen das Kontrollsystem aus, wie es im Reichstage eingeführt ist, und der Abgeordnete Rindler schloßerte ihm dabei namens der freisinnigen Parteien kräftig. Man ging damals auseinander in der Meinung, daß es besser sei, auf die freie Fahrt zu verzichten, wenn sie nur durch ein Anwesenheitsgeldergesetz erlaßt werden könne. Inzwischen scheinen sich aber die Ansichten innerhalb der Fraktionen erheblich geändert zu haben. Gegenwärtig wird ein Vorschlag des konservativen Abg. Baensch-Schmidtler erörtert, der ein Anwesenheitsgeldergesetz von 8000 Mark, das in vier Monatsraten von je 500 M. und einer Rate von 1000 M. gezahlt werden soll, vorsieht, dabei aber die Kontrolle über die Anwesenheit der Abgeordneten nicht der Regierung, sondern dem Präsidenten überlassen will. Wie wir hören, haben sich mit diesem Vorschlag die konservativen Partei und das Zentrum bereits im allgemeinen einverstanden erklärt. Die ganze Angelegenheit ist aber noch in der Schwebe und wird auch in dieser Session keine feste Gestalt mehr gewinnen. Wahrscheinlich aber ist es, daß man in der nächsten Session an die Regierung herantreten und daß dann auf Grund des oben erwähnten Vorschlages eine Verständigung zwischen Parlament und Staatsregierung erzielt werden wird. —

Schwere Strafe dem, der der Verbreitung von Fügen entgegentritt.

Dieser Satz erhob gestern das Schöffengericht in Groß-Lichterfelde zur Rechtsnorm in der Privatklagesache, die der Redakteur des „Groß-Lichterfelder Lokalanzeiger“ Franz Häuser gegen den Genossen Wenzel, Vorsitzenden des Groß-Lichterfelder Wahlvereins, wegen angeblicher Verleumdung erhoben hatte. In der „Kreuzzeitung“, der „Post“, der „Kreis- und Aseblatt-Preise“ war ein Gerücht über die angebliche Terrorisierung der Wähler durch die Sozialdemokratie ausgebreitet. Es hieß dort: „Wie die Sozialdemokratie die Wähler terrorisiert, davon erzählt die „Kreuzzeitung“ aus Groß-Lichterfelde ein beinahe ungläubliches Geschichtchen. Dort wurde einem Tischlermeister von seinen Gefellen bedeutet, sie würden, wenn er überhaupt am Wahltag aus dem Hause ginge, um zu wählen, am anderen Tage die Arbeit einstellen. Da der Tischlermeister eilige Arbeit ab-

zuliefern hatte und durch das Wegbleiben seiner Gefellen einen empfindlichen Schaden besähen müßte, gab er dem Druck nach und blieb am Tage der Abstimmung zu Hause.“

Der weitere Teil der Subdele forderte zur Gewaltanwendung gegen Sozialdemokraten auf.

In unserer Nummer vom 13. Februar haben wir festgestellt, daß diese von den bürgerlichen Blättern ihren Lesern aufgeschobene Erzählung von Anfang bis zu Ende eine blanke, freche erfindene Lüge war. In einem Flugblatt, das in Groß-Lichterfelde verbreitet und vom Genossen Wenzel verantwortlich gezeichnet war, wurde dies Lügenmanöver niedriger gehängt und in einer scharfen Kritik auch erwähnt, daß der „Groß-Lichterfelder Lokalanzeiger“ die unerschämte Lüge unter der Stigmata „Wahrheit oder Dichtung?“ gebracht und die Aufdeckung des Schwindels durch den „Vorwärts“ verschwiegen hatte.

Darauf lief der Redakteur Häuser zum Rabi, weil er sich durch einige Ausdrücke in dem Flugblatt verletzt fühlte.

In der Verhandlung verlas der Vorsitzende des Schöffengerichts zunächst das Flugblatt nur unter Fortlassung derjenigen Stellen, die von der Entlarzung der Lügenlegenden sprechen. Erst als der Angeklagte die vollständige Verlesung des Flugblattes verlangte, erfolgte diese.

Rechtsanwalt Dr. Walke, der als Vertreter des Klägers auftrat, bestritt nicht, daß die vom „Groß-Lichterfelder Lokalanzeiger“ nachgedruckte Notiz von Anfang bis zu Ende erlogen ist. Er klammerte sich an die Ueberschrift „Wahrheit oder Dichtung?“, meinte, es läge eine sehr schwere Verleumdung vor und verlangte 200 Mark eventuell 3 Wochen Gefängnis als Sühne. Genosse Wenzel, der ohne Verteidiger erschienen war, ging darauf ein, daß vom Reichsverband förmlich Lügen, wie die vom „Groß-Lichterfelder Lokalanzeiger“ übernommene, gezündet werden. Die Empörung der Lichterfelder Arbeiterschaft über solche Subleihen und darüber, daß die vom Reichsverband gespeisten Blätter auch nachträglich der Wahrheit nicht die Ehre geben, sei enorm gewesen. Unter dem Eindruck des Urteils, den jeder normal Empfindende über solche Reichsverbandslügen empfinde, sei das Flugblatt entstanden. Daß der „Lichterfelder Lokalanzeiger“ aus dem Bureau des Reichsverbandes gespeist werde, könne durch den Schriftsteller Konemann, den Ortsvorsitzenden des Reichsverbandes, bewiesen werden. Der Privatkläger sei ja auch Korrespondent des Reichsverbandes, wie sich aus einer von ihm vorgelegten Darlegung des „Vorwärts“ vom 31. Juli 1906 ergebe. Wenn er seiner Notiz die Worte „Wahrheit oder Dichtung?“ vorangestellt habe, und das hier zum Beweis seiner Unschuld vorgebringe, so sei das eine leere Ausflucht. Das würde man wohl zweifellos annehmen, wenn es sich um einen sozialdemokratischen Redakteur handelte. Nach dem vom Kläger bestrittenen Schema dürfte der „Groß-Lichterfelder Lokalanzeiger“ ja auch behaupten, z. B. er, der Angeklagte, habe Sittlichkeitsverbrechen begangen oder 100 000 Mark gestohlen, und wenn ihm dann auf die Finger geklopft wird, noch seine Bestrafung unter der Behauptung verlangen, er habe ja selbst durch das Fragezeichen hinter „Wahrheit und Dichtung?“ die Wahrheit angedeutet. Des Klägers Entrüstung über die scharfen Ausdrücke im Flugblatt sei durchaus nicht am Platze. Derartige Machinationen bedürfen scharfer Zurückweisung. Ueberdies, wie schreibt denn die „Groß-Lichterfelder Zeitung“? Die Nummer dieser Zeitung vom 3. Mai 1907 enthält ein Eingekauft eines Hauptmanns a. D. Hertzer. Dasselbe ist unter anderem mit folgenden Nebenwichtigkeiten gegen die Lichterfelder sozialdemokratischen Führer gepöbel: „Neue Schamlosigkeit der sozialdemokratischen Machthaber“, „Ehrlose Führer“, „Seinnungslose ausbeuterische Führer“, „Samenpyre in Menschengestalt“, „Gemeine, ehrlose Erpressungen“. Wer solche Ausdrücke ohne den Schein des Rechts gebraucht, soll über den Ton, in dem von ihm mit oder ohne Fragezeichen weiterverbreitete Lügen zurückgewiesen werden, nicht Entrüstung zur Schau tragen. Das Flugblatt ist durchaus in Wahrnehmung berechtigter Interessen geschrieben.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu — 300 M. Geldstrafe event. 30 Tage Gefängnis. Aus der Begründung ist hervorzuheben: Als beleidigend sind die Worte „Lügengestirn“, „Lügenbrut“, „brüchiges Zentralorgan für geistige Verwahrlosung, das aus dem Trog des Reichsverbandes gefüllter wird“ und die Stelle erachtet, in der behauptet ist, dem Lichterfelder Blättchen sei es nur darum zu tun gewesen, die Arbeiterschaft zu verleumden. Der Schutz des § 193 war dem Angeklagten nicht zugedilligt. Bei der Strafmaßung sei einerseits in Betracht gekommen, daß der Angeklagte nicht vorbestraft ist, andererseits sei die Schwere der Verleumdung ins Gewicht gefallen; es sei dem Angeklagten nur darum zu tun gewesen, sich gefällig zu zeigen und bei seinem Arbeitgeber sich beliebt zu machen!

Damach hat das Gericht den Genossen Wenzel bestraft, weil er die gegen die Sozialdemokraten in Groß-Lichterfelde gerichteten Lügen scharf kritisiert hat und hat außerdem dem Genossen Wenzel in der Begründung noch eine halboffe, unwahre Behauptung an den Kopf geworfen — und das von Rechts wegen. Gegen das Urteil wird selbstverständlich Berufung eingelegt werden. Schade, daß der Angeklagte nicht Widerklage in erster Instanz erhoben hat.

Generalversammlung des Bergarbeiter-Verbandes.

Zweiter Verhandlungstag.

Dortmund, 7. Mai.

In der heutigen Sitzung setzte die Generalversammlung des Deutschen Bergarbeiterverbandes zunächst die Präsenzliste fest. Anwesend sind 102 Delegierte, außerdem die Vorstandsmitglieder, die Mitglieder der Kontrollkommission, die Vertreter der Redaktion und die Referenten, insgesamt 128 stimmberechtigte Mitglieder. Hiernauf wurde in die Beratung des

neuen Streikreglements

eingetreten. Bisher war die Festsetzung der Streikunterstützung in jedem einzelnen Falle dem Vorstand überlassen, jetzt wurde als Unterstützungssatz normiert 10 M. pro Woche für Unerheiratete, 11 M. für Verheiratete mit einem Zuschlag von 1 M. für jedes Kind unter 14 Jahren. Referent Waldhedecker betonte die Notwendigkeit, wilde Streiks nach Möglichkeit zu verhindern. Redner gibt interessante Zahlen über die Erfolge der Streikbewegungen der Bergarbeiter in den letzten zwei Jahren. — In der Diskussion wurden wiederum Klagen über die Führung einer gemeinsamen Kasse mit den anderen Verbänden bei dem großen Streik im Ruhrkohlenrevier 1906 laut. Die Polen hätten gar kein Geld aufgebracht, die Hirsch-Dunderschen hätten den Ertrag der Sammlungen nicht abgeliefert und die christlichen Gewerkschaften sind in betrügerischer Weise bereichert. Es wurde daher ausdrücklich im Streikreglement die Bestimmung aufgenommen, daß in Zukunft bei allgemeinen Streiks der Bergarbeiterverband eine besondere Kasse führen und Unorganisierte nicht unterstützen solle. — Inzwischen war ein Telegramm eingegangen, daß der Streik in Mitteldeutschland beendet sei und daß die Bergleute schon morgen wieder die Arbeit aufnehmen würden. Auf die Beendigung des Streikes hingutwirken, war auch der gestern von der Generalversammlung ernannte Delegierte beauftragt worden, dieser Auftrag sollte jedoch vorläufig geheimgehalten werden. Die mitteldeutschen Delegierten bemerkten hierzu, daß, wenn die Bergwerksbesitzer in ihrer Heimat nicht in der nächsten Zeit die Löhne bedeutend aufbesserten, sie eine Massenauflösung der sächsischen Bergleute nach dem Ruhrkohlenrevier organisieren würden. Dies würde das beste Mittel des gewerkschaftlichen Kampfes im mitteldeutschen Braunkohlenrevier sein, zumal jetzt schon dort Leutenot herrsche.

Abg. Sasse führte Klage darüber, daß die Werkbesitzer im Ruhrkohlenrevier die Arbeiter mit allen Mitteln zwängen, Ueberschichten zu verfahren. Wenn die Arbeiter sich weigerten, hätten die Unternehmer gedroht, Ausländer ins Land zu holen, diese im Falle einer Krise beizubehalten, die deutschen Arbeiter aber abzu-

lehnen. (Wiesche Pfurze.) — Nach Genehmigung des neuen Statuts wandte man sich der Beratung der Satzungsänderungen zu. Die Anträge, die das Verbot der parteipolitischen und religiösen Diskussionen im Verbandsaufheben sollten, fanden keine Unterstützung, ebenso wenig die Anträge auf Herabsetzung der Beiträge.

In der Nachmittagsitzung wurden die übrigen Anträge zum Statut nach kurzer Debatte einer Kommission zur Vorberatung überwiesen. — Hierauf gab P. K. o. r. n. y den

Vorbericht

weil der eigentliche Berichterstatter, Redakteur Witzmann, wegen der Streikbewegung im Saarrevier und Lothringen dorthin hätte abreisen müssen. Koforny führte aus, daß der Redaktionswechsel, durch den an Stelle von Hue und Weimpeters er und Witzmann getreten sei, nicht die geringste sachliche Differenz als Ursache gehabt habe. Es sei keine Rede davon, daß etwa mit der Entfernung Hues oder Weimpeters die Radikalität gestiegen hätte. Er sei als Gewerkschaftler und auch als Redakteur an die Beschlüsse des Verbandes gebunden und könne deshalb gar nicht der Richtung Franz Mehrings folgen, selbst wenn ihm sein Herz dahindränge. Er wisse auch als guter Parteigenosse, wo die Grenze der Partei aufhöre und das Gebiet der Gewerkschaft anfangen. Hue sei gegangen, weil er auf parlamentarischen und schriftstellerischen Gebieten mehr für die Bergarbeiter leisten zu können geglaubt habe. Für die Redaktion sei er unerfährlich, aber auch auf dem neuen Felde seiner Tätigkeit noch wertvoller. Weimpeters habe als verantwortlicher Redakteur soviel gerichtliche Strafen erlitten, daß seine Kraft zu Ende war und er den Posten aufgeben mußte. Die beiden Redakteure hätten allein im letzten Jahre schon neun Monate Gefängnis verbüßt; allerdings lösten sie auch die hohen Geldstrafen ab, um nicht den Massenstaat unnütz zu bereichern. (Heiterkeit.) Der Ton und die Richtung der „Bergarbeiter-Zeitung“ seien unverändert wie früher. Während der Gefängniszeit habe Hue die Redaktion geführt, ohne daß es jemand gemerkt habe. Während der Reichstagswahl sei die „Bergarbeiter-Zeitung“ für die Sozialdemokratie eingetreten. Aber das sei einfach die Pflicht der „Bergarbeiter-Zeitung“ gewesen. Jedenfalls hätte die offene Stellungnahme der beiden Redakteure nicht soviel Parteipolitik entwickelt, wie der christliche „Bergknappe“ mit seiner verdeckten Propaganda für das Zentrum. — In der Diskussion wurden nur untergeordnete Beschwerden vorgebracht, die sich in der Hauptsache auf das Annoncenwesen beziehen. Die Schreibweise der Redaktion wurde durchweg gebilligt.

Morgen werden die Verhandlungen fortgesetzt.

Aus Industrie und Handel.

Die Konjunktur.

In unserem letzten „Wirtschaftlichen Wochenbericht“ zitierten wir eine Auslassung im Jahresbericht des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller. Zur Begründung der dort ausgesprochenen Ansicht, daß der Hochpunkt der Konjunktur Ende 1906 überschritten war, werden eine Reihe Tatsachen und Erscheinungen angeführt, von denen hier einige Raum finden mögen:

Zunächst die Abnahme der Bautätigkeit, dann die außerordentliche Anspannung des Geld- und Kreditmarktes (die Kreditgewährung der neun Berliner Großbanken betrug Ende 1901 1217 Millionen, Ende 1906 2417 Millionen oder 1,2 Milliarden Mark mehr). Die Spannung am Geldmarkt rührt nicht her von Ausschreitungen der Spekulation und der Börse, sondern von der gesteigerten produktiven Tätigkeit von Handel und Industrie.

Ferner wird verwiesen auf das langsamere Tempo der Zunahme des Berliner Güterverkehrs, der 1905 um 9%, 1906 dagegen nur noch um 5%, Proz. gestiegen ist, wobei noch zu bemerken und für Berlin interessant ist, daß die Bahnförderung der Güter den Verkehr zu Wasser um 18 Proz. übertraf, ein Verhältnis, das bei der Billigkeit des Wassertransportes und dem vorzüglichen Zustande der Berliner Wasserstraßen nur durch die mangelhafte und teilweise völlig ungenügende Beschaffenheit der Berliner Entlade- und Speichereinrichtungen erklärt werden kann. Der Bericht erklärt den schleimigen Ausbau dieser Einrichtungen für dringend notwendig.

Weiter weist der Bericht hin auf die amerikanischen Verhältnisse und die Abbestellung von Ordnern seitens der amerikanischen Eisenbahnen, sowie auf den andauernden Kapital-Neubedarf der Vereinigten Staaten. Ferner wird die Schwächung der Börse hervorgehoben, indem das Verbot des Terminhandels die Spekulation auf den Kassa-Industrie-Aktienmarkt konzentrierte, an dem das Publikum widerstandslos jede ungünstige Nachricht mit umfangreichen Verläufen beantwortet.

Minister v. Rheinbaben, dem anscheinend danachsteht, auch eine agrarische Grabstätte zu verdienen, hat am Montag im Herrenhause einen Ommus auf die neudeutsche Jochschraubenpolitik steigen lassen. Alle Befürchtungen, die sich an die Handelsverträge knüpfen, hätten sich als irrig erwiesen. Ein solches Urteil stellt ungefähr denselben Befähigungsnachweis dar wie des Finanzministers letzter Staatspump. Es könnte nicht schaden, wenn er aus dem Bericht einige Belehrung schöpfe. Es heißt da ganz richtig:

„Es war ein für die Schöpfer der neuen Handelsverträge günstiges Zusammentreffen, daß die Wirksamkeit dieser Verträge mit der kraftvollen Entfaltung des Wirtschaftslebens zusammenfiel. . . Die Vertreter von Handel und Industrie können nicht genug davor warnen, aus der Entwicklung der letzten Jahre schon jetzt auf die Verwahrung der Hochkonjunktur zu schließen. . .“

Einen Maßstab besitzen wir allerdings heute schon, um die in Frage stehenden Wirkungen wenigstens nach der negativen Seite ermitteln zu können: den Vergleich mit dem Ausland.

Während der Wert der deutschen Ausfuhr 1906 um 7 Proz. gestiegen ist, ist die Ausfuhr der Vereinigten Staaten um 11 Proz. und diejenige Großbritanniens um 14 Proz. gestiegen, und auch hinsichtlich der Einfuhr steht Deutschland mit einer Steigerung von 10 Proz. hinter den Vereinigten Staaten und sogar hinter Frankreich mit je 12 Proz. zurück, während 1905 Deutschland in gleichem Maße wie Großbritannien und Amerika an dem Aufschwunge des Welthandels teilgenommen hatte.“

Solche Tatsachen sind für die von den Agrariern wegen ihres Wohlverhaltens belobigten Minister anscheinend viel zu eilige Dinge, um sich damit zu befassen. Die Meinungsregie der „Deutschen Tageszeitung“ genügt.

Nach Hervorhebung der Momente, die zur Vorsicht mahnen, schließt der wirtschaftliche Teil des Berichtes mit einem Hinweis auf die günstigen Faktoren, die ihnen gegenüber stehen.

Eine eigentliche Krise sei nicht zu befürchten, nur eine Abflauung, wenn die warnenden Worte beachtet, allseits weises Verhalten die Richtschnur des Handelns werde. Wörtlich wird da ausgeführt:

„Die Industrie hat in den Zeiten der Hochkonjunktur die Möglichkeit gehabt und wahrgenommen, ihre inneren Verhältnisse zu konsolidieren. Die Betriebe sind nicht übermäßig erweitert und durch Rücklagen gesichert. Desgleichen haben die Banken die Prosperität der letzten Jahre benutzt, um ihre Reserven zu stärken, und es standen am Schlusse des Berichtsjahres bei den neun Berliner Großbanken einem Aktienkapital von 1200 Millionen Mark 340 Millionen Mark Reserven gegenüber. Endlich haben die Verbände an innerer und äußerer Macht gewonnen und ihre Organisation wesentlich gestärkt. Weiterhin fällt ins Gewicht, daß die der Industrie erteilten Aufträge im wesentlichen Bedarfsaufträge sind und keinen spekulativen Charakter tragen.“

Das Vertrauen in die Stetigkeit unserer wirtschaftlichen Verhältnisse ist somit begründeter und gewiß auch allgemeiner als am Schlusse der letzten Konjunkturperiode, und so gewiß als eine allmähliche Abschwächung der Konjunktur sein wird, so gewiß darf auch andererseits infolge der vorsichtigen Geschäftsführung von Handel und Industrie, infolge der vorsichtigen Kreditgewährungen der Bankwelt und infolge der Diskontopolitik der Reichsbank angenommen werden, daß wohl ruhige, vielleicht auch flaute, aber keine stürmischen Zeiten uns erwarten.

Ist diese Prognose richtig, so enthält sie zugleich die Verpflichtung, für unsere führenden Unternehmungen sowohl wie für jeden einzelnen und nicht zuletzt für Staat und Kommune, bei dem Anhalten der Spannung ihre Bedürfnisse einzuschränken bzw. auf das Maß des Notwendigen zurückzuführen.

Der Umstand, daß die industriellen Werke immer noch mit Hochdruck arbeiten und kein Nachlassen in den Bestellungen zu bemerken haben, vermag an der vorsehend in knappen Umrissen dargelegten Situation nichts zu ändern, denn diese Bestellungen stammen noch teils aus der Hochkonjunktur, teils erfolgten sie unter deren Einwirkungen, und sie vermögen in keinem Falle die nachgewiesenen Bedenken aufzuwiegen, die augenblicklich noch bei der Abfassung des Berichtes in der in dieser Zeit vorher nie erlebten Anspannung der Reichsbank ihren sichtbarsten Ausdruck finden.

Liegt also kein Grund zur Veranlassung vor, so heißt es jetzt doch: kein stürmisches Vorwärtsdrängen mehr, sondern besonnenes Verhalten und fortgesetzte Konsolidierung.“

Das was hier angeführt ist, hat zweifellos sein Teil Berechtigung, aber es ist ein schlechter Trost für die Arbeiterschaft. Daß den industriellen Werken und den Banken ein beträchtliches Abflauen der Produktion nicht sehr wehe tun wird, weil man durch starke Rückstellungen einen Notgroschen zurückgelegt hat, hebt für die Arbeiterschaft die bösen Folgen einer Konjunkturabschwächung nicht auf. Einmal haben die Arbeiter keine Reserven ansammeln können, weiter ist mit der Einschränkung der Produktion unabweisbar Einkommensschmälerung durch Arbeitslosigkeit und teilweise auch noch direkte Lohnkürzung verbunden. Da zudem die Lebensmittelpreise, Wohnungsmieten usw. von ihrem Hochstand wenig oder gar nicht abgehen werden, bedeutet die Abflauung für den Arbeiter die Krise, wenn die Dividenden der Aktionäre auch weniger gefährdet erscheinen.

Kapital und Nutzungssperre. Der elsass-lothringische Landesausflug beschäftigt sich gegenwärtig mit einem neuen Vergesez, welches auch eine Nutzungssperre vorsieht und die Vergreibeit aufheben will, allerdings vorläufig nur für zwei Jahre. Jetzt soll nach der Lothringer „Volkstimme“ der Großindustrielle Thöissen zwischen Maizères und Hespelingen für 2 600 000 M. Grundstücke aufgekauft haben, Man bringt diese Ankaufe mit der in Aussicht stehenden Nutzungssperre in Verbindung.

Provisionen. Daß im Handel noch manche Schmaroherpflanze existiert und noch manche Reform notwendig ist, beweist wieder mal eine Zuschrift an die „Volkstimme“. Es wird da mitgeteilt, daß vor einiger Zeit eine Reihe Lehrer Westfalens, besonders in den ländlichen Bezirken, von dem Rohrer- und Nähmaschinen-Engros-Verbandhaus (G. S., Altona-Ottensen) einen Katalog über Nähmaschinen und dazu ein Begleitschreiben mit der Bezeichnung „Vertrauliche Mitteilung“ zugelandt erhielten. Den Lehrern wird angeboten, gegen Provision Maschinen zu verkaufen. In dem Angebot hieß es:

In Ihrem eigenen Interesse empfehle ich Ihnen, über die Ihnen hiermit eingeräumten Vorzugspreise Discretion zu bewahren. . . Ich überlasse es ganz Ihrem Ermessen, wie Sie die Verkaufspreise festlegen wollen, da ich nicht weiß, wieviel Sie an jeder Maschine verdienen wollen, und ich glaube sicher, daß Sie unter diesen Umständen einen guten Absatz erzielen werden. . . Das Geschäft würde wohl am besten in der Weise zu handhaben sein, daß ich daselbst direkt mit den Käufern mache, und als Provision erhalten Sie denjenigen Betrag, den Sie auf die Rotierungen der weißen Preisliste aufschlagen. Das einfachste ist, daß der Betrag der Sendung nachgenommen wird und nach Eingang der Rechnung übermittle ich Ihnen unter strengster Discretion ihre Provision per Post. Die billigste Nähmaschine kostet nach der Preisliste 70 M., nach der Vorzugspreisliste nur 37,50 M. Bei der teuersten Maschine stellen sich die Preise auf 150 bezw. 88 M. Der Preisunterchied beträgt mithin 82,50—82 M. Das fällt dem Vermittler zu, der, infolge seiner amtlichen Stellung, viel Vertrauen genießt.“

Natürlich will das Verbandhaus auch noch verdienen, sodas die Maschinen im Handel um mindestens 100 Proz. verteuert werden.

Soziales.

Das Reichsgericht wendet sich gegen Boykott.

Am 12. Juli d. J. hat das Reichsgericht in einem Kieler Prozeß die Schadenersatzpflichtung aus einem Boykott grundsätzlich abgelehnt. Das Urteil haben wir seinerzeit wörtlich mitgeteilt. Die Unternehmerpresse machte gegen dies Urteil mobil. Jetzt wird ein Urteil deselben Reichsgerichts vom 8. April d. J. veröffentlicht. In diesem werden die Grundsätze des Kieler Urteils erheblich eingeschränkt und die Schadenersatzpflicht für die Verhängung eines Boykotts für gewisse Fälle bejaht. Der Sachverhalt ist folgender:

Der Verband der Bäderbetriebsgenossen Deutschlands und zwei Bädergesellschaften hatte in einem Flugblatt behauptet, daß der Bädermeister L. zu Berlin ihnen gegenüber ehrenwortbrüchig geworden sei, daß er Freundschaft in den Kreisen der Buchmacher gesucht haben mag, die zwölfstündige Arbeitszeit nicht einhalte usw. usw., und daß er wegen mancherlei angegebenen Sachen der Kundenschaft des Publikums unwürdig sei und vor ihm gemarnt werden müsse. L. behauptet, infolgedessen großen Geschäftsausfall gehabt zu haben und klagte gegen den angegebenen Verband und die beiden Gesellschaften auf Schadloshaltung von vorläufig 3000 Mark. Die Beklagten machten zu ihrem Recht geltend, daß es sich bei dem Kampfe um sittliche Forderungen, um Abschaffung des Rost- und Logistwefens der Bädergesellschaften usw. gehandelt habe, und daß die von ihnen ausgesprochenen Behauptungen der Wahrheit entsprächen. Sie hätten L., der zuerst den Beitritt versprochen habe, dem Publikum empfohlen und hätten dann auch in dem weiteren Flugblatt, nachdem er von seinen Verprechungen zurückgetreten sei, dies dem Publikum bekannt geben müssen. Der Klage des Geschäftes des L. sei nicht in den Behauptungen des Flugblattes zu suchen, sondern beruhe auf Verwöhnung schlechter Ware und Vernachlässigung des Geschäftes.

Das Landgericht Berlin und das Kammergericht erkannten die Ansprüche des Klägers als dem Grunde nach gerechtfertigt an. Sie nahmen einen Verstoß gegen § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches (vorsätzliche Schädigung in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise) an. Die Anwendbarkeit des Absatz 2 § 824 des Bürgerlichen Gesetzbuches verneint das Kammergericht, weil gegen den § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches verstoßen worden sei und es dann ganz gleichgültig wäre, ob ein berechtigtes Interesse bestanden habe oder nicht.

Die Revision ist vom Reichsgericht mit folgender Begründung zurückgewiesen: „Die Revision macht geltend, das Urteil lasse eine genügende Begründung hinsichtlich der Anwendung des § 826 vermissen; alle die vom Berufungsgericht für rechtlich unerheblich erklärten Tatsachen seien erheblich für die Frage, ob die Beklagten in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise dem Kläger vorsätzlich Schaden zufügen wollen oder nicht. Es sei überhaupt rechtsirrig, auf den gegebenen oder doch von den Beklagten behaupteten Sachverhalt jene Vorchrift anzuwenden, da, wenn die Voraussetzungen des § 824, insbesondere die des Absatz 2 vorlägen, von einer Anwendbarkeit des § 826 nicht die Rede sein könne. Endlich entbehre auch die Annahme des Berufungsgerichts, daß durch die

Handlungsweise der Beklagten dem Kläger ein Schaden entstanden sei, namentlich gegenüber der Behauptung der Beklagten, daß ein etwaiger Rückgang des Geschäftes des Klägers auf Nachlässigkeit im Geschäft und auf Verwendung schlechten Materials zurückzuführen sei, der erforderlichen Begründung.

Es ist nicht zu verkennen, daß eine erschöpfendere Beurteilung des Streitstoffes seitens des Berufungsgerichtes am Platze gewesen wäre und daß namentlich die Bemerkung, es sei unerheblich, ob die Beklagten oder sonst jemand an den in den Flugblättern enthaltenen Mitteilungen ein berechtigtes Interesse gehabt hätten oder nicht, nicht zutreffend ist. Allein dem angefochtenen Urteil ist die tatsächliche Feststellung zu entnehmen, daß ein solches Interesse bei dem Vorgehen der Beklagten gegen den Kläger überhaupt nicht vorgelegen hat. Das Berufungsgericht stellt zunächst auf Grund der eigenen Erklärung der Beklagten fest, daß ihr Vorgehen nicht dazu bestimmt war, den Kläger zur anderweiten Unterwerfung unter die den Bädermeistern im allgemeinen gestellten Bedingungen zu veranlassen, daß sie vielmehr eine solche Unterwerfung gar nicht mehr angenommen haben würden. Damit scheidet ohne weiteres die Frage aus, ob die mit dem Ausstand der Bädergesellschaften verfolgten Ziele berechtigt waren oder nicht. Es wird weiter festgestellt, daß die Beklagten in den Flugblättern vor dem Kläger gewarnt und ihn als der Kundenschaft des Publikums persönlich unwürdig hingestellt haben, offenbar zu dem Zweck, seine wirtschaftliche Existenz zu untergraben und ihn dauernd erwerbs- und brotlos zu machen. Hierin ist die Feststellung zu erblicken, daß es den Beklagten nicht darum zu tun gewesen ist, das Verhalten des Klägers ihnen gegenüber und sein Geschäftsgebahren zur Kenntnis des Publikums zu bringen, um diesem eine objektive Beurteilung zu ermöglichen, sei es in dessen Interesse, sei es in ihrem eigenen Interesse dem Publikum gegenüber, sondern daß sie mit der Verbreitung der Flugblätter in einer gezielten, den Kläger persönlich herabwürdigenden Weise lediglich den Zweck verfolgten, den Kläger wirtschaftlich zu ruinieren. Bei einer solchen Sachlage kann von einem berechtigten Interesse im Sinne des § 824 Absatz 2 nicht die Rede sein; es greift vielmehr der § 826 Platz, dessen Voraussetzungen das Berufungsgericht einwandfrei festgestellt hat. In dieser Beziehung ist es auch ohne Belang, daß die in den Flugblättern über den Kläger behaupteten Tatsachen wahr sein sollten; denn auch in der Mitteilung wahrer Tatsachen kann namentlich ein Verstoß gegen die guten Sitten liegen. Zu beanstanden ist es endlich nicht, wenn das Berufungsgericht nach der Lebenserfahrung für erwiesen ansetzt, daß das Vorgehen der Beklagten den beabsichtigten Erfolg einer Schädigung des Klägers wenigstens zum Teil gehabt hat.“ (8. April 1907. Nr. 3. VI. 358/06.)

Auch in diesem Urteil anerkennt ja das Reichsgericht grundsätzlich die Berechtigung des Boykotts, macht die Recht-Schadenersatzpflicht aber von so vielen „wenn“ und „aber“ und „tatsächlichen Feststellungen“ abhängig, daß die grundsätzliche Anerkennung wertlos und ein Gesetz, das die Schadenersatzpflicht in ähnlicher Weise wie das neuere englische Vopstotgesetz ausdrücklich verneint, auch für Deutschland dringend erforderlich wird, um das Koalitionsrecht auch vor zivilrechtlichen Schikanen zu schützen.

Wormanns Schadenersatzklage.

In der Schadenersatzklage der Firma Wormann gegen 106 Schanerleute, weil diese zu Anfang Februar von der Arbeit ferngeblieben waren, erkannte das Oberlandesgericht gestern, wie uns telegraphisch gemeldet wird, durch Zwischenurteil die Ansprüche der Klagerin als dem Grunde nach berechtigt an.

Agitationsverein für Landberg-Toldin. Am Stammesfesttag früh 7 Uhr, Treffpunkt Kopen- und Babelsberger-See. Verein der Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Berlin und Umgegend. (Abteilung 16.) Heute abend 8 Uhr bei Ostrowki, Schillingstr. 35a: Versammlung.

Vermischtes.

Eisenbahnunfall. Der von Debant-les-Bois kommende Güterzug D. 8038 fuhr gestern abend 9 Uhr 5 Minuten auf Bahnhof Sablon auf ein mit Wagen besetztes Gleis. Hilfsbremser Franz Magg wurde schwer verletzt und verstarb auf dem Transport nach dem Hospital. Der Materialschaden ist nicht erheblich, der Betrieb nicht gestört.

Vom Glodenklöppel erschlagen. In Oberhausen an der Nahe löste sich Sonntagvormittag beim Läuten der Glöckel der Glode und erschlug einen Mann namens Hafner.

Neue Eruptionen sind durch die Instrumente der seismographischen Anstalten zu Göttingen, Laibach und Schide verzeichnet worden. In Laibach wie auch in Göttingen zeigte der Seismograph zwei Erdstöße an. Wie aus Laibach gemeldet wird, begann der erste um 7 Uhr 12 Min. am Sonnabendmorgen und erreichte das Maximum von 2 Millimeter um 8 Uhr, der zweite begann um 9 Uhr 54 Min. und dauerte 1 1/2 Stunden. Der größte Ausschlag betrug 6 Millimeter, was ein sehr starkes Beben bedeutet. Das Zentrum des Erdbebens befand sich nach der Laibacher Schätzung in einer Entfernung von etwa 13 000 Kilometer, während Professor Milne, der Leiter des Schide-Observatoriums auf der Insel Wight, die Entfernung auf 8000 Kilometer schätzt und glaubt, daß es ein Seebeben an der Westküste von Zentralamerika oder östlich von Japan war. — Ueber die erneute Tätigkeit des Aetna erhalten wir im Anschluß an unsere bisherigen Meldungen noch folgendes Telegramm: Das Aetna-Observatorium meldet aus Catania: Die Tätigkeit des Aetna nimmt zu. Eine Öffnung im Mittelkrater löst Rauch und kleine weißglühende Steine aus. Am 4. d. M. hat sich noch eine kleinere Öffnung aufgetan, aus der heiße Lava ausströmt. Vom Observatorium aus hörte man bis gestern fast ununterbrochen unterirdisches Getöse. Von Nicolosi aus wurden rötliche Rauchwolken beobachtet.

15 Personen verbrannt. Der „Ratin“ berichtet aus Petersburg: Eine Feuerbrunst, welche in dem protestantischen Asyl von Wassiljostrow gestern ausbrach, verursachte den Tod von 15 Personen, 9 wurden schwer verletzt.

Meuterei im Gefängnis. Im Gefängnis von Parango kam es nach einer Meldung aus Lurin zu einer Meuterei der Gefangenen, veranlaßt durch die schlechte Behandlung derselben seitens der Aufseher. 300 Gefangene zerstörten die Türen des Gefängnisses und demolierten alles, wobei es zwischen ihnen und den Aufsehern zu einem schweren Kampf kam. Schließlich trat polizeiliche Verhärkung ein, worauf es gelang, die Meuterei zu überwäligen.

Witterungsbericht vom 7. Mai 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.	Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.
Schweden	759	SW	1	wolklos	15	Saparanda	772	R	1	wolklos	8
Hamburg	758	NO	2	wolkig	15	Petersburg	768	SW	2	wolklos	5
Berlin	758	SO	3	wolklos	18	Seidj	753	NO	1	heiter	10
Frankf. a. M.	759	SO	3	bedekt	17	Berden	759	NO	2	bedekt	7
München	760	SO	2	wolkig	16	Paris	758	S	1	bedekt	11
Wien	762	S	1	halb bb.	17						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 8. Mai 1907. Vorwiegend heiter und sehr warm bei mäßigen südlichen Winden. Gewitter nicht ausgeschlossen, sonst trocken.

Berliner Wetterbureau.

Heute Mittwoch findet für Berlin und Vororte der Zahlabend statt.

Die Schließung des Freien Kindergartens in Charlottenburg.

Die kürzlich durch die Regierung erzwungen worden ist, wurde am Montag in einer öffentlichen Protestversammlung (Germaniahalle in Berlin) erörtert. Die staatliche „Aufsichtsbehörde“ hat jene ihre Anordnung damit begründet, daß der Freie Kindergarten „sozialdemokratischen Bestrebungen“ gedient habe.

Den Reigen der Redner eröffnete ein Sozialdemokrat, der Schriftsteller Kapfenstein, der über Zweck und Ziele des Freien Kindergartens sowie über die von der Regierung verfügte Konzeptionsentziehung referierte. Genosse Kapfenstein hob hervor, daß nicht nur Frömmel und Hygänismus aus dem Freien Kindergarten verbannt, sondern mit Absicht auch „sozialdemokratische“ Beeinflussungen von den ja noch urteilsunfähigen Kindern ferngehalten worden seien.

In der Diskussion erhob sich kein Verteidiger der Regierung. Auch der „Morgenpost“-Redakteur Erdmannsdorfer, der sich als liberalen Politiker bezeichnete, behauptete lebhaft, daß man den Freien Kindergärten geschuldet habe. Er meinte, man könne sich nur freuen, wenn Sozialdemokraten positive Arbeit dieser Art leisten; die lenke wenigstens von utopischen Bestrebungen ab.

Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, die gegen die von der Regierung verfügte Schließung des Kindergartens protestiert. Das Recht, Kindergärten von politischen Gesichtspunkten aus zu überwachen und zu schließen, wird der Regierung bestritten; verurteilt wird die besondere Behandlung von Einrichtungen eines Vereins mit Rücksicht auf angebliche oder wirkliche Parteizugehörigkeit seiner Mitglieder.

Partei-Angelegenheiten.

Die Lokalliste für Berlin und die Provinz Brandenburg liegt der heutigen Nummer des „Vorwärts“ bei. In Rücksicht auf die kommenden Feiertage und die bei günstigem Wetter stattfindenden Ausflüge wird mit dem Herausgehen der Lokalliste ein dringendes Bedürfnis Rechnung getragen. Mit dem Eintreten der Sommerzeit und der damit verbundenen Arrangierung von Partien durch die Arbeitervereine in die nähere und weitere Umgebung Berlins erhalten die Genossen in den Provinzorten in ihrem außerordentlich schwierigen Kampfe um Versammlungsfälle eine wesentliche Unterstützung.

und der Erfolg in den meisten Fällen nur ein geringer. Beachtet die Arbeiterschaft jedoch unseren wiederholt an sie gerichteten Appell und handelt sie streng danach, so muß es uns mit der Zeit gelingen, alle Lokale, die von ihr frequentiert werden, zu Versammlungszwecken zu erobern.

Wo uns aber Säle zu Versammlungen zur Verfügung stehen, dort können wir das Versammlungsrecht erst wirklich ausüben, darum ist der Kampf um Versammlungsräume auch ein Kampf um das Versammlungsrecht. — Deshalb:

„Sendet die Lokalliste!“

Des Weiteren werden die Vorstände und Komitees aufgefordert, dafür zu sorgen, daß das zu ihren Vergnügungen und sonstigen Veranstaltungen notwendige Bedienungspersonal stets vom kostenlosen Arbeitsnachweis des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen (Ordnungsverwaltung Berlin), Große Hamburgerstraße 18/19, Tel. Amt III 1818, bezogen wird.

Außerdem ist es im eigenen Interesse der Vereine selbst dringend notwendig, daß allen Verträgen mit Lokalinhadern eine Klausel angefügt wird, wonach für den Fall, daß das betreffende Lokal später für Arbeiterversammlungen verweigert werden sollte, der Vertrag seine Gültigkeit verliert.

Alle Vereine und sonstigen Korporationen, welche Ausflüge nach Budow (Märkische Schweiz) unternehmen wollen, ersuchen wir, sich rechtzeitig vorher mit dem Gen. Fris Simon, Wald-Siebersdorf bei Bahnhof Damsdorf-Rüncheberg in Verbindung zu setzen.

Alle sonstigen Anfragen, Mitteilungen usw. sind stets durch die in der Lokalliste angegebenen Kommissionsmitglieder an den Obmann der Lokalkommission zu richten, so weit Lokale Berlins und der Kreise Nieder-Barnim, Teltow-Beeslow und Potsdam-Osthavelland in Frage kommen. Für die übrigen Provinzorte sind alle Anfragen direkt an den Obmann zu richten, in keinem Falle jedoch direkt an die Redaktion des „Vorwärts“; dies bitten wir zu beachten.

Zum Schluß ersuchen wir die Parteigenossen, die jeweilige Lokalliste stets bis zum Erscheinen der nächsten aufzubewahren, sowie von allen in der Zwischenzeit eintretenden etwaigen Änderungen Notiz zu nehmen. Für verloren gegangene Listen kann jederzeit Ersatz von allen Kommissionsmitgliedern bezogen werden.

Die Lokalkommission.

Achtung, vierter Wahlkreis! Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Himmelfahrtstage eine Fußpartie nach Rüdersdorfer Kallberge über Straußberg stattfindet. Abfahrt morgens 7 Uhr 15 Min. vom Schleifischen Bahnhof. Treffpunkt für Radsüßler im Restaurant Gese, Rüdersdorfer Kallberge, mittags 1 Uhr. Der Vorstand.

Achtung! Fünfter Wahlkreis! Morgen am Himmelfahrtstage findet eine Herrenpartie nach Vogts Krampenburg statt. Die Genossen treffen sich in den von den Abteilungen vorher bestimmter Lokale. Abfahrt ab Bahnhof Alexanderplatz 8,51 nach Grünau. Treffpunkt bis 11 Uhr vormittags im Wendenschloß.

Schöneberg. Die Parteigenossen, die an der Fußpartie am Himmelfahrtstage teilnehmen, werden ersucht, am Donnerstag früh 7 1/2 Uhr am Bahnhof Groggstraße (Wannseebahnhof) anwesend zu sein. Fahrt bis Schlattensee, die Habel entlang bis zum „Alten Freund“. Alles Nähere auf dem heutigen Zahlabend. Der Vorstand.

Achtung! Charlottenburg. Den Mitgliedern der 4. Gruppe zur Nachricht, daß am Himmelfahrtstage eine Herrenpartie durch den Grünwald zum „Alten Freund“ stattfindet. Abmarsch Punkt 8 Uhr von Pöple, Kaiser Friedrichstraße 91. Um recht rege Beteiligung, auch aus anderen Gruppen, ersucht.

Der Gruppenführer.

Stralau. Der Zahlabend des zweiten Bezirks findet jeden zweiten Mittwoch im Monat im Lokal von Mittwoch, Alt-Stralau 5, der des ersten Bezirks jeden dritten Mittwoch im Lokal von Schöps, Alt-Stralau 17 statt. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht. Gleichzeitig wird ersucht, die Raiffeisenbillets abzurechnen.

Der Vorstand.

Achtung! Kummelsburg. Am Himmelfahrtstage veranstaltet der Wahlverein mit Beteiligung des Gesangsvereins Kummelsburger Männerchor eine Herrenpartie nach dem Grünwald. Abfahrt ab Bahnhof Stralau-Kummelsburg Bahnsteig E 7,30 Uhr nach Station Grünwald. Treffpunkt für Radsüßler zur Frühstundzeit in Schildhorn und zur Mittagzeit beim „Alten Freund“ auf Pichelswerder. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Erker. Die Genossen seien hierdurch darauf aufmerksam gemacht, daß unser Zahlabend regelmäßig mit den Berliner Zahlabenden, also jeden zweiten Mittwoch im Monat, stattfindet. Gleichzeitig werden die Genossen, die am Himmelfahrtstage an der Herrenpartie teilnehmen wollen, ersucht, früh 7 1/2 Uhr bei Genossen Degebrodt zu erscheinen.

Reinickendorf-West. Die Teilnehmer der Agitationstour nach Liebenwalde-Dammer treffen sich am Himmelfahrtstage früh 6 1/2 Uhr im Lokal von J. Franke, Eisenbahnstraße 18 und Otto, Berlinerstraße 118. Abfahrt Bahnhof Wittenau 7,25 Uhr mit der Oranienburger Vorortbahn. Rückfahrt von Rasseheide abends 7,38 und 9,43 Uhr. Flugblätter werden in vorgenannten Lokalen ausgegeben. Der Vorstand.

Liebenwalde-Dammer. Die Parteigenossen werden aufgefordert, sich am Himmelfahrtstage vormittags 11 1/2 Uhr im Lokale des Herrn Brauereibesizers Kleinert, Berlinerstraße, einzufinden, um an der Flugblattverbreitung für die Umgegend teilzunehmen. Die Agitationskommission.

Riedersdönhäusen. Die Genossen werden ganz besonders darum ersucht, am heutigen Zahlabend vollständig zu erscheinen. Die bevorstehende Stichwahl bedingt eine eingehendere Aussprache. Außerdem müssen sämtliche Listen mit den Bezirkskassierern abgerechnet werden. Der Vorstand.

Franz-Budhols. Die ordentliche Mitgliederversammlung fällt heute aus. Morgen, Himmelfahrtstag, findet der Ausflug nach Carow statt. Treffpunkt der Genossen mit ihren Frauen nachmittags 1 Uhr bei Radewitz, Bahnhofstraße 15. Abmarsch pünktlich 1/2 Uhr. Für Radsüßler Restaurant Dreiknopf, Carow. Rege Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Die Wertzuwachssteuer.

Die gestrige zweite Sitzung des neugewählten Ausschusses zur Durchberatung der Wertzuwachssteuerordnung begann mit der Diskussion über den Steuerfuß. Hierzu lag ein Antrag vor, der u. a. eine Erhöhung des Tarifs bezweckt. Zwar soll auch nach diesem Antrage die Höchstgrenze der Steuer nicht mehr als 20 Proz. betragen, doch soll dieser Satz bereits bei einer Wertsteigerung von über 90 Proz. erhoben werden, während nach der Magistratsvorlage eine Steuer von 20 Proz. erst bei einer Wertsteigerung von 170 Proz. zur Erhebung gelangen würde. Ferner sollen die Vergünstigungen in Postfall kommen, welche die Magistratsvorlage dem

fogenannten älteren Besitz dadurch zuteil werden lassen will, daß bei Verkäufen von Grundstücken, die sich längere Zeit in einer Hand befunden haben, nur zwei bezw. ein Drittel der Steuertarifsätze zu zahlen sind. Diesen Verschärfungen der Vorlage stehen aber nach demselben Antrage sehr erhebliche Abschwächungen gegenüber, die darin bestehen, daß aller Wertzuwachs, der vor dem 1. April 1907 entstanden ist, für die Berechnung der Steuer außer Ansatz zu bleiben hat und daß bei Veräußerung bebauter Grundstücke auf die Wertzuwachssteuer die Umsatzsteuer angzurechnen ist. Ein von anderer Seite gestellter Antrag verlangt dann noch, daß in allen Fällen 10 Proz. des Wertzuwachses außer Ansatz zu bleiben haben, so daß nur der 10 Proz. übersteigende Wertzuwachs der Steuer unterliegt.

Die Debatte zeigte bald, daß die zu dem Tarif beantragten Änderungen die Freunde der Vorlage nicht befriedigten, während sie den Gegnern schon viel zu weit gingen. In der Abstimmung fielen diese Anträge gegen nur zwei Stimmen, wogegen die Sage der Magistratsvorlage mit der Maßgabe zur Annahme gelangten, daß als Stichtag für die Berechnung des Wertzuwachses der 1. April 1907 zu gelten habe. Da auch der zweite Antrag bezüglich der jedesmaligen Abrechnung von 10 Proz. des Wertzuwachses angenommen wurde, so ist den Gegnern gestern bereits gelungen, die Magistratsvorlage in wesentlichen Punkten zu verstimmen.

Über 42 Millionen Fahrkarten sind infolge der Personentarisreform in der Villettdruckerei der Königl. Eisenbahndirektion Berlin in wenigen Monaten hergestellt worden. Für den Fernverkehr allein waren rund 15 Millionen neuer Fahrkarten erforderlich; dieselben unterscheiden sich nach mehr als 200 000 Kartentypen, so daß auf die einzelne Sorte durchschnittlich 75 Stück entfallen. Die regulären Auflagen für eine Verkehrsbeziehung umfassen 50 oder 100 Stück; damit ist jetzt natürlich nur der erste Bedarf gedeckt und wo sie ausverkauft werden, muß alsbald nachbestellt werden. Für den Rundreiseverkehr waren über zwei Millionen Scheine zu drucken, die zu den bekannten Fahrscheinebefehlen zusammengestellt werden; diese Rundreisescheine sind von hier aus an 150 Ausgabestellen zu verteilen. Die Buchfahrkarten, deren Herstellung immer umfangreiche Arbeiten erfordert, wurden vorläufig nur insofern fertiggestellt, als für die gangbarsten Verkehrsverbindungen; für den mitteldeutschen und Ostseebäder-Verkehr waren immerhin 300 000 Stück erforderlich. Da nicht überall die sämtlichen Fahrkarten aufgelegt werden können, so werden kleinere Stationen, zum ausschließlichen Gebrauch, mit Blankofahrkarten ausgerüstet, welche nur den Namen der Abgangstation und den nötigen Vordruck tragen; die Bestimmungstation, der Fahrpreis usw. werden handschriftlich eingetragen. Solche Blankofahrkarten wurden in 10 000 Blocks (a 25 Doppelfahrkarten) gedruckt und auf mehr als hundert Ausgabestellen abgegeben. Neben all diesen Aufträgen hatte die Villettdruckerei dann noch die laufenden Aufträge für den Stadt-, Ring- und Vorortverkehr zu bewältigen; für diese Verkehrsbeziehungen waren weitere 25 Millionen Fahrkarten herzustellen und zu verteilen. Alles in allem eine Riesearbeit, welche das auf durchschnittlich 80 Köpfe verstärkte Druckerpersonal in täglich zwei Schichten, von 6 Uhr früh bis 10 Uhr abends, zu bewältigen hatte. Beendet ist die Arbeit freilich noch nicht ganz; in dieser Woche erst können die letzten Druckaufträge in Angriff genommen werden.

Aus dem Paradies der Eisenbahner wurde, wie wir in Nr. 102 berichteten, ein Güterbodenarbeiter ausgewiesen, weil er das von einem Vorgesetzten ihm gestellte Anfinnen, seine Zugehörigkeit zu einem sozialdemokratischen Wahlverein anzugeben, abgelehnt hatte. „Ich bleibe meiner Gesinnung treu!“ hatte er ruhig erklärt, und er bekam dann die Kündigung. Der gewesene Güterbodenarbeiter legt uns jetzt das Führungszugzeugnis vor, das ihm nach seiner Entlassung als Andenken mitgegeben worden ist. Es lautet: „Der Herr A. . . . S. . . . , geboren am in ist vom 20. März 1907 bis 30. April 1907 bei der Güterabfertigung des Potsdamer Bahnhofes in Berlin als Güterbodenarbeiter beschäftigt gewesen. Seine dienstliche Führung und die Leistungen waren befriedigend. Die Entlassung des p. S. . . . erfolgte, weil er nach eigener Angabe dem sozialdemokratischen Wahlverein angehöret und, um seiner politischen Gesinnung treu zu bleiben, das Aufschneiden aus diesem Verein ablehnte. Vorstand der kgl. Eisenbahn-Verkehrsinspektion IV.“ Wir veröffentlichen dieses Schriftstück, weil es ein Dokument von kulturgeschichtlichem Wert ist. Unser Genosse S. konnte sich kein ehrenvolleres Zeugnis wünschen. Führung im Dienst und Leistungen waren befriedigend, aber — er wollte seiner politischen Gesinnung treu bleiben! Werden spätere Geschlechter begreifen, warum in unseren Tagen solche Treue einen Staatsbürger ungeeignet erscheinen ließ, den königl. preussischen Güterbodenarbeiter zu spielen?

Frühlingssonntagsruhe für Berlin. Am ersten Frühlingsfeiertage dürfen im Handelsgewerbe, soweit der Gewerbebetrieb in offenen Verkaufsstellen stattfindet, Gehälfen, Lehrlinge und Arbeiter wie folgt beschäftigt werden: Im Milchhandel von 5 bis 10 Uhr vormittags und von 12 bis 8 Uhr nachmittags, im Handel mit Bad- oder Fleischwaren von 5 bis 10 Uhr vormittags, mit Kolonialwaren, Blumen, Bier, Zigarren usw. von 8 bis 10 Uhr vormittags, mit Rohreis von 6 bis 10 Uhr vormittags, in den Zeitungs Expeditionen von 4 bis 9 Uhr. Zu denselben Stunden darf auch die Rundschaff mit Milch und Bier versorgt werden. Am zweiten Frühlingsfeiertage gelten die allgemeinen Vorschriften über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Schirme im Werte von 1000 M. erbeuteten Einbrecher bei einem Schaufensterdiebstahl in der Kommandantenstr. 79. Die Täter bestiegen eines der Schaufenster der Schirmhandlung von Blumenreich mit Schmierseife und drückten es dann geräuschlos ein. Trotz des starken Fußgängerverkehrs, der an der erwähnten Stelle herrscht, glückte es den Dieben, viele Tugend silberner Herren- und Damenschirme, im Gesamtwert von 1000 M., zu erbeuten.

Ein schwerer Automobilunfall, der leicht die verhängnisvollen Folgen hätte haben können, hat sich Montag abend im Grünwald zugetragen. Als das Gefährt am Kaiser Wilhelm-Turm die steil herablaufende Chauffee hinunterfuhr, nahm es eine betartige Schnelligkeit an, daß es schließlich zur Seite gescheitert wurde und sich vollständig überschlug. Die vier Personen wurden unter dem Wagen begraben und mußten durch die Jasssen eines entgegenkommenden Automobils befreit werden. Der Beiwagen war vollständig zertrümmert. Von den Verunglückten war eine Frau v. R. am schwersten verletzt worden. Die drei anderen Personen hatten Rücken- und Brustverletzungen erlitten. Die erste ärztliche Hilfe erhielten die Verunglückten auf der Unfallstation am Zoologischen Garten.

Das Opfer einer Fleischvergiftung ist die 19jährige Näherin Helene Krahn aus der Bornsdorferstr. 19 geworden. Das junge Mädchen erkrankte plötzlich nach dem Genuß von gebratenem Fleisch und starb nach kurzer Zeit unter Vergiftungserscheinungen. Ein hinzugezogener Arzt stellte als Todesursache Vergiftung, hervorgerufen durch den Genuß verdorbenen Fleisches fest. Die Leiche der M. ist polizeilich beschlagnahmt und zur Obduktion nach dem Schauhaus gebracht worden.

Der Ausschuss für die Regelung der Anstellung- und Gehaltsverhältnisse der städtischen Assistenzärzte nahm in seiner gestrigen Sitzung alle von sozialdemokratischer Seite gestellten Anträge an. Es wurde beschlossen, das Gehalt der älteren Assistenzärzte von 1200 auf 1500 M. zu erhöhen. Ferner wurde beschlossen, die Assistenzärzte im Kinderkrankenhaus in der Besoldung den übrigen Assistenzärzten gleichzustellen. Den Volontärärzten, die bisher nur freie Station hatten, wurde eine monatliche Remuneration von 50 M. zugesprochen.

Eine schaurige Entdeckung machten gestern nachmittags Spaziergänger im Tiergarten. In der Nähe der Vichtenstein-Allee fanden sie auf einer Kuhle ein Baby, aus dem beim Öffnen der Leinwand eines neugeborenen Kindes männlichen Geschlechts zum Vorschein kam. Ob der Knabe eines gewaltsamen Todes gestorben ist, wird durch die gerichtliche Obduktion festgestellt werden.

Ein Straßenbahnunfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich am Montagabend gegen 10 Uhr in der Frankfurter Allee. Eine Blumenballiste, die Frau des Bahnarbeiters Sonnenburg, Blumenballiste 4 in Friedrichsberg wohnhaft, wollte einen Wagen der Straßenbahnlinie 88 während der Fahrt verlassen und sprang ab. Sie kam zu Fall und schlug mit dem Kopf auf das Straßenpflaster auf, wo sie bewegungslos liegen blieb. Frau S. wurde mittels Drofschle nach dem Krankenhaus Friedrichshain gebracht, verstarb jedoch kurz vor der Einlieferung.

Im Polizeigewahrsam gestorben. Hierüber meldet der Polizeibericht folgendes: Wegen sinnloser Fremdenliebe wurde vorgestern nachmittag der 36 Jahre alte wohnungslose Uhrmacher Wilhelm Reichenbach von einem Beamten des 33. Polizeireviers dem Polizeigewahrsam eingeliefert. Da Reichenbach sich am nächsten Tage immer noch nicht erholt hatte und bestimmungslos dalag, wurde der Gefängnisarzt herbeigerufen, welcher Schlafsucht und Epilepsie feststellte. Er wurde deshalb als Kranke nach der Krankenstation des Polizeigewahrsams gebracht, wo er in der vergangenen Nacht gestorben ist.

Ein eigenartiges Schauspiel bot sich gestern mittag den Passanten des unteren Teiles der Bernauerstraße. Ein mit schweren Säcken beladener Lastwagen der Firma Reinhold Behner wollte auf diesem abschüssigen Teil der Straße umfahren. Die Last kam dadurch ins Rutschen und kippte den Wagen um, so daß die Wagenachse fast senkrecht in die Luft zeigte und die Pferde in eine gefährliche Lage gerieten. Der Kutscher mußte, um die Tiere zu retten, die Seile durchschneiden. Es dauerte erhebliche Zeit bis der Wagen wieder aufgerichtet und beladen werden konnte.

Auf den Selbstmord eines Liebespaars deutet ein Fund hin, der gestern im Tegeler See gemacht wurde. Ausflügler fanden am Ufer bei Tegeler See eine verrostete Bierflasche, in welcher sich eine Saffortarte der Union-Fabrik in der Greifswalderstraße befand. Auf der Rückseite der Marke fanden sich folgende mit Bleistift geschriebene Worte: „Ihr werdet uns finden als Leichen im Tegeler See bei Schafenberg, gleich hinter der Villa A. J. und B. W.“ Die von der Tegeler Polizeibehörde angestellten Ermittlungen haben bisher keine Klärung geschaffen.

Im wissenschaftlichen Theater der „Krania“ wird am Donnerstag der mit zahlreichen farbigen Bildern illustrierte Vortrag „Durch Dänemark und Südschweden“ wiederholt, am Freitag gelangt noch einmal der Vortrag „Im Lande der Winternachtsjonne“ zur Darstellung, während am Sonnabend der dekorativ und szenisch ausgestattete Vortrag „Die Feuergezeiten der Erde“ gehalten werden wird. Am Sonnabend findet außerdem eine Wiederholung des Vortrages „Am Golf von Neapel“ zu kleinen Preisen statt und zwar am Samstag 4 Uhr.

Feuerwehrbericht. Die plötzlich eingetretene große Hitze hat sofort zu einer Vermehrung der Alarmer geführt. In den meisten Fällen handelt es sich dabei um niedergedrückten Rauch, der nicht abzieht und viele Personen in den Glauben versetzt, daß eine Feuergefahr vorhanden ist. Am Montag wurde die Wehr aus diesem Anlaß mehr als sechsmal alarmiert. — Ferner wurde die Feuerwehr am Abend infolge einer Spiritusexplosion nach der Straußbergerstr. 30 gerufen. Eine Frau Brand wollte dort aus einer Kanne Spiritus zum Anzünden benutzen. Hierbei explodierte die Kanne, wobei die Kleider der Frau in Brand gerieten. Sie erlitt dabei Brandwunden zweiten Grades an beiden Händen und im Gesicht. Samariter der Feuerwehr ließen ihr die erste Hilfe zuteil werden. Gestern früh kam in einer Wäscherei in der Teitowstr. 23 Feuer aus, u. a. brannten dort Balken und Fußböden. Vor dem Hause in der Alten Leipzigerstr. 16 stand nachts eine Raubube in Flammen. Gleichzeitig mußte in der Neuen Königstraße 6 ein Brand gelöscht werden, der im Keller des rechten Seitensüßes ausgebrochen war. In der Schwedterstr. 50 brannten heute, in der Hochmannstr. 27 eine Wohnung, in der Eberwalderstraße 14 Heu, in der Zwinglstr. 16 Papier und anderes. Außerdem hatte die Wehr noch in der Dranienstr. 97a, Dirksenstr. 1, Eppendorferstr. 15, Musterstr. 38, Franzstr. 9, Frankstr. 55, Dandorferstr. 5, Potsdamerstr. 88, Große Frankfurterstr. 144 und an anderen Stellen zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Aus dem Irgarten des Reichverbandes.

Die „Groß-Lichterfelde Zeitung“, ein Blättchen, das unter dem finanziellen Schutz des Reichverbandes weiter vegetiert, bringt in ihrer Nummer vom 3. Mai d. J. folgendes

Eingekandt: „Neue Schamlosigkeit der sozialdemokratischen Nachhahler.“

Um einen Streit der Bauhandwerker mit Erfolg vorzubereiten, sind die jugendlichen Maurer usw. in Groß-Lichterfelde gezwungen worden, den Ort zu verlassen, und wurden 30 Mann angewiesen, nach Frankfurt a. O. zu reisen, um dort zu arbeiten.

Als sie das ihnen hierzu versprochene Reisegeld verlangten, wurde ihnen erwidert, man würde es ihnen in Frankfurt a. O. auszahlen!

Die betrieten Leute führen daher auf ihre Kosten dahin und forderten Ertrag des Fahrgeldes; dieses wurde ihnen mit dem Bemerkten abgelehnt, die Parteikasse sei erschöpft. Als sie Arbeit verlangten, erwiderte man ihnen, ja, Ihr könnt zwei Tage arbeiten, dann wird auch hier gestreikt!

Die 20 Mann entschlossen sich nun, zu Fuß nach Lichterfelde zurückzukehren; da sie sich aber bald wund gelaufen hatten, legten sie ihre Ersparnisse zusammen und fuhren mit der Bahn nach Hause.

Diese Behandlung ist noch schlimmer wie die russische Ansel und wie groß muß die Dummheit und Beschränktheit der Arbeiter sein, die sich von so ehrlosen Führern schikanieren lassen, ohne dagegen auch nur zu murmeln!

Ob die 20 wohl durch diese bittere Enttäuschung belehrt, eine richtige Ansicht über die sogenannten Singer-Jubelischen Freiheiten des Zukunftsstaates gewonnen haben werden? — Ich fürchte leider, nein!

Unter diesen Gemütskranken befand sich auch der Sohn einer armen Witwe, die natürlich das Reise- und Fahrgeld hergeben mußte und nun ihren Jungen ernähren und erhalten muß, da er auf „höheren“ Befehl heute wieder nicht arbeiten darf!

Ja, die sozialdemokratischen Nachhahler sind aber doch so anständig, — ihm zu gestatten, heute zu arbeiten, wenn er dafür „fünf Mark“ an die Kassenkasse zahlt! — Ein Pfaul solchen gefinnungslosen ausbeuterischen Führern!

Doch nicht in Lichterfelde allein herrschen solche himmelstreichende Zustände, überall, wo die rote Internationale ihre Rißpfeilspitze schwingt und Klauenfesseln legt, wird der gleiche Betrag dem betrieten arbeitenden Volke erpreßt, wenn es mag, am 1. Mai nicht nach der sozialdemokratischen Weise zu tanzen.

Auch in anderen Bezirken, a. B. bei Pörsch in Tege, usw.,

herrscht dasselbe Erpressungssystem, und Schreiber dieser Zeilen erübrigt von einem dort angestellten national gekundeten Arbeiter, daß man allgemein entrüstet über diesen Terrorismus und diese Vampyre in Menschengehalt sei; auch daß er beabsichtige, sich diesem entwürdigenden Zwange zu entziehen.

Wann endlich kommt ein Rächer diesem Volke, nicht geknechtet von dem so verurteilten Bürgertum, sondern von der roten internationalen Völkerbefreier! Sozialdemokrat! Hat denn das so mächtige preussisch-deutsche Reich und die Staatsanwaltschaft gegen diese gemeinen, ehrlosen Erpressungen wirklich kein Mittel, einzuschreiten, um die wirtschaftlich Schwachen zu schützen? Caveat consules!

Groß-Lichterfelde, 1. Mai 1907.

Franz Hertler, Hauptmann a. D.

Die völlige Verlogenheit dieser Sudelei erst noch nachzuweisen ist sicher nicht nötig. Es soll aber dem gebildeten Herrn Hauptmann Gelegenheit gegeben werden, vor Gericht seine gemeinen Beschimpfungen zu rechtfertigen und die Beweise für seine Behauptungen zu erbringen. Die Bürger aus dem „vornehmen Villenort“, die den Vorzug haben, als Richter zu fungieren, werden sich mit der Frage zu befassen haben, wie hoch die Ehre sozialdemokratischer Staatsbürger zu bewerten ist.

Das Urteil gegen Genossen Benzel als Richter genommen, wird dem Herrn Hauptmann sicher Gefängnis erlassen.

Wilmsdorf.

In der Generalversammlung des Wahlvereins gedachte vor Eintritt in die Tagesordnung der Vorsitzende Genosse Rieker der durch den Tod entrisenen Genossen Auer und Schweichel. Die Anwesenden ehrten das Andenken der Vorkämpfer in üblicher Weise. — Hierauf gab der Genosse Henkel den Bericht von der Kreisgeneralversammlung in Jehlendorf, welcher debattiellos entgegengenommen wurde. Anschließend hieran erstattete der Kassierer Gaddäus den Kassensbericht vom 1. Quartal. Durch das Zusammenkreuzen zweier Baisten, der Stadtverordneten- und Reichstagswahl, wurden an die Kasse hohe Anforderungen gestellt, wobei sich der Opfergeist der Genossen in bekannter Weise bewährt hat. — Rummehr wurde die in der letzten Mitgliedserversammlung vertagte Diskussion über den Ausfall der ersten Stadtverordnetenwahlen, in Verbindung mit den Reichstagswahlen, wieder aufgenommen. Eingangs derselben wies der Vorsitzende darauf hin, daß in der vorigen Versammlung unter anderem auch der bekannte Artikel des Genossen Heinrich Braun in der „Neuen Gesellschaft“ in die Debatte einbezogen und der Ausschluß des Genossen Braun aus der Partei verlangt wurde. Da nun Genosse Braun Mitglied des örtlichen Vereins sei, so habe sich inzwischen der Vorstand unter Hinzuziehung des Angeklagten mit dieser Angelegenheit eingehend beschäftigt, und sei zu dem Resultat gekommen, daß das in dem gegen den „Vorwärts“ gerichteten Artikel Gesagte nicht ausreiche, um das Ausschlußverfahren mit Erfolg zu beantragen. Der Vorstand habe sich deshalb nach einer scharfen Aussprache auf folgende Resolution geeinigt und empfehle sie der Versammlung zur Annahme:

Die Versammlung bedauert, daß kurz nach den Reichstagswahlen, nachdem ein Zusammenschluß aller Kräfte notwendig war, durch einen, nicht in allen Teilen, besonders aber in der Form nicht zu rechtfertigenden Angriff des Genossen Braun gegen den „Vorwärts“ Streit und Zwiespalt unter die Genossen getragen wurde. Die Versammlung erwartet von dem Genossen Braun, daß er sich in Zukunft etwas mehr Takt auferlegt und die in der Partei übliche Disziplin beobachtet.

Der erste Diskussionsredner Genosse Redakteur Wilhelm Schröder verzeigte sich in ausführlicher Weise über den Ausfall der Reichstagswahlen, und streifte nur ganz kurz die Stadtverordnetenwahlen und die Angelegenheit Braun kontra „Vorwärts“. Er ist der Ansicht, daß Braun dem „Vorwärts“ zu seinem Angriff — den Redner auch nicht guheißt — wohl etwas provoziert worden sei. Im übrigen sei die Haltung des Zentralorgans während des Wahlkampfes tadellos gewesen und habe eine reiche Quelle von Agitationsstoff geboten. Genosse Gladigow wandte sich zunächst scharf gegen das Verhalten des Genossen Braun und meinte, seine angeblichen Verbesserungsansätze, sein Hinweisen auf vermeintliche Mißstände innerhalb der Partei würde der Partei mehr schaden wie nützen. Vor allem möge sich Braun etwas mehr an positiver Parteiarbeit beteiligen. Genosse Braun wendete sich des längeren gegen die vom Vorstand empfohlene Resolution. Wenn man ihn darin tadelt, so soll man nicht vergessen, auch dem „Vorwärts“ einen Tadel auszusprechen. Nur durch dessen fortgesetzte Angriffe gegen ihn, in denen er ein Geschichtssozialist, ein unbezahlter Helfershelfer des Reichsländerverbandes genannt wurde usw., sei er geradezu provoziert worden, habe sich aber bei allen Angriffen eine große Reserve auferlegt, nur wenn es zu toll wurde, habe er geantwortet, aber nicht um seine Person zu retten, sondern um der Partei willen. Schon jahrelang habe er die Wahrnehmung gemacht, daß das Zentralorgan nicht auf der geistigen und moralischen Höhe stehe, auf der es seinen Aufgaben gemäß stehen sollte. Und da er durch seine berechtigte Kritik verbessern wolle, heißt es: der Jude muß verbannt werden. — Die folgenden Redner Genossen Radtke und Hilbig verurteilten in lebhafter und äußerst scharfer Weise das Verhalten des Genossen Braun in der Versammlung, nachdem zuvor in der Vorstandssitzung eingehend nach allen Seiten hin eine Aussprache stattgefunden habe. Genosse Henkel ging ebenfalls mit der von Braun beliedeten Kampfsweise scharf ins Gericht und forderte ihn mit eindringlichen Worten auf, doch endlich damit aufzuhören, unseren Feinden sorgelegt Waffen zu liefern. Der letzte Redner Genosse Rieker nahm u. a. Bezug auf einige von Braun in der Debatte gefällene Äußerungen, die Widersprüche enthalten sollen. So habe Braun in der Vorstandssitzung betont, daß die frühere „Vorwärts“-Redaktion all die moralischen und intellektuellen Eigenschaften seien, die die Führung in der Partei zu übernehmen. Bekanntlich sei aber bis zum November 1905 die von ihm so gelobte alte Redaktion am „Vorwärts“ tätig gewesen. Redner betonte, daß mit der Haltung der jetzigen „Vorwärts“-Redaktion die Instanzen von Groß-Berlin einberufen sind, und daß sie auch die Antwort des „Vorwärts“ auf den Braunschen Artikel gutgeheißen haben. — Die vom Vorstand empfohlene Resolution gelangte hierauf zur Annahme.

Zum Schluß machte Genosse Rieker noch auf die Reorganisation des Kreises Teikow aufmerksam und gab den neuen Organisationsplan für den weit ausgedehnten Kreis bekannt. Ferner wies er auf den am Freitag, den 10. Mai, abends 8 Uhr, in Steglitz, bei Schellhase, beginnenden neuen Kursus der Arbeiterbildungsschule hin.

Friedenau.

Ein Baueinsturz, dem leider auch ein Menschenleben zum Opfer fiel, ereignete sich gestern auf dem Grundstück Kaiserallee 79 in Friedenau nahe am Kirchplatz. Dort wird auf dem dem Architekten Ad. Ewald in Friedenau und C. Rais, Zimmermeister in Schöneberg, gehörigen 88 gehörigen Terrain ein Neubau ausgeführt, der bis zur 4. Etage fertiggestellt ist und in den nächsten Tagen gerichtet werden sollte. Dagegen wird das Nachbargrundstück, Kaiserallee 78 — Eigentum des Maurermeisters G. Wainner — zurzeit bebauter Neubaus abgebrochen, zu welchem Zwecke in den letzten Tagen die Fundamente freigelegt wurden. Gestern früh kurz vor 7 Uhr stürzte plötzlich die Link von dem Abbruchgrundstück etwa 10 Meter entfernte Ecke des Neubaus, alle Balken und Eisenbefestigungen mit sich in die Tiefe reichend, zusammen. Leider wurde unter den Trümmern auch der Bauarbeiter Otto Granwald aus Charlottenburg, Gesellsohnstr. 37, begraben, der sich bebauter Fußboden von Baumaterialien früher als die Maurer auf dem Bau erlösen mußte. Granwald konnte erst nach längeren Bemühungen bewußlos unter den Trümmern herbeigezogen werden. Er hatte mehrere Schädelbrüche und sonstige Ver-

letzungen erlitten und kam erst bei Anlegung eines Notverbandes auf der Sanitätswache am Markt, wobei man ihn getrogen hatte, noch so weit zur Besinnung, daß er seine Wohnung angeben konnte, worauf er auf dem Transport nach dem Krankenhaus Groß-Lichterfelde starb. Als ein Glück darf es bezeichnet werden, daß die zahlreichen anderen Arbeiter den Bau noch nicht betreten hatten, als sich der Unfall ereignete, da sonst jedenfalls mehrere unter ihnen ihr Leben eingebüßt hätten. Die Friedenauer Bauinspektion erschien bald darauf an Ort und Stelle, um die polizeilich abgesperrte Unfallstätte zu besichtigen.

Steglitz.

Stichwahl im ersten Bezirk — das ist leider abermals das Ergebnis der vorgestrigen Gemeindevahl, trotzdem wir gegen die Hauptwahl des Vorjahres einen, allerdings nur mäßigen, Stimmzuwachs zu verzeichnen haben. Mit unserer Stimmzahl stehen wir an erster Stelle mit 806, Mieterverein 462, Hausbesitzer 223; an der absoluten Mehrheit fehlen uns demnach 45 Stimmen. In der Stichwahl des Vorjahres brachten wir 684 Stimmen auf, es hätte demnach ein leichtes sein müssen, im ersten Wahlgang unseren Kandidaten durchzubringen, wenn nicht ein großer Teil Arbeiter abermals der Wahl ferngeblieben wäre. Der Verlauf des Wahlaktes war im Gegenstoß zum vorigen Jahre ein sehr ruhiger, was darauf zurückzuführen ist, daß an Stelle des Gemeindevorstandes Puhtow der Schöffe Dr. Behendorf als Wahlvorsteher amtierte. Die Genossen Krause und Dräger waren Beisitzer. Im zweiten Bezirk hätten wir es bei regerer Agitation ebenfalls zur Stichwahl mit dem Mieterverein bringen können, während jetzt Leherer mit dem Hausbesitzerverein zu kämpfen hat. Der Mieterverein hat also den Kampf nach zwei Fronten zu führen: im ersten Bezirk gegen die Sozialdemokratie, im zweiten gegen die Hausbesitzer. Da er uns ohne Hilfe der Hausbesitzer nicht besiegen kann, kann man einermühen gespannt sein auf seine Wahlakt. — Unseren Genossen stehen nun nochmals arbeitsreiche Tage bevor. Es gilt die Reserven, die noch vorhanden sind, heranzuziehen, um in der Stichwahl ein günstigeres Resultat zu erzielen.

Rixdorf.

Der städtische Omnibus fährt von dem heutigen Tage ab durch die Erbkstraße. Wir bitten die Leser davon Notiz zu nehmen.

Von einem Tobsuchtsanfall ergriffen wurde der in der Zulastraße wohnende Schriftsetzer H. Auf Anordnung des Arztes, der bei dem Kranken u. a. auch Bleivergiftung konstatierte, wurde er nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. Seine Ueberführung hatte leider einen tödlich verlaufenden Unfall zur Folge, indem beim Passieren des Hermannplatzes ein etwa sechsjähriges Mädchen von dem Krankenwagen erfasst und so unglücklich unter die Räder geschleudert wurde, daß der Tod alsbald eintrat.

Weißensee.

In geheimer Sitzung der Gemeindevorstellung wurde der unlangst beendete Krankenlokalisationsplan nochmals besprochen; es ist geradezu verwunderlich, daß der in der breitesten Öffentlichkeit ausgetragene Streit nunmehr das Geheimniskabinett beschäftigt. Zur Tagesordnung stand: Beschlussefassung über die Bewilligung von Entschädigungen an die früheren kommissarischen Verwalter der Ortskrankenliste. Dieselben hatten für sich die im Statut ausgeworfene Entschädigung für den Vorstehenden in Anspruch genommen mit ausdrücklicher Genehmigung der Aufsichtsbehörde und das war der frühere besoldete Schöffe Dr. Pope. Eine im November vorigen Jahres stattgehabte Generalversammlung sagte den Beschlus, das erhobene Geld der Kasse wieder zurückzuführen, da nach dem Statut nur für entgangenen Arbeitsdienst an den Vorstehenden eine Entschädigung gezahlt wird. Dies sei bei den kommissarischen Verwaltern nicht der Fall, da diese als Kommunalbeamte ständiges Gehalt bezögen, ohne Rücksicht auf eine eventuelle Mehrarbeit. Ferner wurde auch festgestellt, daß die Kassengehälter während ihrer Dienstzeit mit erledigt wurden. Von dem Beschlus der Generalversammlung erhielt die vorgesehene Behörde Kenntnis. Der Regierungspräsident hatte dem auch verfügt, daß die Kommisare den zu Unrecht erhobenen Betrag von 371,90 M. an die Ortskrankenliste wieder abzuführen haben. In der Verfügung heißt es ausdrücklich „Herr Dr. Pope wie auch Herr Dr. Albert hätten Kenntnis davon haben müssen, daß die Annahme von Bezügen nach § 45 des Krankenversicherungsgesetzes unzulässig ist“. Beide Juristen müssen sich also von Laien belehren lassen. Die Kommisare, Herr Sekretär Kühne wie der juristische Hilfsarbeiter Dr. Albert lehnten eine Rückvergütung ab, da ihnen der Dezernent der Kasse, Herr Dr. Pope, das Honorar angewiesen habe und auch das Geld längst herausgibt sei. Nun wäre es doch richtig gewesen, daß Dr. Pope regreppflichtig gemacht wurde, was von sozialdemokratischer Seite auch beantragt war. Besonders Herr Fabritant Kasse, ein früherer Gegner des besoldeten Schöffen, trat warm dafür ein, die Kosten der Gemeinde aufzubahlen, denn Herr Dr. Pope habe bestimmt in gutem Glauben gehandelt, an dem ganzen Konflikt habe nur der frühere Vorstehende der Kasse schuld, der jetzt sogar von seinen eigenen Genossen abgesetzt sei. Die übrigen Redner standen mehr oder weniger auf dem verträglichen Standpunkt, man wolle den Augenstehenden nicht noch mehr Geprüchstoff geben; also aus dem Steuersäckel erhalten die beiden Kommisare ein Geschenk von 371,90 M., was sie an die Ortskrankenliste wieder abzuführen haben. — Kurz vorher leistete man auch Bericht auf die Hälfte des Gehalts für Ronat März an Dr. Pope im Betrage von 187,50 M. Nach dem Disziplinargesetz steht den im Verfahren befindlichen Beamten nur die Hälfte des Gehalts zu, für Ronat März war das Gehalt bereits erhoben, aber des lieben Friedens willen leistet man Verzicht. Die Steuerzahler haben somit „nig zu seggen“, das Geheimniskabinett befindet, die Öffentlichkeit ist ausgeschlossen.

Zeuthen.

Im Betriebe der Berliner Maschinenbau-Aktiengesellschaft vormals L. Schwarzkyff, Werk Bildow, ereignete sich gestern abend 1/8 Uhr ein entsetzlicher Unglücksfall, dem der Arbeiter Kroll aus Königs-Wusterhausen zum Opfer fiel. Kroll war mit anderen zusammen damit beschäftigt, den Deckel eines Schleusenfassens, eine Eisenplatte von enormem Gewicht, vermittels eines Kranes zu heben und umzudrehen, als die am Kran hochgemundene Platte von oben herabstürzte, dem Kroll zunächst die Beine zerstückelte und alsdann denselben vollständig unter sich begrub.

Der Bedauernswerte wurde entsehtlich zugerichtet und starb bereits auf dem Transport von der Unfallstätte in der Respektmiede nach der Vorsterloge. Der Verunglückte hinterläßt vier unermwachte Kinder. Dem Vernehmen nach soll das Unglück darauf zurückzuführen sein, daß zur Befestigung der Platte an dem Kran eine defekte Schraubzwinge verwendet wurde.

Der Bruch der Spindel verursachte das Herabstürzen der Platte. Große Erregung unter den Zeugen des Vorfalles erregte der Transport des Schwerverletzten auf der fahrbaren Tragbarke. Es wurden bittere Betrachtungen darüber angestellt, daß für Feuerweh, für Mühl und andere Sachen so große Aufwendungen gemacht werden, daß aber für bessere Krantransportmittel kein Geld vorhanden sei; trotzdem fast in jeder Betriebsversammlung das Verlangen danach gestellt worden sei.

Berichts-Zeitung.

Der Säbel des Schuhmanns.

Schwere Ausschreitungen eines Schuhmanns, bei welchen mehrere Personen durch Säbelhiebe verletzt wurden, lagen einer Anklagesache zugrunde, die gestern zum zweiten Male vor der 4. Strafkammer des Landgerichts II zur Verhandlung kam. Wegen Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeuges mußte sich der

frühere Unteroffizier

im 1. Garde-Dragoon-Regiment Hermann Schwirk veranwortwortet. Der Angeklagte hat zwei Jahre als Rekrut gedient und hatte sich dann als

Freiwilliger für den China-Feldzug

gemeldet. In diesem zeichnete er sich mehrfach aus und wurde mit der Dienstauszeichnung zweiter Klasse dekoriert. Seine Vorgesetzten schilderten ihn stets nur als einen nüchternen und ruhigen Menschen, der stets seine Pflicht tat. Wie der Angeklagte behauptete, habe er unter dem Einflusse der Hitze und der Strapazen des Feldzuges sehr gelitten, so daß sich allerlei Beschwerden bei ihm bemerkbar machten. Am 16. Dezember 1905 trat der Angeklagte als Probist bei der Berliner Schuttmannschaft ein und wurde dem 6. Polizeirevier in Rixdorf zugeteilt. Am 26. Februar v. J. war er von 10 Uhr abends als dienstfrei, nachdem er zuvor Nachtdienst gehabt hatte. In Gemeinschaft mit zwei ebenfalls dienstfreien Kollegen suchte er ein Lokal auf, in welchem eine nicht unerhebliche Menge Alkohol

in Form von Schnaps und Bier konsumiert wurde. Während seine Begleiter gegen 12 Uhr den Heimweg antraten, suchte S. noch ein zweites Lokal auf, in dem er mit mehreren Zivilisten weiterkneipete. Als er schließlich wieder auf die Straße kam, veranlagte seine Beine den Dienst, er schwankte hin und her und klammerte sich schließlich an einem Laternenpfahl fest. Der Anblick des

total berauschten Schuttmannes

lockte eine größere Anzahl Nachtschwärmer herbei, die dem im Sidjakkurs vorwärtsstrebenden S. allerlei kleine Liebens-

würdigkeiten zuriefen. Da seinzeit gerade die Hennigjagd sehr aktuell war, riefen ihm mehrere Wigbolde zu:

„Sie wollen wohl heute noch Hennis'n kriegen?“ und „Sie, Hennis hat wohl was zum besten gegeben?“ Durch diese Hänseleien wurde der Angeklagte derartig erregt, daß er plötzlich seinen

Säbel herausriß

und einem der Nächststehenden einen Säbel herausschlug. Als er sich mit erhobenem Säbel auf mehrere andere Personen stürzen wollte, liefen diese in schleuniger Flucht davon. Der Angeklagte lief hinter einem Manne her, bis er ihn aus den Augen verlor. Als S. in die Wiesenstraße einbog, bemerkte er hier vor einem Hause den

Schachtmeister Böhme,

der gerade die Haustür aufschließen wollte. Obwohl B mit der ganzen Sache nichts zu tun hatte, stürzte sich der Angeklagte auf ihn und verfehlte ihm einen wichtigen Säbelhieb über den Kopf,

so daß B. blutüberströmt zusammenbrach. Schließlich wurde S. von zwei anderen Schuttmännern festgenommen und zur Wache gebracht. — Diese Angelegenheit hatte schon einmal das Strafgericht beschäftigt und zwar wurde Schwirk seinerzeit von der 9. Strafkammer des Landgerichts I zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Hiergegen legte die Staatsanwaltschaft Revision ein, woraufhin das Reichsgericht das Urteil aufhob. In der gestrigen Verhandlung hielt Staatsanw. Meißner Dr. Horn mit Rücksicht auf das gewalttätige

Vorgehen des Angeklagten eine Gefängnisstrafe von fünf Monaten für angebracht. Die Strafkammer erkannte wiederum wie in der ersten Instanz auf 3 Monate Gefängnis.

Eingegangene Druckschriften.

Süddeutscher Postillon Nr. 10 enthält als farbige Titelfarbe den ergötzlichen Hohlberichter Nr. 1. Auf dem einen der gemalten Titelbilder sehen wir die Großmächte der Welt mit mächtigen Bewölbern den freien Weg zum ewigen Frieden erklimmen, im anderen Bild zeichnet D. B. zwei treuherzige Reichspostherren aus Bayerns Hochland, das Schlachtfeld ist eine köstliche Parodie auf unseren trefflichen Reichstag: Paradenmarsch der Panzerregimente in der Wüste. An der Spitze des letzten Anfalls steht G. H. Gedicht: Robert Schwegel f. Besatz in Hamburg (Weh.) — Der Journalistenfreitag im Reichstag. — Verteidigungsrede für Nestle v. Saitlamer (Weh.) — Beise aus Sachsen. — Das Glück der Ährlein. — Carmen Silvia (Weh.) — Die Nummer ist voll Weh und aufbedender Satire. Preis vierteljährlich 65 Pf., die Nummer 10 Pf.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 16, Aufgang 4, eine Treppe (Kandelschleife) Besprechungs- und Besprechungs-101, wochentags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gestern 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Auftrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Verzeichnis beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Marktbreit. Wenn Sie weder im Jahre 1905 noch 1906 die betreffende Forderung anerkannt haben, so liegt Berührung vor. — D. Debus 23. Wenn Sie sich an den Verband der Schneider, Köpfermeister 126. — G. H. 48. Ja. — G. H. 22. Der Gehalt zivilischen Cousins und Cousins, Onkel und Nichte, Tante und Neffe steht ein gesetzliches Hindernis nicht entgegen. — Plantagenstraße 100. Zollhof, Götterstraße 53, und Dr. Bernheim, Blücherstraße 61, sind Mitglieder der Ballenredaktion. Wenn Sie sich an einen derselben. — St. 99. 1. Einen Erbschein müßten Sie haben. 2. Wenn Sie in diesem Jahre aus der Landeskirche austreten, so haben Sie vom 1. Januar 1906 ab Kirchensteuer nicht mehr zu zahlen. — M. D. 1000. 1. Ja. 2. Nein. — C. Rein.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Rittwoch, den 8. Mai. Anfang 7 1/2 Uhr. Sgl. Opernhaus. Salome. (Anfang 8 Uhr.) Sgl. Schauspielhaus. Was ihr wollt. Neues Sgl. Opernhaus. Wiener Blut. Deutsches. Robert und Bertram. Kammerstücke. Kräftiges Gewächs. Anfang 8 Uhr. Neues Schauspielhaus. Hertha Hochzeit. Schiller O. (Wallner-Theater.) Narrenlang. Schiller-Theater Charlottenburg. Heimat. Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Am grünen Weg. Berliner. Staatsanwalt Alexander. Bestung. Die verurteilten Glode. Zentral. Die Nachtigall. Baters Ebenbild. Kleines. Ein Healer Gatte. Neues. Der Dieb. Vorburg. Opernaufführung des Sternschen Konservatoriums. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Weiden. Die lustige Witwe. Refidenz. Haben Sie nichts zu verzollen? Lustspielhaus. Duferentlicher. Thalia. Wo die Liebe hinwinkt. Puffen. Das Mädchen ohne Ehre. Trionon. Al. Jolette — meine Frau. Bernhard Roie. Auf dem L. Metropol. Der Teufel lacht dazu. Gebr. Herrnsfeld. So lebe das Nachleben. Vorher: Die Welt geht unter. Wintergarten. La Tortajada. Spezialitäten. Apollo. Der lustige Witwe. Spezialitäten. Kasino. Geht auf Probe. Spezialitäten. Walhalla. Spezialitäten. Folies Caprice. Eine Nacht in der Apotheke. Palast. Geschlossen. Reichshallen. Stettiner Sänger. Urania. Fandantische 48/49. Abends 8 Uhr. Durch Dänemark und Südschweden. Sternwart. Invalidenstr. 57/62.

Ferdinand Bonns

Berliner Theater. Zum ersten Male: Staatsanwalt Alexander. Anfang 8 Uhr. Donnerstag, Sonnabend: Staatsanwalt Alexander. Freitag: Die Sittensnote.

Neues Schauspielhaus

Mittwoch, den 8. Mai: Hertha Hochzeit. Anfang 8 Uhr. Vorgen: Alt-Heidelberg. Anfang 7 1/2 Uhr.

Neues Theater.

Anfang 8 Uhr. Der Dieb. Vorgen und folgende Tage: Der Dieb.

Kleines Theater.

Abends 8 Uhr zum 197. Male: Ein idealer Gatte. Donnerstag: Ein idealer Gatte. Freitag: Eine triviale Komödie für ferliche Leute (Sunbury). Sonnabend: Ein idealer Gatte.

Lustspielhaus.

Sommerprelle. Abends 8 Uhr: Sufarenfieber.

Urania.

Wissenschaftliches Theater. Abends 8 Uhr. Durch Dänemark und Südschweden.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich nachm. 4 Uhr: Gr. Militär-Konzert. Eintritt 1 Mk. von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder unt. 10 Jahren die Hälfte.

Lortzing-Theater

Belleallianestr. 7/8. Rittwoch, den 8. Mai, um 7 1/2 Uhr: Opernaufführung des Sternschen Konservatoriums: Der Diavolo, zweiter Akt, Gänfel und Gretel, ganze Oper. Kommenents gültig! Donnerstag: Fabels.

Zentral-Theater.

Anfang 8 Uhr. Zum 5. Male: Die Nachtigall aus dem Bäckergang. Volkstheater in 3 Akten v. Jul. Einde. Vorher: Baters Ebenbild. Bauernkomödie in 1 Akt v. B. Friede. Täglich: Dieselbe Vorstellung.

Schiller-Theater N.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Abends 8 Uhr: Am grünen Weg.

Luisen-Theater

Reichenbergerstr. 34. Abends 8 Uhr: Das Mädchen ohne Ehre. Vorgen: Das Mädchen ohne Ehre.

BERNHARD ROSE THEATER

— St. Franziskanerstr. 182. Gastspiel Käthe Wille-Bach. Busch-Viedl. Vorgen (Himmelfahrtstag) bei Sommerprellen: Die Geier-Walch.

Residenz-Theater.

Direktion Richard Alexander. Anfang 8 Uhr. Haben Sie nichts zu verzollen? Schwank in 3 Akten v. H. Hennequin und B. Weber. Robert de Trivelin: Rich. Alexander.

Apollo Theater

8 Uhr: Die neuen Spezialitäten 9 Uhr: Merians Hunde. Bauern-Theater: Ein treuloses Weib. 9 1/2 Uhr:

Hartstein

mit seinem glänzenden Schläger: Der lustige Witwe. 1. Bild: Das letzte Mal. 2. Bild: Die Folgen davon.

Walhalla-Variete-Theater

Reichenbergerweg 19/20, Kolonnen-Platz. Heute abend 8 Uhr: Der grüne Teufel. Sensations-Pantomime.

5 Jungmanns.

Drachfisch. 12 neue Spezialitäten 12 Im Tunnel: Frei-Konzert.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Rittwoch, abends 8 Uhr: Narrenlang. Ein Spielmannsdrama in 4 Akten von Rudolf Kittner. Donnerstag, nachm. 3 Uhr: Maria Stuart. Donnerstag abends 8 Uhr: Kabale und Liebe. Freitag, abends 8 Uhr: Heimat. Schiller-Theater Charlottenburg. Rittwoch, abends 8 Uhr: Heimat. Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann. Donnerstag, nachm. 3 Uhr: Die Braut von Messina. Donnerstag abends 8 Uhr: Wilhelm Tell. Freitag, abends 8 Uhr: Narrenlang.

„Zum Sportshaus“

Empfehle mein herzlich am Krosinsee und Hochwald gelegenes Lokal den werten Vereinen, Gewerkschaften, Familien und Gesellschaften zu Dampferausflügen. Zwei große Säle, Regelmäßige, Kaffeehäuser und Kaffeebelustigungen aller Art. Um baldige Anmeldung bittet Max Mörschel. Avis! Auch in diesem Jahre findet am Himmelfahrtstag (9. Mai) vorm. 9 1/2 Uhr, ab Station Kahal & Hertzler, Stralauer Brücke, die beliebte Extra-Dampferfahrt mit Musik nach meinem Lokal statt. Herrenpartien und kleine Gesellschaften mit Damen, welche sich daran beteiligen wollen, erhalten Billets a Person 50 Pf., Kinder 30 Pf. bei den Gastwirten Notkamp, Stralauer Brücke 4, Werder, Stralauer Brücke 4, Notkamp, Stralauer Brücke 6, und bei mir. Der großen Nachfrage wegen bitte Billets schon vorher zu befragen. 47182*

Wohin geht unsere Herrenpartie? — Koch

Restaurant „Café Ruhwald“, Waltersdorfer Schleuse. Donnerstag, den 8. Mai cr. (Himmelfahrt): Gr. Schlachtfest. Spezialität: Frische Wurst. Zwei neue verdeckte Verbandsstegebahnen. Avis! Empfehle mein Lokal zu den bevorstehenden Dampferpartien etc. unter kulantesten Bedingungen! 48332* Um zahlreichen Besuch bittet Heimpracher: Griner Nr. 12, Hermann Palm.

Metropol-Theater

Anfang 8 Uhr. Der Teufel lacht dazu. Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz. Massary. Ernani. Bender. Giampietro. Josephi. Raubden überall gestattet. Sonntag, 12. Mai, nachm. 3 Uhr: Auf in's Metropol.

WINTERGARTEN

La Tortajada. Neues Programm. Trianon-Theater. Heute und folgende Tage: Fräulein Josefie — meine Frau. Anfang 8 Uhr. W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Hill. Brannenstr. 16. Heute: Geschlossen. Donnerstag zum ersten Male: Des Goldschmieds Tochterlein. Altdeutsches Sittengemälde v. C. Blum. Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.

Gebr. Herrnsfeld-Theater

Anfang 8 Uhr. Vorher: Es lebe das Nachleben! Folgen einer Sedars-Ähre in 2 Akten von Anton und Donat Herrnsfeld mit den Intonoren in den Hauptrollen. Vorher: Neu bearbeitet: Die Welt geht unter! Schwank in einem Akt von Anton u. Donat Herrnsfeld.

Gebr. Herrnsfeld-Theater

Anfang 8 Uhr. Vorher: Es lebe das Nachleben! Folgen einer Sedars-Ähre in 2 Akten von Anton und Donat Herrnsfeld mit den Intonoren in den Hauptrollen. Vorher: Neu bearbeitet: Die Welt geht unter! Schwank in einem Akt von Anton u. Donat Herrnsfeld.

Neues Programm.

Trianon-Theater. Heute und folgende Tage: Fräulein Josefie — meine Frau. Anfang 8 Uhr. W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Hill. Brannenstr. 16. Heute: Geschlossen. Donnerstag zum ersten Male: Des Goldschmieds Tochterlein. Altdeutsches Sittengemälde v. C. Blum. Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.

Stadt-Theater Moabit

All-Moabit 47/49. Gastspiel Berns. Rose & Theater. Letzte Vorstellung der Saison. Winternutzung des Dir. B. Rose. Die Blinde von Paris. Drama in 5 Akten. Aufführung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr. Billetverkauf bei Krüger u. Oberdel, Turm- und Gassenhagen, 64, und im Theaterkassenzettel.

Otto Pritzkow.

Münzstr. 16. Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis) Theater lebender Photographien. Der Untergang des Dampfers „Berlin“. 168 Tote, 12 Gerettete. Den ganzen Tag Vorstellung.

Folies Caprice

Münzstr. 132, an der Friedrichstr. Täglich abends 8 Uhr: Eine Nacht in der Apotheke und Im Inspektionszimmer. Vordenlauf an der Theaterkassette und bei Bertheim.

Prater-Theater

Kastanien-Allee 7-9. Großartiges Spezialitäten-Programm. Schönstes Sommer-Varietés Berlin. Konzert und Ball. Anfang 8 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf., min. Platz 50 Pf.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger. Anf. wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Reichshallen-Restaurant. Militär-Konzert.

Sanssouci

Kottbuser Dichtung Wilhelm Reimer. Sonnt. Konz. Donnerst.: Hoffmanns Norddeutscher Sänger. Sonnt. 8 1/2, wochent. 8 u. Vorgen, Himmelfahrtstag: Große Extra-Elite-Soiree von Hoffmanns Nordd. Sängern. * Frühlings-Frühchen. *

Gustav Behrens-Theater.

Berlin W., Goltzstraße 9. Das herrliche Mal-Programm. Neu! Thomas Betsy Compagnie. (Fr. amerikan. Exzentric-Pant.) Neu! Handwerkerstreit. Wauer (Büste), Zimmermann (Dr. Gust. Behrens), Kaiser (W. Sander), Kaiser (Duo Brüd.), sowie die andern erstklassigen Spezialitäten. 2. Schluss die tolle Lustspiel-Operette: Meschuckmann im Sündenpflanz Berlin. Anfang 8 Uhr, Sonntags 6 1/2 Uhr.

Gebr. Herrnsfeld-Theater

Anfang 8 Uhr. Vorher: Es lebe das Nachleben! Folgen einer Sedars-Ähre in 2 Akten von Anton und Donat Herrnsfeld mit den Intonoren in den Hauptrollen. Vorher: Neu bearbeitet: Die Welt geht unter! Schwank in einem Akt von Anton u. Donat Herrnsfeld.

Steidl-Theater.

Bückonstr. 2 (a. d. Gamm-Dr.) 9 1/2 Uhr: Duran Diebendrin. Anfang 8 Uhr. Vorher: Konzert. Tageskasse 11-9 Uhr. Sonntags 11 bis 9 Uhr: Frühshoppen-Konzert Steidl-Restaurant (Warten). Entree (reit. Dyberak)-Konzert. Vorzügliche Küche!

Teilzahlung

monatlich 10 Mk. Befere Horren-Gardere nach Maß (billigste Preise). Lindenstr. 110. 2. Etage. Süße Bellesmanerker. Kaffe 10%, billiger.

Hüte in allen Preislagen.

R. Weidner, Hutmacher Dresdenersl. 100, Prinzestr.

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein

Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.

Touren

Donnerstag, den 9. Mai: 2. Abt. früh 6 1/2 Uhr nach Bernau (Rechnitz), verbunden mit der Herrschaft des Handels- und Transportarbeiter-Verbandes. Start: Grenzplaner. 3. Abt. früh 6 Uhr nach Fürstentwale (Schloßkellerer). Nachmittags 1 Uhr nach Rohnsdorfer Wähe (Klein). Start: Mariannenplatz. 4. Abt. früh 6 Uhr Herrschaft nach Erfner und Umgebung. Nachmittags 4 1/2 Uhr nach Friedrichshagen (Gefäßhalsbühnen). Start: Kürtner Platz. 5. Abt. früh 3 Uhr Herrschaft (nur für Herren). Bahn wird am Start angegeben. Nachmittags 1 Uhr nach Bernau (Elysum). Start: Elysum. 6. Abt. mittags 12 Uhr nach Straußberg (Hummiger Wolf). Start: Genossenschaft, Oberbergerstr. 30. 7. Abt. früh 7 Uhr nach Rauen (Schüppenhau). Nachmittags 1 1/2 Uhr nach Hafenselbe. Start: Grenzstr. 21. 8. Abt. nachmittags 1 1/2 Uhr nach Königsühle. Start: Schillingstr. 22. Rummelsburg früh 5 Uhr nach Werder. Start: Gorga.

Sonntag, den 12. Mai:

2. Abt. früh 10 Uhr nach Friedersdorf. Nachmittags 1 1/2 Uhr nach Müggelheim. Start: Fontane-Gromenade 15, Ede Blücherstraße. 4., 6., 8. Abt. früh 5 1/2 Uhr nach Werder (Baumbühnen). Nachmittags 1 1/2 Uhr nach Seehofen (Wald). Start: 4. Kürtner Platz. 6. Genossenschaft, Oberbergerstraße 30. 8. Waldstr. 8 (Wähe). 3. Abt. früh 6 1/2 Uhr nach Sperenberg-Bossen (Schlemke). Nachmittags 1 Uhr nach Großheerren (Nichtenwälden). Start: Mariannenplatz. 5. Abt. früh 5 Uhr nach Beitz. Nachmittags 1 Uhr nach Wadom. Start: Elysum. 9. Abt. nachmittags 1 1/2 Uhr nach Rorshorst (Waldhölle). Start: Schillingstr. 22. Die Abteilungen - Sitzungen der 2. Abteilung finden jeden 1. und 8. Rittwoch im Monat im Lokale von Herrn R. v. Fontane-Gromenade 15, Ede Blücherstraße statt. Nächste Sitzung: 15. Mai.

Montag, den 13. d. Mt., abends 9 Uhr:

Vorstands - Sitzung

bei Basse, Kösterstr. 101. Den werten Bundesgenossen zur gefälligen Beachtung, daß die Geschäftsstelle der Produktion und Einkaufs-Genossenschaft an den beiden Freitagstagen geschlossen ist.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Nicht an Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Steppdecken

billigt direkt in der Fabrik 79. Wallstr. 79. wo auch alle Steppdecken aufgearbeitet werden. Bernhard Strohmänder, Berlin S 14. Muster-Katalog gratis.

Verleih-Institut:

Friedrichstr. 115 1/2, a. Orabg. — Tor. Reg. Grad. Gehrod 1,50, Dose 1,00, Beste 60 Pf. Frack

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: **Verwaltungsstelle Berlin.** Haupt-Bureau: Hof I. Amt III. 1939. Charitéstraße 3. Hof III. Amt III. 1987.

Montag, den 13. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Saale der Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain Nr. 16/23:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Kassenbericht vom 1. Quartal 1907 und Bericht der Revisoren.
2. Diskussion über die zur Generalversammlung in München gestellten Anträge.

Ohne Mitgliedsbuch hat niemand zur Versammlung Zutritt.

Die Zahlstelle von Kaufant, Zigarrengeschäft, Voltastraße 45/46, ist verlegt worden zu dem Restaurateur Julius Wendt, Voltastraße Nr. 41.

Die Ortsverwaltung.

118/3

Nathan Wand

129 Stalhoferstr. 129.
Die schönsten
Herren-Sommer-Palats
und Anzüge
Monats-Garderobe
von Pariseren getragenen Sachen,
fast neu, für jede Figur passend,
speziell durchgemessen und in
großer Auswahl stets zu staunend
billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand
129 Stalhoferstr. 129.
Hochachtungsvoll
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Wo amüßeren wir uns?
Im
Lindengarten,
Nieder-Schönhausen,
Lindenstraße 43.
Theater u. Spezial-Vorstellung.

4361L*

Phänomenen-



Nach
Ägyptischer Art
hergestellt.

Zigaretten
mit Kopf
3, 4 u. 5 Pf.
das Stück.

ZIGARETTEN-FABRIK „NANKORI“

**Billigste
Dampfer-Sonderfahrten.**

Abfahrt: **Schillingsbrücke.**
Donnerstag, den 9. Mai d. J.
(Himmelfahrtstag):
Nach Woltersdorfer Schleife ca. 8 Uhr früh und ca. 2 Uhr nachm.
Nach Rüggeheim-Gr. Krampe ca. 9 ca. 2
Einfahrt 50 Pf. Rückfahrt 30 Pf.

Voranzeige! Som 1. Pfingstfeiertag ab
die beliebigen billigsten Sonderfahrten

nach Restaurant „Kyffhäuser“ an der Obersee
Woltersdorfer Schleife, Wernsdorfer Schleife, Rüggeheim, Neue Wähe und Ralberge Rüdersdorf.
Fremdgänger:
Ober-Schönemelde 14. **Robert Tismer.**

Zum Himmelfahrtstage!
Restaurant zum „Schwan“
Tegelort. **Rob. Jurock.**
Empfehle mein herrlich am Wald und Wasser gelegenes Lokal zu
Laud- und Herrenpartien.
Gemüthlicher Familien-Aufenthalt.
Großer Tanzsaal. X X X X Zwei Regelfahnen.
Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt. 5245

Suchen erschienen:
Ueber Verfassungswesen.
Drei Abhandlungen von Ferdinand Lassalle.
Ueber Verfassungswesen. Vortrag.
Was nun? Zweiter Vortrag.
Macht und Recht. Offenes Sendschreiben.
Neue Ausgabe, mit Einleitungen versehen von
Eduard Bernstein.
Preis 50 Pf.
Expedition des Vorwärts, Berlin SW.
Lindenstr. 69, Laden. 234/4*

Tod und Teufel
allem Ungeziefer!
Reichels Spezial-Mittel
töten untehrbar
Wanzen, Schwaben
und jede Brut.
Verstärktes „Wanzenlaid“ Flasche
50 Pf. 1., 2., 3., Ltr. 5.,
Spezial-Schwabenpulver „Poudre
Marial“ 50 Pf. 1., 2., Pd. 4.,
Sprühapparate 50 Pf.
Anerkennungen aus aller Welt.
Man nehme
in den
Drogerien
nur die
echten Original-
packungen mit
Tod u. Teufel.
Die einzige
Garantie für
Friede!
Otto Reichel,
Berlin SO. 43,
Eisenbahnstr. 4.
Lieferant für Armee und Marine.
Farnspr. A. IV 4751, 4752, 4753.



Wolffs Bäckerei u. Konditorei
Grimmstr. 1. am Grimmerpark.
Das größte Roggenbrot. Sämtliche
Stücken und Stockbrotwaren werden
mit garantiert reiner Rahmbutter
versetzt. Die Bäckereien der Ge-
fassen sind bereits bewilligt. — Reine
Kundschafft kann sich jederzeit von der
Sauberkeit meines Brot und Gebäckes
überzeugen.
Frühstück sende frei ins Haus.

Seiden-Blusen!
Seltene Gelegenheits!
Verkauft nur bis Pfingsten zu
spottbilligen Preisen.
Große Auswahl! 47622
1. Gek.: Seydelstr. 32, I. (P-1,3-8).
2. Schillerstr. 2, part. Ruff.
3. Rixdorf, Berlinerstr. 90, I.

2. Ziehung 5. Kl. 216. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 7. Mai 1907, vormittags.
Über die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden
Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)
60 649 790 83 [500] 803 [1000] 1016 125 29 239 [2000]
459 704 2239 [2000] 509 57 815 3082 84 211 309 42 446 502
69 624 74 817 4082 80 101 73 801 32 [3000] 96 504 44 834
5094 185 62 68 78 186 98 311 97 98 637 85 91 [500] 782
591 6667 103 [500] 20 218 78 480 554 811 81 935 87 97
7190 450 378 8109 448 95 [1000] 780 818 888 9100 14 250
325 784

10242 [500] 64 413 825 85 11177 828 [500] 789 923
12040 143 [1000] 218 47 722 48 98 955 50 [1000] 94 88
13189 216 98 [500] 592 768 818 14022 183 231 439 83
[3000] 711 67 1621 83 86 15038 310 34 206 319 45 757 [500]
207 [1000] 9218 143 [3000] 845 458 528 696 758 915
[1000] 17064 390 449 50 493 558 675 [3000] 798 955
18552 74 [3000] 443 770 907 19059 337 44 484 815 37
707 99 589

20039 76 [3000] 958 683 [500] 80 990 21064 414 26
813 78 961 22148 14 [3000] 359 669 886 63 23703 88 431
89 581 620 35 77 24788 [1000] 459 585 600 93 703 25255
86 [500] 874 430 [1000] 726 851 80 965 26288 233 206 536
487 701 74 27064 289 83 89 616 17 32 [3000] 712 845
25016 98 204 440 70 679 614 80 746 [3000] 841 [500]
29141 648 788 944

30277 813 608 794 31048 183 82 [1000] 219 83 354 430
786 818 38068 218 23 98 58 59 52 [500] 491 947 737 71
33309 590 277 85 810 81 [500] 39 457 602 36 225 34867
213 803 35181 232 [500] 845 781 943 81 36210 256 447 89
81 818 808 37108 [1000] 29 32 308 477 547 685 719 [500]
37 38055 [1000] 112 89 208 277 997 [3000] 39051 878

40004 18 87 [1000] 888 86 518 885 41475 529 674 907
[3000] 42098 144 [1000] 61 454 866 936 55 43357 624
44049 140 43 208 482 [1000] 896 65 467 45201 217
82 84 51 563 81 612 82 78 812 957 4687 408 41 827 73 820
967 47847 423 26 864 856 700 [3000] 835 908 [500] 484040
189 255 269 297 804 [500] 811 49050 99 377 621 712

50015 31 218 76 [1000] 811 421 441 57 712 20 808
51045 878 961 89 52860 281 474 817 781 905 17 74 53191
284 747 814 84 84221 212 814 960 55190 229 86 490 351
[500] 927 721 45 56066 360 85 [500] 457 57004 35 270
58069 20 88 77 96 225 85 969 418 662 784 817 936 48
81 [10 000] 59000 335 808 781 57 896 885

2. Ziehung 5. Kl. 216. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 7. Mai 1907, nachmittags.
Über die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden
Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)
548 439 550 701 26 886 1186 348 545 52 78 955 2009 84
811 483 546 656 93 348 [500] 3187 59 84 256 338 455 743 97
908 4094 156 216 306 484 613 789 [500] 5485 99 6353 518
36 7033 129 374 [3000] 68: 614 7801 29 49 [500] 306 [1000]
487 [1000] 83 628 717 60 824 9125 [3000] 85 [500] 313 544
641 42 [500] 871

10010 477 548 11543 861 80 718 961 12019 147 810
65 65 506 61 696 718 13017 198 420 628 722 827 65 14213
623 723 [1000] 307 36 82 15185 51 801 7 [500] 64 433 64
583 81 923 [3000] 16021 149 80 17129 81 859 727 922
18047 309 44 706 54 818 19068 128 218 600 907 730
70 831 908

20119 245 73 278 861 82 21018 48 883 480 22010 320
27 306 [500] 687 708 39 40 [1000] 23067 727 886 940 [2000]
24087 78 68 120 205 15 256 418 789 50 590 608 24 [1000] 25256
83 427 75 500 999 26372 [1000] 304 716 957 27063 221 81
83 322 435 41 684 719 923 28802 450 [1000] 74 502 718 506
29050 83 [3000] 98 [1000] 129 239 64 419 34 583 [500]
30214 26 71 436 632 58 435 87 89 728 803 51 29 852 83
31129 243 81 623 [1000] 484 73 618 804 [1000] 86 [500] 3000
32126 233 81 623 744 [1000] 33231 351 [500] 76 408 728
847 807 34100 26 128 46 [500] 32 407 526 696 727 [10 000]
824 35268 36 483 623 70 740 74 36171 78 [1000] 209 78 404
73 37 652 66 683 37123 73 286 749 89 845 86 38323 81 311
439 64 71 518 44 36 827 734 [500] 43 [3000] 98 39096 426
828 32 [500] 694 718

40084 124 354 32 444 61 554 909 41054 87 456 828
86 705 42644 700 86 [1000] 884 [1000] 507 43053 247 253
348 96 447 846 440215 88 320 709 69 807 20 937 65 79 45043
82 118 [1000] 585 750 [500] 46038 118 200 [500] 549 456 734
48 [3000] 221 47098 33 253 [1000] 310 96 924 48025 [500]
247 581 448 927 73 632 986 49113 86 54 55 363 87

50321 [1000] 484 926 727 85 65 51350 55 98 514 965
763 828 53170 411 [500] 825 54263 518 600 21 732 828 48
942 [500] 55014 85 270 508 709 838 540 56377 400 218 85
796 833 928 57128 [1000] 116 420 500 58129 226 610 613
62 735 47 801 512 21 81 59073 216 669 816 18 674 714 900
88 928

60703 78 355 61284 85 983 967 [5000] 717 85 [3000]
815 [1000] 62089 78 231 545 63115 229 360 682 821 64274
644 70 624 65028 238 89 439 [1000] 508 874 721 94 67018
302 82 [500] 473 81 543 826 549 67084 [1000] 423 978
68000 42 65 353 523 35 418 41 48 789 847 815 86 69006 587
[1000] 604 710 855 73 947

2. Ziehung 5. Kl. 216. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 7. Mai 1907, nachmittags.
Über die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden
Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)
548 439 550 701 26 886 1186 348 545 52 78 955 2009 84
811 483 546 656 93 348 [500] 3187 59 84 256 338 455 743 97
908 4094 156 216 306 484 613 789 [500] 5485 99 6353 518
36 7033 129 374 [3000] 68: 614 7801 29 49 [500] 306 [1000]
487 [1000] 83 628 717 60 824 9125 [3000] 85 [500] 313 544
641 42 [500] 871

10010 477 548 11543 861 80 718 961 12019 147 810
65 65 506 61 696 718 13017 198 420 628 722 827 65 14213
623 723 [1000] 307 36 82 15185 51 801 7 [500] 64 433 64
583 81 923 [3000] 16021 149 80 17129 81 859 727 922
18047 309 44 706 54 818 19068 128 218 600 907 730
70 831 908

20119 245 73 278 861 82 21018 48 883 480 22010 320
27 306 [500] 687 708 39 40 [1000] 23067 727 886 940 [2000]
24087 78 68 120 205 15 256 418 789 50 590 608 24 [1000] 25256
83 427 75 500 999 26372 [1000] 304 716 957 27063 221 81
83 322 435 41 684 719 923 28802 450 [1000] 74 502 718 506
29050 83 [3000] 98 [1000] 129 239 64 419 34 583 [500]
30214 26 71 436 632 58 435 87 89 728 803 51 29 852 83
31129 243 81 623 [1000] 484 73 618 804 [1000] 86 [500] 3000
32126 233 81 623 744 [1000] 33231 351 [500] 76 408 728
847 807 34100 26 128 46 [500] 32 407 526 696 727 [10 000]
824 35268 36 483 623 70 740 74 36171 78 [1000] 209 78 404
73 37 652 66 683 37123 73 286 749 89 845 86 38323 81 311
439 64 71 518 44 36 827 734 [500] 43 [3000] 98 39096 426
828 32 [500] 694 718

40084 124 354 32 444 61 554 909 41054 87 456 828
86 705 42644 700 86 [1000] 884 [1000] 507 43053 247 253
348 96 447 846 440215 88 320 709 69 807 20 937 65 79 45043
82 118 [1000] 585 750 [500] 46038 118 200 [500] 549 456 734
48 [3000] 221 47098 33 253 [1000] 310 96 924 48025 [500]
247 581 448 927 73 632 986 49113 86 54 55 363 87

50321 [1000] 484 926 727 85 65 51350 55 98 514 965
763 828 53170 411 [500] 825 54263 518 600 21 732 828 48
942 [500] 55014 85 270 508 709 838 540 56377 400 218 85
796 833 928 57128 [1000] 116 420 500 58129 226 610 613
62 735 47 801 512 21 81 59073 216 669 816 18 674 714 900
88 928

60703 78 355 61284 85 983 967 [5000] 717 85 [3000]
815 [1000] 62089 78 231 545 63115 229 360 682 821 64274
644 70 624 65028 238 89 439 [1000] 508 874 721 94 67018
302 82 [500] 473 81 543 826 549 67084 [1000] 423 978
68000 42 65 353 523 35 418 41 48 789 847 815 86 69006 587
[1000] 604 710 855 73 947

Aus dem Beirat für Arbeiterstatistik.

Fuhrwerksgewerbe, Plätt- und Waschanstalten, Binnen-schiffahrtsgewerbe, Fleischerergewerbe.

Der Beirat für Arbeiterstatistik beschäftigte sich am 6. Mai in einer längeren Sitzung mit der Fortführung einer Anzahl Erhebungen.

Die Enquete über das Fuhrwerksgewerbe ist zum Abschluß gekommen. Es soll nunmehr das gesamte Material dem Reichsgesundheitsamt zur Begutachtung übergeben werden, um zu ermitteln, ob gesundheitschädliche Folgen für die in diesem Gewerbe beschäftigten Arbeiter durch überlange Arbeitszeit bemerkbar geworden sind.

Die Erhebungen über die Arbeitszeit in Plätt- und Waschanstalten sind vor kurzem veröffentlicht. Es soll jetzt wie in ähnlichen Fällen zur Vernehmung von Auskunftspersonen geschritten werden.

Das Material über die Erhebungen im Innenschiffahrtsgewerbe hat sich nach mancher Richtung hin entwickelt. Im Fuhrbetrieb ergaben sich große Differenzen in den Angaben über die Arbeitszeit; es soll hier auf Beschluß des Beirats für Arbeiterstatistik eine Rückfrage durch Vermittlung der Landeszentralbehörden eingeleitet werden, um nähere Aufklärung zu erlangen. Die Angaben, daß auf Dampfschiffen Arbeitszeiten bis 24 Stunden und darüber vorkommen, sollen durch die Nachfrage, wie oft solche Arbeitszeiten eintreten, ergänzt werden. Desgleichen soll ermittelt werden, wie oft die Löscharbeiten an Sonntagen vorgenommen werden, und ferner sollen die Heizer und Maschinisten zur Befragung mit herangezogen werden. Die Notwendigkeit einer genaueren Ermittlung der Verhältnisse im Hamburger Fuhrbetriebe wurde gleichfalls anerkannt. Zur Ergänzung der Erhebungen wird eine Vernehmung der Besatzung auf Schuten, Schleppfähnen und Reigern stattfinden. Die Vernehmung von Auskunftspersonen im Segel- und Dampfschiffahrtsverkehr soll im Herbst erfolgen, da man glaubt, daß im Sommer die Auskunftspersonen schwerlich die nötige freie Zeit zur Verfügung haben werden.

Eine sehr ausgedehnte Debatte zeitigten die Ergebnisse über die Erhebungen im Fleischerergewerbe.

Wie wir schon in einem Auszuge über diese Enquete in der gestrigen Nummer dargelegt haben, ist von Unternehmern und Leibern auch von einem erheblichen Teile der Arbeiter eine Regelung der Arbeitszeit mit der Begründung abgelehnt, allgemeine Vorschriften durch eine überlange Arbeitszeit hätten sich nicht ergeben. Da das Reichsgesundheitsamt sich dieser Auffassung angeschlossen hat, wäre damit das Ergebnis für die Arbeiter ohne jeden Erfolg gewesen.

Der Referent der Sache, Ministerialrat Dr. Ullinger, schloß sich dem Gutachten des Reichsgesundheitsamtes an. Für Erlass einer Bundesratsverordnung auf Grund § 120a der Gewerbeordnung liege kein Anlaß vor, die Arbeitszeiten seien nicht übermäßig lang. Zu empfehlen sei, durch besondere Polizeiverordnungen da vorzugehen, wo sich erhebliche Missetände gezeigt haben. Der Beirat soll deshalb eine Aenderung des § 120a der Gewerbeordnung empfehlen dahingehend, daß auch den Landeszentralbehörden die Befugnis erteilt wird, die gegenwärtig nur der Bundesrat besitzt: eine Begrenzung der Arbeitszeit für solche Betriebe vorzuschreiben, in denen durch übermäßige Dauer der Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird. Anerkannt wurde, daß das Schächten an Sonn- und Festtagen ohne Schaden für das Gewerbe sehr wohl allgemein unterlagert werden könne. Auch für Betriebe, die sich ausschließlich mit der Fabrikation von Wurst befassen, sei die Sonntagsarbeit entschädlich.

Von dem Mitglied des Beirats Reichstagsabgeordneten Genossen Robert Schmidt wurde eine Regelung der Arbeitszeit durch Polizeiverordnung entgegengesetzt. Solche Vorschriften sind ganz unkontrollierbar, häufen die Zahl der Verordnungen so erheblich, daß niemand mehr hindurchfindet, und für die Arbeiter bleiben sie vielfach unbenutzt. Zudem sind solche Verordnungen ganz der Willkür der Behörden überlassen, die in einem Bezirk die größten Missetände unbeachtet lassen kann, um in einem anderen weitgehende Beschränkungen einzuführen. Eingehend hatte der Redner schriftlich seinen

Standpunkt gegen das Gutachten des Reichsgesundheitsamtes

wie folgt motiviert:

„Der Beirat für Arbeiterstatistik kam sich im Hinblick auf die Ergebnisse der Erhebungen über die Arbeitszeit im Fleischerergewerbe der Auffassung des kaiserlichen Gesundheitsamtes, daß keine Anhaltspunkte vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, als ob die im Fleischerergewerbe dermalen übliche Arbeitszeit unter normalen Verhältnissen geeignet ist, die Gesundheit der in diesem Gewerbe beschäftigten Arbeiter im allgemeinen zu schädigen, nicht anzuschließen. Die Erhebungen haben ergeben, daß 80 Proz. der Gehilfen im Sommer über 12 Stunden einschließlich der Pausen und im Winter 88 Proz. der Gehilfen über 12 Stunden im Betriebe beschäftigt sind. Eine über 14 Stunden hinausgehende Arbeitszeit einschließlich der Pausen hatten im Sommer 18,2 und im Winter 28,6 Proz. der Gehilfen. Eine solche ausgedehnte Arbeitszeit erscheint wohl geeignet, für die Arbeiter dieses Berufes schwere körperliche Schädigungen hervorzurufen. Zu dieser Auffassung muß der Beirat für Arbeiterstatistik gelangen, weil in anderen Gutachten des kaiserlichen Gesundheitsamtes dieser Standpunkt vertreten ist. Hier muß in besonderer Weise genommen werden auf eine Würdigung der Ergebnisse der Erhebungen über die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien vom Jahre 1894, in der das kaiserliche Gesundheitsamt zu folgendem Ergebnisse kommt:

„Bei mehr als der Hälfte der Bäckereien währte also die Arbeitszeit samt den Pausen schon jetzt 12 und weniger Stunden; eine allgemeine Festsetzung dieser Dauer als Maximum würde einerseits der Größe des körperlichen Ruhebedürfnisses entsprechen, wie sie andererseits nach der Schädigung für die Mehrzahl der Arbeitgeber eine Härte nicht bedeuten würde.“

Es dürfte kein genügender Anlaß vorliegen, von dieser Auffassung, daß ein gewisses körperliches Ruhebedürfnis bei den im Bäckereigewerbe Beschäftigten nötig ist, gegenüber dem Fleischerergewerbe Abstand zu nehmen.

Noch eingehender hat das kaiserliche Gesundheitsamt diesen Standpunkt in einem Gutachten vom 18. Oktober 1894 vertreten, das den Einfluß der Beschäftigung der Handlungsgehilfen und Lehrlinge sowie der Geschäftsdienner auf deren Gesundheit darlegt. Das kaiserliche Gesundheitsamt kommt hier zu folgender Würdigung des vorliegenden Materials:

„Die Pausen abgerechnet, wurden in 13,2 Proz. der Geschäfte die männlichen Gehilfen 14 bis 15, in 25,8 mehr als 15 Stunden beschäftigt; für männliche Lehrlinge, weibliche Gehilfen und Lehrlinge betragen die bezüglichen Ziffern: 15,8, 31,0; 12,2, 9,5; und 8,7, 5,4. Arbeitszeiten von solcher Dauer, zu welchen die Zeit für die in den großen Städten oft weiten Wege zum und vom Geschäft in Anrechnung zu bringen ist, wirken, selbst wenn die Beschäftigten in gesundheitsmäßig möglichst unbeanspruchbaren Räumen sich bewegen würden, vor allem durch den Mangel an der erforderlichen Ruhe- und Schlafzeit, so dem auch dadurch schädigend, daß die für die Er-

holung erwünschte Bewegung in frischer Luft und bei dem den körperlichen Stoffwechsel anregend beeinflussenden und für das Allgemeinbefinden wohlthätigen Sonnenlichte unterbleiben muß.“

Diese allgemeinen Würdigungen der Schäden einer überlangen Arbeitszeit können nicht für ein besonderes Gewerbe geltend gemacht werden, sondern lassen eine allgemeine Schlussfolgerung für berechtigt erscheinen.

Das kaiserliche Gesundheitsamt hat in dem Gutachten, das über die Erhebungen im Fleischerergewerbe erstattet wurde, die in seinen früheren vom Standpunkt der Hygiene begründete Auffassung verlassen, ohne doch in diesem Gutachten eine eingehende Begründung seines von der bisherigen Stellung abweichenden Standpunktes zu geben. Die in dem Gutachten erwähnten Sterblichkeitsziffern der in den Fleischerbetrieben beschäftigten Arbeiter können nicht, wie es das kaiserliche Gesundheitsamt getan hat, den Durchschnittsziffern in anderen Berufen gegenübergestellt werden. Das kaiserliche Gesundheitsamt hätte berücksichtigen müssen, daß im Verufe des Fleischerergewerbes einmal besonders kräftige Leute nur als Lehrlinge aufgenommen werden, sobald eine große Anzahl älterer Personen aus dem Fleischerergewerbe ausscheiden, um zu anderen Berufen überzugehen. Es liegen hier die gleichen Verhältnisse vor, wie sie das kaiserliche Gesundheitsamt in dem schon erwähnten Gutachten, betreffend die Erhebungen über die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien, vom Jahre 1894 gewürdigt hat. In diesem Gutachten wird zutreffend hervorgehoben, daß im Bäckereigewerbe die Arbeiter noch im jugendlichen Alter ausscheiden und somit die Erkrankungs- und Sterblichkeitsziffern der Kranken- und Sterbestatistik günstig gegenüberstehen, eine besondere Würdigung nach Altersklassen erfahren müssen. Dieser Standpunkt ist in dem Gutachten, betreffend die Arbeitszeit im Fleischerergewerbe, seitens des kaiserlichen Gesundheitsamtes nicht zur Geltung gekommen, obwohl sowohl nach den Erhebungen als auch sonst kein Zweifel darüber bestehen dürfte, daß nach der Richtung hin die Verhältnisse im Fleischerergewerbe nicht anders geartet sind als im Bäckereigewerbe. Es wäre sicherlich sehr interessant gewesen, wenn das kaiserliche Gesundheitsamt eine Gegenüberstellung der Erkrankungs- und Sterbestatistik nach Altersklassen in den einzelnen Berufen gegenüber dem Schächterergewerbe vorgenommen hätte.

Auch die Kommission für Arbeiterstatistik ist seinerzeit im Hinblick auf die Ergebnisse der Erhebungen im Rühlenbetriebe und unter Würdigung eines Gutachtens des kaiserlichen Gesundheitsamtes zu dem Ergebnis gekommen:

„Viel wichtiger würde auch hier die noch weiter zu ermittelnde Tatsache sein, ob der Grund des frühen Ausscheidens aus dem Verufe darin liegt, daß die Tätigkeit als Rühlergeselle bei den bestehenden Arbeitszeiten im allgemeinen nur in den allerkräftigsten Jahren ertragen werden kann. Schon hierin allein würde eines der wesentlichsten Argumente für die Verkürzung der Arbeitszeit liegen. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß eine in einem Gewerbe herrschende Arbeitszeit, welche die in diesem Gewerbe beschäftigten Personen im Durchschnitt schon mit dem 30. Lebensjahre zum Ausscheiden aus ihrem Verufe nötigt, nicht nur die betreffenden Personen schädigt, sondern auch den öffentlichen Interessen in hohem Grade abträglich ist.“

Dieser Anschauung der Kommission für Arbeiterstatistik muß sich auch heute noch der Beirat für Arbeiterstatistik anschließen. Es sind das allgemein gültige sozialpolitische Betrachtungen, die nicht nur für einen besonderen Verufe Geltung haben, sondern eine allgemein zutreffende Beurteilung beanspruchen dürfen.

Die Schädigung der Gesundheit der Arbeiter im Schächterergewerbe wird in dem Gutachten des kaiserlichen Gesundheitsamtes auch nicht in Abrede gestellt, soweit die Unfallgefahren in Betracht kommen. Das kaiserliche Gesundheitsamt sagt hierüber: „Bei der Gefährlichkeit des Schächterergewerbes an sich und der erheblichen Dauer der darin üblichen Arbeitszeit könnte demnach wohl an einen ursächlichen Zusammenhang zwischen der hohen Unfallziffer der Fleischer und dieser Arbeitszeit gedacht werden. Nach dem Ergebnisse einer von der Fleischer-Verufsgenossenschaft vorgenommenen und dem Gesundheitsamt übermittelten Feststellung über die Verteilung der Unfälle im Fleischerergewerbe auf die verschiedenen Tageszeiten haben sich von 8601 in den Jahren 1903 bis 1905 vorgekommen und einschädigten Unfällen 68 (d. h. 1,9 Proz.) vor 6 Uhr morgens, 1648 (44,2 Proz.) in der Zeit von 6 bis 12 Uhr mittags, 1899 (39,7 Proz.) von 12 bis 6 Uhr abends und 498 (14,2 Proz.) nach 6 Uhr abends ereignet. Es entfielen sonach auf jede in der Zeit von früh 6 bis abends 6 Uhr gelegene Arbeitsstunde im Durchschnitt der drei Jahre 81,6 Unfälle und auf die gesamte Zeit nach 6 Uhr abends 166. Da die nach 6 Uhr abends liegende Arbeitszeit ihrer Dauer nach auf ungefähr zwei Stunden zu schätzen sein wird, — im Sommerhalbjahr endigt die Arbeit für 74,9 Proz. und im Winterhalbjahr für 78,1 Proz. der Gesellen und Lehrlinge nach 6 Uhr, davon für 7,9 Proz. bezw. 10,7 Proz. nach 8 Uhr abends —, so kommt für den späten Abend auf je eine Stunde Arbeitszeit etwa die gleiche Zahl an Unfällen wie tagsüber, nämlich 83.“

Durch diese Gegenüberstellung ist sicherlich sehr treffend nachgewiesen, daß eine überlange Arbeitszeit im Verufe die Unfallhäufigkeit ganz erheblich steigert. Demgegenüber wird man die Schlussfolgerung nicht ablehnen können, daß eine kürzere Arbeitszeit geeignet ist, die Zahl der Unfälle herabzumindern und damit die Arbeiter vor gesundheitschädlichen Folgen zu schützen.

Ferner ist wohl auch vom kaiserlichen Gesundheitsamt die schlechte Beschaffenheit der Betriebsstätten unberücksichtigt geblieben. Es heißt zwar in dem Gutachten, daß Staubentwidelung in diesen Betrieben nicht vorkäme, und die Räume zügig und luftig seien. Das letztere dürfte im allgemeinen nur für die großen Schlachthäuser zutreffen. Es kann aber nicht unbekannt sein, und dürfte vom Beirat für Arbeiterstatistik nicht unberücksichtigt bleiben, daß eine übergroße Zahl von Betrieben sich in sehr schlecht ventilierten niederen Kellerräumen befindet. Es wird auch hier wohl der Standpunkt des kaiserlichen Gesundheitsamtes in dem Gutachten, betreffend den Einfluß der Beschäftigung der Handlungsgehilfen und Lehrlinge auf deren Gesundheit, vom 18. Oktober 1894 zutreffend sein, in dem das kaiserliche Gesundheitsamt ausführte:

„Einige Verichterstaten haben mit Recht geltend gemacht, daß den Handlungsgehilfen und Lehrlingen, falls sie in dunklen Räumlichkeiten, u. a. in Kellergeschäften, die selbst am Tage künstlicher Beleuchtung bedürfen, beschäftigt werden, noch besondere Schädigungen erwachsen. Dem abgesehen davon, daß bei der Arbeit in solchen Räumen allmählich das Sehvermögen leidet, entbehren diese Geschäfte des bakterientötenden Einflusses des Sonnenlichtes, welcher, durch zahlreiche Versuche bewiesen, als tatsächlich vorhanden nicht angezweifelt werden darf. Sind also Krankheitskeime in solche Räume gelegentlich hineingelangt, so ist die Gefahr zu erkennen für die Insassen hier größer als anderswo. Es ist ferner zuzugeden, daß der Aufenthalt in Räden, deren Fußboden ungediebt oder mit Fliesen belegt ist, in denen im Winter die Rückluft auf die feigehaltenen Waren nicht geheizt wird, sowie in Geschäften, welche bei offener Tür verlaufen, in Hausfluren oder Buben aufgeschlagen sind, während der kalten Jahreszeit zuweilen die Ursachen für Rheumatismen, besonders häufig für

Profischäden bildet, was letzteres bereits von Ramazzini (bergl. V. Ramazzinis Abhandlung von den Krankheiten der Künstler und Handwerker, bearbeitet von Dr. Adermann, 1788, Bd. II, S. 211) erwähnt ist.“

Ganz analog liegen die Verhältnisse im Fleischerergewerbe. Die Erkrankungen noch jugendlicher Personen an Rheumatismus deuten darauf hin, daß man es hier mit einer Gewerbekrankheit zu tun hat. Es dürfte auch ferner nicht unberücksichtigt bleiben, daß die Betriebsräume vielfach — besonders ergeben dies die Berichte der Gewerbeinspektoren — sehr niedrig gelegen sind, daß die Betriebsräume feucht sind und vielfach starke Rauchentwidelung, unangenehme Dünste vom Fleischlochen in diesen schlecht angelegten und ungenügend ventilierten Betriebsräumen nicht der Gesundheit förderlich, sondern schädlich sein müssen.

Wenn das kaiserliche Gesundheitsamt einen großen Wert darauf legt, daß im Fleischerbetriebe auch sehr erhebliche Pausen eintreten, die die Schädigung der langen Arbeitszeit mildern, so muß demgegenüber auf den Standpunkt des kaiserlichen Gesundheitsamtes Bezug genommen werden, der in dem Gutachten über den Einfluß der Beschäftigung der Mälergesellen und Lehrlinge auf deren Gesundheit vom Jahre 1895 eingekommen wurde. Das kaiserliche Gesundheitsamt vertrat dabei folgenden nach Auffassung des Beirats für Arbeiterstatistik wohl auch dem Laien verständlichen und zutreffenden Standpunkt:

„Wenn auch die Arbeitsanstrengung der Mälergesellen und Lehrlinge in den einzelnen Betrieben je nach der inneren Einrichtung und nach der Triebkraft des Wertes verschieden groß ist, so sind doch im allgemeinen, selbst in vervollkommenen Betrieben, Arbeitszeiten von der im Vorausgeschickten festgestellten langen Dauer als gesundheitschädigend zu bezeichnen, auch wenn man in Betracht zieht, daß die Zeiten des Betriebes durch solche, in denen das Wert still steht, unterbrochen werden. Der gesundheitliche Nutzen solcher Ruhezeiten bleibt bei der steten Wiederkehr so hoher Anforderungen an die körperliche Leistungsfähigkeit schließlich hinter den durch diese geschaffenen Nachteilen zurück.“

Das was hier vom allgemeinen Standpunkte der Gewerbehygiene zutreffend hervorgehoben wird, kann für das Fleischerergewerbe nicht abgelehnt werden.

Der Beirat für Arbeiterstatistik sollte nach Würdigung der Erhebungen über die Arbeitszeit im Fleischerergewerbe im Gegensatz zu der Auffassung des kaiserlichen Gesundheitsamtes zu der Auffassung, daß durch die Erhebungen und im Hinblick auf frühere Gutachten des kaiserlichen Gesundheitsamtes allgemein gesundheitschädliche Folgen durch überlange Arbeitszeit im Fleischerergewerbe zu verzeichnen sind, deren Beseitigung erwünscht wäre.“

Genosse Schmidt macht schließlich folgende

Vorschläge für das Fleischerergewerbe:

1. Der Beirat für Arbeiterstatistik würde es als wünschenswert erachten, wenn der Bundesrat von den Befugnissen des § 120a der Gewerbeordnung Gebrauch macht, um durch eine Verordnung einen Maximalarbeitsstag im Schächterergewerbe festzusetzen, der geeignet erscheint, besonders able gesundheitschädliche Folgen von den Arbeitern dieses Berufes fernzuhalten oder doch zu mildern.

2. Nicht minder notwendig ist ein Verbot der Sonn- und Feiertagsarbeit im Schlachthausbetrieb. Ferner dürfte in Fabriken, die ausschließlich der Wurstfabrikation sich widmen oder in denen ein Teil des Betriebes der Wurstfabrikation ausschließlich dient, auch für diese die Arbeitsruhe an Sonn- und Festtagen durchführbar sein. Dagegen wird auch an Sonn- und Festtagen die Arbeit zu gestatten sein, die ein Verderben von Fleischwaren verhindern will und die der Transport und die Zubereitung der für den Sonntagsdetailhandel notwendigen Waren aus den Räumen erfordert. Aber es wird anzurathen sein, daß es vermieden wird, Arbeiten zu verrichten, die durch zweimäßige Arbeitsteilung noch am Sonnabend oder am Tage vor den Festtagen erledigt werden könnten. Die Arbeitszeit in Detailgeschäften dürfte an Sonn- und Festtagen auf 8 Stunden zu beschränken sein.

3. Zu empfehlen wäre eine allgemeine Verordnung (§ 120a Abs. 1 der Gewerbeordnung) über Anlage der Betriebsräume und der Betriebsstätten, sowie eine Anordnung dahingehend, daß Schlaf- oder Wohnräume der im Betriebe beschäftigten Arbeiter nicht in unmittelbarer Nähe der Betriebsräume liegen dürfen, ferner eine dauernde wirksame Kontrolle in bezug auf die Sauberkeit und der sonst in der Fabrikation für notwendig erachteten sanitären Anforderungen.

4. Es dürfte sich empfehlen, durch Bundesratsverordnung die Bestimmungen der §§ 135—139 und 139b (Vorschriften für größere Fabriken) der Gewerbeordnung auch auf die nichtfabrikmäßigen Betriebe anzuwenden.

Dieser vom Genossen Schmidt vertretene Standpunkt wurde von den Regierungsvertretern entschieden bekämpft. Man stellte die Behauptung auf, die Arbeitsräume im Fleischerbetriebe gäben zu Klagen keinen Anlaß, die Schlächtergesellen hätten Aussicht, schon früh selbständig zu werden. Deshalb ertilgen die Arbeiter manche Beschwerden des Berufes leichter und wollten keine Aenderung. Die Schlächtergesellen seien gut genährt, die Arbeit abwechselnd und deshalb nicht so schädlich als in anderen Berufen. Verfügt wurde, das Gutachten des Reichsgesundheitsamtes zu verteidigen, ein Verfuß, der gegenüber den offengelegten Widersprüchen des Gutachtens zu früheren Gutachten des selben Amtes mißling, wiewohl auch ein Vertreter des Reichsgesundheitsamtes sich bemühte, das Kind des Reichsgesundheitsamtes zu retten.

Bei den Reichstagsabgeordneten der bürgerlichen Parteien war von der großen sozialpolitischen Aera, die in letzter Zeit im Reichstage wiederholt angekündigt wurde, nichts zu verspüren. Herr Dr. Pagnide und Schack glänzten durch Abwesenheit; Freiherr Hehl zu Hemsheim verließ nach einer halben Stunde die Sitzung. Dr. Pieper (R.) empfahl für die Großbetriebe durch Bundesratsverordnung eine Regelung der Arbeitszeit durch Minimalrumpfpausen, für den Kleinbetrieb lehnte er eine gleiche Maßnahme ab. Zustimmung fand dagegen bei diesem Redner und bei Prof. Hise die Forderung des Verbots des Schächterns am Sonntag. Zu den übrigen Forderungen, die vom Genossen Schmidt aufgestellt waren, wurde von den bürgerlichen Abgeordneten keine Stellung genommen. Nachdem Genosse Schmidt eingehend dargetan hatte, wie unzutreffend die Lage der Arbeiter im Fleischerergewerbe von den Regierungsvertretern beurteilt wird, stimmte man den Vorschlägen des Referenten Ministerialrat Dr. Ullinger zu. Damit dürften die Erhebungen kaum zu einer sozialpolitischen Maßnahme führen, denn die Vorschläge des Beirats für Arbeiterstatistik können diesen Anspruch nicht erheben. Allerding sind die Arbeiter in diesem Verufe an dem Ergebnis nicht ganz unschuldig. Die moderne Arbeiterbewegung hat in diesem Gewerbe bisher nicht genügenden Fuß gefaßt und die Arbeiter, die dieser Bewegung fern stehen, haben fast ohne Ausnahme ihren eigenen Interessen ins Gesicht geschlagen.

Stralau. I.-B.
 Alle Lokale frei.
Strasburg (Udermarkt).
 Schwarzer Adler frei.
Strasburg (Stadt).
 Restaurant Franz Magnus,
 Wilhelmstraße.
 Carl Albrecht, Bürgergarten,
 Witzenerstraße.
Strasburg (Vorst. u. Umg.).
 Landhaus u. Hofsthal - See-
 bad - Schlammhütte - Rot-
 hühner - Neue Schützenhütte
 - Alte Spinnmühle - Rest. zum
 Hungrigen Hohl.
Ströbitz (Cottb., Sprembg.).
 Paul Kowalski, Preßhof.
 Paul Hejdel, Kl. Ströbitz.
 Fritz Burghardt.
Südende. T.-B.
 Alle Lokale gesperrt.
Summt. I.-B.
 Alle Lokale gesperrt.
Tegel. I.-B.
 Gesperrt: Strandklub am See,
 Danneberg, Hauptstr. (Nah. Genz-
 Wiler Kreuz, Hauptstr.
 Matschaden, Nah. Lindemann,
 Kaiserpavillon, Hauptstr.
 Verle von Tegel, am See.
 Alle anderen Lokale sind frei.
Tegelort. I.-B.
 Gesperrt: Peter Seemann und
 Trübade, Heidehöfen.
 Alle anderen Lokale sind frei.
Teltow-Seehof. I.-B.
 Deutsches Wirtschaftshaus, Inhaber
 C. Wiedenbagen, Berlinerstr. 16
 (Versammlungslokal).
 Verkehrslokal: C. Drey, Zehlen-
 dorferstr. 4.
 G. Rupp, Döberer Steinweg 10.
 Alle anderen Lokale sind gesperrt.
Tempelhof. I.-B.
 Frei: Wilhelmshagen, Georg
 Kohnke, Berlinerstr. 9.
 Martin Müller, Berlinerstr. 41/42.
 Alle anderen Lokale sind gesperrt.
Tempin.
 Hermann, am Bahnhof, frei.
Tiefwerder a. H. P.-O.-B.
 Kein Lokal frei.
Trietendorf
 (Cottbus-Sprembg.).
 Otto Rafon, frei.
Trebbin. I.-B.
 Gesperrt: Fromm, Schützen-
 haus, Berlinerstr.
 Nieters Gerichtshaus, Komman-
 dantenstr.
 Hofe, Restaurant, Adlerstr.
 Adolph, Plantage Alstow.
 Paul Bode, Markt.
 Otto Jacob, Markt.
 Alle anderen Lokale frei.
Treptow. I.-B.
 Gesperrt: Paradiesgarten.
 Alle anderen Lokale frei.

Stralau. I.-B.
 Alle Lokale frei.
Strasburg (Udermarkt).
 Schwarzer Adler frei.
Strasburg (Stadt).
 Restaurant Franz Magnus,
 Wilhelmstraße.
 Carl Albrecht, Bürgergarten,
 Witzenerstraße.
Strasburg (Vorst. u. Umg.).
 Landhaus u. Hofsthal - See-
 bad - Schlammhütte - Rot-
 hühner - Neue Schützenhütte
 - Alte Spinnmühle - Rest. zum
 Hungrigen Hohl.
Ströbitz (Cottb., Sprembg.).
 Paul Kowalski, Preßhof.
 Paul Hejdel, Kl. Ströbitz.
 Fritz Burghardt.
Südende. T.-B.
 Alle Lokale gesperrt.
Summt. I.-B.
 Alle Lokale gesperrt.
Tegel. I.-B.
 Gesperrt: Strandklub am See,
 Danneberg, Hauptstr. (Nah. Genz-
 Wiler Kreuz, Hauptstr.
 Matschaden, Nah. Lindemann,
 Kaiserpavillon, Hauptstr.
 Verle von Tegel, am See.
 Alle anderen Lokale sind frei.
Tegelort. I.-B.
 Gesperrt: Peter Seemann und
 Trübade, Heidehöfen.
 Alle anderen Lokale sind frei.
Teltow-Seehof. I.-B.
 Deutsches Wirtschaftshaus, Inhaber
 C. Wiedenbagen, Berlinerstr. 16
 (Versammlungslokal).
 Verkehrslokal: C. Drey, Zehlen-
 dorferstr. 4.
 G. Rupp, Döberer Steinweg 10.
 Alle anderen Lokale sind gesperrt.
Tempelhof. I.-B.
 Frei: Wilhelmshagen, Georg
 Kohnke, Berlinerstr. 9.
 Martin Müller, Berlinerstr. 41/42.
 Alle anderen Lokale sind gesperrt.
Tempin.
 Hermann, am Bahnhof, frei.
Tiefwerder a. H. P.-O.-B.
 Kein Lokal frei.
Trietendorf
 (Cottbus-Sprembg.).
 Otto Rafon, frei.
Trebbin. I.-B.
 Gesperrt: Fromm, Schützen-
 haus, Berlinerstr.
 Nieters Gerichtshaus, Komman-
 dantenstr.
 Hofe, Restaurant, Adlerstr.
 Adolph, Plantage Alstow.
 Paul Bode, Markt.
 Otto Jacob, Markt.
 Alle anderen Lokale frei.
Treptow. I.-B.
 Gesperrt: Paradiesgarten.
 Alle anderen Lokale frei.

Alle Lokale, die keinen Saal haben, sind frei!

Lokal-Liste

Berlin und die Provinz Brandenburg.
 Herausgegeben am 8. Mai 1907.

Obmann der Kommission: Richard Henschel, N. 28, Wollmerstr. 51, II.
 Alle Mitteilungen, Anfragen u. sind für Berlin an das unterzeichnete Kommissionsmitglied des
 betreffenden Kreises zu richten. Für Kreis Rieder-Barnim an R. Ried, Rummelsburg, Kam-
 merstr. 22, part.; für Kreis Teltow-Beetzow an Carl Rohr, Rixdorf, Seelowerstr. 22, Duergeb. III;
 für Kreis Potsdam-Cü-Daveland an R. Einz, Spandau, Mittelstr. 13.
 Die zu den genannten drei Kreisen gehörenden Orte sind durch folgende Buchstaben besonders
 bezeichnet: Rieder-Barnim = N.-B., Teltow-Beetzow = T.-B., Potsdam-Cü-Daveland
 = P.-O.-H. Für alle übrigen Orte sind Anfragen usw. direkt an den Obmann der Kommission zu richten.

Mit der Herausgabe der neuen Liste verbinden wir zugleich den dringenden Wunsch, daß dieselbe
 mehr noch als bisher die Beachtung der organisierten Arbeiterklasse finden möge, speziell erfordern wir
 alle Vorstände und Komitees der Vereine, Klubs usw. bei Arrangierung irgendwelcher Vergünstigungen usw.
 sich genau nach der Lokal-Liste zu richten. Zu jeder gemäßigten Auskunft ist die Kommission jeder-
 zeit gern bereit, nur müssen wir dringend darum bitten, diesbezügliche Anfragen möglichst frühzeitig zu stellen.
 Zur besonderen Beachtung empfehlen wir folgendes: Die in der Liste mit einem
 * bezeichneten Orte bzw. Lokale gelten als frei, jedoch erfordern wir die Parteigenossen
 dringend, Vereins-, Werkstatt- oder sonstige größere Parteien nicht nach diesen Lokalen
 unternehmen zu wollen, und empfehlen wir daher, stets bei Veranlassung größerer Partien
 diesbezügliche Anfragen recht frühzeitig an die Kommission zu richten.
 Diese Liste ist bis zum Erscheinen der folgenden aufzubewahren, und bitten wir, von
 den in der Zwischenzeit eintreffenden Änderungen Notiz zu nehmen.

- Berlin.**
- 1. Wahlkreis.**
 Dräuels Festhütte, Neue Friedrich-
 straße 35.
 Louisen-Hell, An den Jellen 9a.
 Palais-Theater, Burgstr. 22.
 Zum gold. Löwen, Jüdenstr. 55.
 Lokal-Kommissions-Versammlung:
 Jacob Ege, Neue Köhlerstr. 12.
- 2. Wahlkreis.**
 Alter Bürgergarten, Lindenstr. 105.
 Anhalt, Ressource, Rödernstr. 114.
 Doz-Brauerei, Tempelhofer Berg.
 Bohne, Halensheide 45-47.
 Dindas Sommertheater u. Fest-
 halle, Oranienaustr. 67.
 Donath, Schönleinstr. 6.
 Gießlings Hall, u. Gesellschafts-
 haus, Bollerstr. 68.
 Gohmann, Kreuzbergstr. 48.
 Gramkau, Steglitzerstr. 18.
 Gründer, Schwertstr. 13.
 Dabels Brauerei-Ausschank, Berg-
 mannstr. 5-7.
 Döschner-Restaurant, Tempelhofer
 Ufer 30.
 Döschner-Palast, Halensheide 52/53.
 Altes Festhütte, Halensheide 13/15.
 Römisch, Bülowstr. 37-40.
 Linden-Kasino, Lindenstr. 106.
- 3. Wahlkreis.**
 Alexandrinen-Festhütte, Alexan-
 drinenstr. 110.
 Krimnhallen, Kommandanten-
 straße 58/59 (vom 1. 10. 07 ab).
 Weiser, Dranienstr. 103.
 Beders Festhütte, Kommandanten-
 straße 62.
 Berghs Ritterhütte, Ritterstr. 71/75.
 Berliner Klubhaus, Köpenickerstr. 2.
- Buggenhagen-Etablissement, Ro-
 tterhagen.**
 Central-Festhütte, Alte Jakobstr. 32.
 City-Hotel (D. Holz), Dresdener-
 straße 52/53.
 Deutscher Hof, Ludowigerstr. 15.
 Dietrichs Festhütte, Dresdenerstr. 116
 (Nah. Bulsch).
 Dresdener Kasino, Dresdenerstr. 96.
 Dresdener Garten, Dresdener-
 straße 45 (Nah. N. Hofmann).
 Engländer Hof, Neue Köhlerstr. 3.
 Feuersteins Festhütte, Alte Jakob-
 straße 75 (Nah. B. Rube).
 B. Frankes Festhütte, Sebastian-
 straße 39 (Nah. N. Rieder).
 Rühlenshof, Köpenickerstr. 137/138.
 Gesellschaftshaus, Pringelstr. 94.
 Gesellschaftshaus, Engelstr. 15.
 Gratiniers Bierhallen, Komman-
 dantenstr. 77/79 (Nah. Dabeland).
 Grubes Festhütte, Annenstr. 16.
 Dinitz's Festhütte, Köpenickerstr. 62.
 Janssenhütte, Köpenickerstr. 15.
 Jüdel-Festhütte, Inselstr. 10 (Nah.
 Jannasch).
 Industrie-Festhütte, Beuthstr. 19/20.
 Köpenicker Festhütte, Köpenicker-
 straße 127 a.
 Lehmanns Festhütte, Alexandrinen-
 straße 32.

